



Protokoll Einwohnerratssitzung

6. Sitzung

Montag, 25. September 2023, 19:00 Uhr, Grossratssaal

Vorsitz: Christian Oehler, Präsident

Protokollführung: Stefan Berner

Anwesend: 47 Mitglieder des Einwohnerrates
7 Mitglieder des Stadtrates
Fabian Humbel, Stadtschreiber
Sonja Baumann, Projektleiterin Tagesstrukturen Sektion Organisation und Strategie
Michael Bürki, Leiter Sektion Organisation und Strategie
Sebastian Busse, Projektleiter Stadtbauamt Hochbau
Jan Hlavica, Stadtbaumeister
Raphael Meier, Leiter Sektion Finanzen
Salvatore Nunziata, Präsident Schulvorstand
Rainer Zieseemer, Mitglied Schulvorstand

Entschuldigt: Cornelia Forrer, Einwohnerrätin
Christoph Waldmeier, Einwohnerrat
Hannah Wey, Einwohnerrätin



| Traktanden | Seite |
|--|--------------|
| 1. Mitteilungen | 212 |
| 2. Inpflichtnahmen | 213 |
| 3. Anfrage Hannah Wey (Grüne), Bauvorhaben eines Flüssiggasterminals, eines Gasspeichers und eines Reservekraftwerks des Gasverbundes Mittelland | 214 |
| 4. Anfrage Petra Ohnsorg (Grüne) und Martina Niggli (Grüne), Jahresbericht 2022, PG-Nr. 41, FuSTA | 216 |
| 5. Anfrage Christoph Müller (SVP), KIFF (Kultur in der Futterfabrik) - Massnahmen im Zusammenhang mit der Bauteuerung | 218 |
| 6. Anfrage Urs Winzenried (SVP), Sicherheit am Maienzug -Vorabend 2023 | 220 |
| 7. Dringliches Postulat: Mobilitätskonzept für Tagesschule Aare Schulhaus | 223 |
| 8. Tagessschule Modulbau Aare Schulhaus, Neubau; Baukredit | 228 |
| 9. Politikplan 2024 - 2028, Budget 2024 | 239 |



Traktandum 1

Mitteilungen

Christian Oehler, Präsident: Ich heisse Sie zur heutigen Sitzung herzlich willkommen. Zur heutigen Sitzung haben sich vom Einwohnerrat Christoph Waldmeier, Cornelia Forrer und Hannah Wey entschuldigt. Der Stadtrat ist vollzählig anwesend, Somit nehmen 47 Einwohnerinnen und Einwohnerräte an der Sitzung teil. Das absolute Mehr liegt bei 24.



Traktandum 2

Inpflichtnahmen

Christian Oehler, Präsident: Wir dürfen heute mit Frau Angela Buchmann ein neues Ratsmitglied in Pflicht nehmen. Sie ist die Nachfolgerin von Irene Taimako. Ich bitte alle Ratsmitglieder, sich von den Sitzen zu erheben. Angela Buchmann bitte ich, sich nach vorne in die Mitte zu begeben. Ich werde die Gelöbnisformel vorlesen und bitte das neue Ratsmitglied, diese mit den Worten "ich gelobe es" zu bestätigen. Im Geschäftsreglement § 3 ist festgehalten: "Ich gelobe als Mitglied des Einwohnerrates, das Wohl der Stadt Aarau zu fördern und gemäss der Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln".

Angela Buchmann, Mitglied: "Ich gelobe es". Mein Name ist Angela Buchmann. Ich wohne hier in Aarau im Zelgli-Quartier mit meinen 3 Kindern und mit meinem Mann. Ich bin hier in der Stadt Aarau aufgewachsen und habe meine ganze Schulzeit hier verbracht. Auch mit einzelnen hier anwesenden Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten bin ich in die Schule gegangen und meine Kinder gehen wiederum mit den Kindern anderer Ratsmitglieder in den Kindergarten oder in die Schule. So trifft man sich wieder. Ich arbeite seit rund 11 Jahren als Pflegefachfrau bei der PDAG. Die meisten Jahre war ich dort im Abhängigkeitsbereich tätig. Ich sehe das Angebot "Bus im Park" als etwas sehr Wertvolles. Ich wünschte mir, dass es von Seiten der Stadt noch mehr Angebote in diese Richtung geben würde und würde mich auch dafür einsetzen. Dass heute Abend die Tagesschule ein Thema ist, freut mich natürlich als berufstätige Mutter enorm. Ich bin froh, ist dies auch gerade Thema in der ersten Sitzung. Ich freue mich auf eine konstruktive Zusammenarbeit hier im Rat und möchte mich gerne einsetzen, dass Aarau für alle eine lebenswerte, kinderfreundliche und velofreundliche Stadt darf sein. Dazu leiste ich gerne meinen Beitrag.



Traktandum 3

Anfrage Hannah Wey (Grüne), Bauvorhaben eines Flüssiggasterminals, eines Gasspeichers und eines Reservekraftwerks des Gasverbundes Mittelland

Christian Oehler, Präsident: Am 23. Mai 2023 hat Einwohnerrätin Hannah Wey (Grüne) die Anfrage "Bauvorhaben eines Flüssiggasterminals, eines Gasspeichers und eines Reservekraftwerks des Gasverbundes Mittelland" eingereicht.

Die Anfrage kann vom Stadtrat wie folgt schriftlich beantwortet werden:

Vorbemerkung

Der Artikel in der Sonntagszeitung von Ende Dezember 2022, der Auslöser dieser Anfrage ist, hat eine gewisse Aufmerksamkeit erregt und wurde inhaltlich von einer Vielzahl von Medien und Organisationen aufgenommen. Der Gasverbund Mittelland (GVM) hat in mehreren Medienmitteilungen Stellung genommen und missverständliche Aussagen berichtigt. Der GVM hat bislang keine Entscheidung über den Bau eines Container-Flüssiggas-Terminals und eines Gasspeichers gefällt, vielmehr prüft er den Bau derselben im Kontext der strategischen Ausrichtung des GVM, den Übergang von fossilen zu erneuerbaren Gasen voranzubringen. So ist die angedachte Containeranlage eine LBG-Containeranlage, welche nur für erneuerbares – und nicht für fossiles – Flüssiggas genutzt wird. Der GVM schreibt zudem: «Die Planung, der Bau und der Betrieb von Gaskraftwerken ist nicht Teil des Geschäftsmodells des GVM und wird es auch nie sein» (Aktenauflage 1).

Frage 1:

Inwiefern gelten die in der Gemeindeordnung der Stadt Aarau festgelegten Absenkpfade für die Tätigkeiten der Eniwa?

Die Gemeindeordnung und die darin enthaltenen Absenkpfade sind für die Eniwa nicht verbindlich, da die Eniwa eine eigenständige Aktiengesellschaft ist. Eniwa hat sich – wie die Stadt Aarau auch – zum Ziel Netto-Null Treibhausgasemissionen bekannt. Die Stadt will das Ziel in der Verwaltung bis 2040 und auf Stadtgebiet bis 2050 erreichen. Eniwa hat sich die Erreichung des Ziels bis 2050 gesetzt.

Die Stadt Aarau legt mit der «Eignerstrategie des Stadtrats Aarau für die Eniwa Holding AG» (Aktenauflage 2) die mittel- und langfristigen Ziele von Eniwa fest. Zu den ökologischen Zielen zählt auch «3.5.2 Die Eniwa Holding AG trägt dazu bei, dass die Stadt ihre energie- und klimapolitischen Ziele erreicht.

Sie spricht ihre diesbezüglichen Aktivitäten und Investitionen mit der Stadt ab und richtet diese auf das Ziel Netto-Null 2050 aus»; dies gilt für alle Energieträger Strom, Gas, Fernwärme und Fernkälte.

Frage 2:

Welche Absenkpfade für primäre und graue Emissionen hat die Eniwa selbst definiert?

Eniwa hat sich mit dem Masterplan von Swisspower bereits 2011 zum Ziel Netto-Null 2050 bekannt. Mit dem erneuerbaren Strom aus dem Kraftwerk, der Photovoltaik und den Beteiligungen, der Fernwärme aus Grundwasserwärme und Abwärme sowie Biogas und synthetischen, CO₂-neutralen Gasen wird Eniwa auch die zukünftig verbleibende Gasversorgung CO₂-neutral gestalten.



Frage 3:

Wie nimmt die Eniwa Einfluss auf die Tätigkeiten des Gasverbundes Mittelland?

Der GVM betreibt das Vorliegernetz und speist Gas in das Netz von Eniwa ein. Eniwa beschafft Gas über den Gasverbund Mittelland und andere Quellen mit dem Ziel, bis 2030 50 % und bis 2040 100 % erneuerbares Gas aus biogenen Abfallstoffen sowie synthetische Gase wie Wasserstoff und synthetisches Methan aus Wasserstoff und CO₂ aus nicht fossilen Quellen (z. B. Biogas-Anlagen, Direct Air Capturing, CO₂ aus dem Meer) liefern zu können. Eniwa ist eine von insgesamt 15 Aktionär/-innen des GVM und setzt sich für die Zukunft des Gasnetzes für ausgewählte Anwendungen (thermische Industrieprozesse, Hochtemperaturprozesse und weitere Anwendungen wie zum Beispiel Wärme-Kraft-Koppelungsanlagen mit einem sehr hohen Gesamtwirkungsgrad) ein.

Frage 4:

Welche Absprachen gab es mit der Eniwa bzgl. der Pläne des Gasverbundes Mittelland für den Bau eines Flüssiggasterminals, eines Gasspeichers und eines Reservekraftwerks?

Der Stadtrat nimmt keinen Einfluss auf das operative Geschäft der Eniwa; es fanden diesbezüglich keine Absprachen zwischen dem Stadtrat und Eniwa statt.

Frage 5:

Wie kann sichergestellt werden, dass das Gas im Terminal, Speicher und Reservekraftwerk ausschliesslich aus erneuerbaren Quellen und aus Biogas, gewonnen aus Rest- und Abfallstoffen, kommt?

Dies kann sichergestellt werden, indem die entsprechenden Mengen und Qualitäten am Markt, über Langfristverträge oder direkte Anlagenbeteiligungen beschafft werden. Heute gibt es noch wenig Biogas und synthetisches Methan. Dies wird sich in den nächsten Jahren verändern, da aktuell in verschiedenen Ländern mit tiefen Stromgestehungskosten (z. B. Island, Namibia, Marokko, Oman) sehr grosse Investitionen in den Bau von Photovoltaik- und Windanlagen sowie Elektrolyseuren, Methanisierungsanlagen oder Ammoniakanlagen getätigt werden. In der Schweiz kontrolliert aktuell die Oberzolldirektion die Qualität/Herkunftsnachweise der erneuerbaren Gase.

Keine Bemerkungen zu dieser Anfrage.



Traktandum 4

Anfrage Petra Ohnsorg (Grüne) und Martina Niggli (Grüne), Jahresbericht 2022, PG-Nr. 41, FuSTA

Christian Oehler, Präsident: Am 24. Mai 2023 haben Einwohnerrätin Petra Ohnsorg und Einwohnerrätin Martina Niggli eine Anfrage betreffend Jahresbericht 2022, PG-Nr. 41, FuSTA eingereicht.

Die Anfrage kann vom Stadtrat wie folgt schriftlich beantwortet werden:

Frage 1:

Haben Stadtrat und Verwaltung die Zahlen aus dem Jahresbericht 2022 analysiert und falls ja, wie erklären sie die Zahlen im Vergleich zu den Vorjahren?

Es gelten folgende Grundlagen:

- Kinderbetreuungsgesetz (KiBeG), Zuständigkeit auf kantonaler Ebene
- Kinderbetreuungsreglement (KiBeR), Zuständigkeit beim Einwohnerrat
- Verordnung über Beiträge für familienergänzende Kinderbetreuung, Zuständigkeit beim Stadtrat

Es ist darauf hinzuweisen, dass ein Vergleich mit den Vorjahren aufgrund eines Systemwechsels der Subventionen nur bedingt angestellt werden kann. Hierzu kann folgendes ausgeführt werden.

Bis zum 31. Juni 2018 galt als Grundlage zum Ausbezahlen von Subventionen das Elternbeitragsreglements vom 21. Juni 2010. Mit Einführung dieses Elternbeitragsreglements konnten alle damals bereits bestehenden Kindertagesstätten (ohne firmeneigene Tagesstätten) einen Leistungsvertrag mit der Stadt Aarau abschliessen und waren somit legitimiert subventionierte Betreuungsplätze anzubieten. Konkret bedeutete dies, dass es bis 31. Juli 2018 lediglich drei Kindertagesstättenbetreiber (Chinderhuus, Verein Erziehung und Bildung, Gemeinnützige Frauen) gab, welche aufgrund des Leistungsvertrages subventionierte Betreuungsplätze anbieten konnte. In diesen Kindertagesstätten wurden die Subventionen auf der Basis des Elternbeitragsreglements vom 21. Juni 2010 berechnet. Massgebende Berechnungsgrundlage war das steuerbare Gesamteinkommen der letzten definitiven Veranlagung der Kantons- und Gemeindesteuern.

Bei sämtlichen weiteren Kindertagesstätten bestand bis 31. Juli 2018 per se kein Anspruch auf einen subventionierten Betreuungsplatz, dies unabhängig vom Einkommen der Erziehungsberechtigten.

Per 1. August 2018 waren die aargauischen Gemeinden vom Kanton Aargau angewiesen das Kinderbetreuungsgesetz vom 12. Januar 2016 umzusetzen. Die Stadt Aarau war ab diesem Zeitpunkt verpflichtet sich nach Massgabe der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Erziehungsberechtigten finanziell an den Betreuungskosten zu beteiligen. Die Subventionen waren nicht mehr an einzelne Kindertagesstätten mit Leistungsvertrag gebunden. Ab sofort hatten grundsätzlich alle in Aarau wohnhaften Erziehungsberechtigten Zugang zu einkommensabhängigen Subventionen für Betreuungsleistungen (Unterstützungsbeiträge) durch die Stadt Aarau gemäss Kinderbetreuungsreglement.



Per 1. Januar 2020 hat das Kinderbetreuungsreglement die Übergangslösung seit Einführung des Kinderbetreuungsgesetzes (1. August 2018) abgelöst. Die Berechnungsgrundlage für die Anspruchsprüfung der Subventionierung von Betreuungsleistungen wurde durch die Stadt Aarau angepasst. Seither gilt als Berechnungsgrundlage das massgebende Einkommen, welches sich wie folgt berechnet: Steuerbares Einkommen zuzüglich steuerlich abzugsfähige Liegenschaftsunterhaltskosten (soweit den Pauschalabzug übersteigend), zuzüglich Einkaufsbeiträge in die 2. Säule (berufliche Vorsorge), zuzüglich Beiträge an die Säule 3a sowie zuzüglich 10 % des steuerbaren Vermögens.

Des Weiteren macht bis zur Einführung des Kinderbetreuungsgesetzes sicher auch die Subventionierung aller Mittagessen (niemand bezahlt mehr als CHF 15.00), einen Unterschied zu heute, wo diese ebenfalls einkommensabhängig subventioniert werden und somit gutverdienende Eltern den vollen Betrag bezahlen müssen.

Durch das eingeführte kantonale Gesetz, welches vorgibt, dass einkommensabhängig subventioniert werden soll, konnte dieses System nicht weitergeführt werden.

Der beschriebene Systemwechsel, aber auch die daraus resultierenden neuen Berechnungsgrundlagen für die Anspruchsprüfung führen dazu, dass sich die Grundbeiträge der Eltern für die familienergänzende Kinderbetreuung je nach Berechnungsjahr unterschiedlich verhalten. Einen Vergleich der Zahlen mit denjenigen der Vorjahre anzustellen ist deswegen nicht möglich.

Frage 2:

Wie war die Einkommensstruktur der Erziehungsberechtigten 2022 im Vergleich zur Einkommensstruktur im Jahr 2019?

Die Sozialen Dienste stellen keinen Vergleich zur Einkommensstruktur der Erziehungsberechtigten an. Für die Erfüllung der täglichen Arbeit im Fachbereich Familien- und Schuler-gänzende Tagesstrukturen (FuSTA) ist ein entsprechender Vergleich irrelevant.

Frage 3:

Plant der Stadtrat Massnahmen bei der Elternbeitragsverordnung und falls ja, per wann?

Mit PA Nr. 23-191 vom 8. Mai 2023 hat der Stadtrat eine Stellenaufstockung im Fachbereich Familien- und Schuler-gänzende Tagesstrukturen (FuSTA) gutgeheissen. Die Basis dazu bildete im Rahmen eines externen Mandats die Prüfung der personellen Ressourcensituation im Fachbereich FuSTA.

Dabei wurde die aktuelle Situation des Fachbereichs FuSTA mit Blick auf die Entwicklung in den vergangenen Jahren in Aarau untersucht. Dazu zählten auch die Auswirkungen mit der Umsetzung des Kinderbetreuungsgesetzes (KiBeG) vom 12. Januar 2016 und der damit verbundenen Einführung des Kinderbetreuungsreglements (KiBeR) vom 25. März 2019 zusammen mit der Inkraftsetzung per 1. Januar 2020 der Beitragsverordnung vom 9. September 2019.

Mit der Stellenaufstockung im Fachbereich FuSTA hat der Stadtrat den Handlungsbedarf anerkannt und die Sozialen Dienste haben nun die Möglichkeit, weitere Schritte und allfällige Massnahmen in Bezug auf die Evaluierung der Beitragsverordnung zu prüfen.

Keine Bemerkungen zu dieser Anfrage.



Traktandum 5

Anfrage Christoph Müller (SVP), KIFF (Kultur in der Futterfabrik) - Massnahmen im Zusammenhang mit der Bauteuerung

Christian Oehler, Präsident: Am 26. Juni 2022 hat Einwohnerrat Christoph Müller eine Anfrage betreffend KIFF (Kultur in der Futterfabrik) -Massnahmen im Zusammenhang mit der Bauteuerung eingereicht.

Die Anfrage kann vom Stadtrat wie folgt schriftlich beantwortet werden:

Frage 1:

Hat der Stadtrat Aarau Kenntnis von einer aktuellen Kostenschätzung für den KIFF-Neubau («KIFF 2.0»)? Aktuell bedeutet hier: Umfang Bauprojekt gemäss Baugesuch, wie es am 31.03.2023 eingereicht wurde.

Nein, der Stadtrat hat keine Kenntnisse über eine aktuelle Kostenschätzung.

Frage 2:

Falls der Stadtrat Aarau Kenntnis hat von einer aktuellen Kostenschätzung, so bitte ich um Mitteilung der relevanten Werte, z.B. in Form einer Tabelle analog zur Darstellung im Abstimmungsbüchlein: Aktueller (und datierter) Kostenvoranschlag inkl. MWST mit BKP 0 (Grundstück) bis BKP 9 (Ausstattung), inkl. Basis Bauteuerungsindex.

Siehe oben.

Frage 3:

Falls der Stadtrat Aarau keine Kenntnis hat von einer aktuellen Kostenschätzung, so bitte ich den Stadtrat um die Darlegung aller getroffenen Massnahmen, mit denen er sicherstellen wird, dass das an Einwohnerrat und Stimmberechtigte abgegebene Versprechen eingehalten wird (konkret: Investitionen der Stadt Aarau erfolgen «nur unter Vorbehalt der vollständigen Sicherstellung der Finanzierung des Projekts»).

Seitens der Stadt erfolgen Auszahlungen nur im Falle der vollständigen Sicherstellung der Finanzierung des Projektes.

Frage 4:

Der Verein KIFF soll gemäss Abstimmungsbüchlein (Seite 26) einen Betrag von CHF 5.8 Millionen beitragen zur Finanzierung. Welcher Betrag ist per Ende Juni 2023 tatsächlich gesichert (z.B. vertraglich zugesichert, einbezahlt usw.).

Der Stadtrat hat keine Kenntnisse über den Stand der Finanzierung.

Frage 5:

Welche Beträge hat die Stadt Aarau per Ende Juni 2023 schon ausbezahlt aus dem Investitionsbetrag von CHF 9 Mio. oder aus dem Darlehen von max. CHF 3 Mio. für das Projekt KIFF-Neubau («KIFF 2.0»)?

Die Stadt Aarau hat bis Ende Juni 2023 noch keine Beiträge des bewilligten Investitionskredits von 9 Mio. Franken oder des Darlehens von 3 Mio. Franken ausbezahlt.



Frage 6:

In welcher Form wird der Einwohnerrat vor Baubeginn darüber informiert, dass der Stadtrat erfolgreich und für Aussenstehende nachvollziehbar geprüft hat, dass die Finanzierung des Projekts KIFF-Neubau («KIFF 2.0») vollständig gesichert ist?

Es wird eine öffentliche Kommunikation seitens des KIFF erfolgen, anschliessend kann seitens Stadtrat ebenfalls informiert werden.

Frage 7:

Falls die Kosten für den KIFF-Neubau schlussendlich höher sein sollten als die verfügbare Finanzierung, wie würde ein allfälliges Defizit aufgeteilt zur Nachfinanzierung? Existiert ein Verteilschlüssel (z.B. 1/3 Stadt Aarau, 1/3 Verein KIFF, 1/3 Kanton AG), wird die Stadt Aarau allfällige Mehrkosten vollständig alleine übernehmen müssen, oder darf man davon ausgehen, dass der Verein KIFF in die Pflicht genommen wird?

Dieser Frage wird nachgegangen, sobald sich eine Entwicklung in diese Richtung aufzeigen sollte.

Keine Bemerkungen zu dieser Anfrage.



Traktandum 6

Anfrage Urs Winzenried (SVP), Sicherheit am Maiezug-Vorabend 2023

Christian Oehler, Präsident: Am 10. Juli 2023 hat Einwohnerrat Urs Winzenried (SVP) eine Anfrage betreffend die Sicherheit am Maiezug-Vorabend 2023 eingereicht.

Die Anfrage kann vom Stadtrat wie folgt schriftlich beantwortet werden:

Frage 1:

Welches Gesamtfazit zieht der Stadtrat hinsichtlich dem Verlauf des Maiezug-Vorabend 2023?

Der Stadtrat zieht ein positives Gesamtfazit zum Anlass.

Frage 2:

War die Sicherheit der bis zu 30'000 Besucher und Besucherinnen in den Augen des Stadtrates jederzeit ausreichend gewährleistet?

Ja.

Frage 3:

Waren die Massnahmen im Sicherheitsbereich ausreichend?

Ja.

Frage 4:

Bei wem lag die Gesamtverantwortung für den gesamten Anlass, inklusive Sicherheitsfragen? Verein Gastro Aarau als Organisator, Kantonspolizei Aargau, Stadt Aarau?

Die Gesamtverantwortung für den Anlass lag beim Organisator, dem Verein Gastro Altstadt Aarau.

Frage 5:

Wurde das Sicherheitskonzept von Gastro Aarau dem Stadtrat vorgängig zur Genehmigung vorgelegt und hatte die Stadt entsprechende Entscheidungsbefugnisse?

Das Sicherheitskonzept entstand in gemeinsamer Arbeit zwischen der privaten Sicherheitsfirma, der Abteilung Sicherheit sowie der Kantonspolizei Aargau und war integraler Bestandteil der Bewilligung zur Durchführung des Anlasses durch den Verein Gastro Altstadt Aarau. Die Zustimmung zum Sicherheitskonzept erfolgte gemäss geltenden Delegationsregeln durch den Abteilungsleiter Sicherheit in Absprache mit der Kantonspolizei Aargau.

Frage 6:

Erfüllte das Konzept die „Vorgaben“ des Crowd Management für einen Anlass dieser Gröszenordnung in der Altstadt?

Das Crowd Management für diesen Anlass kann als zielführend und erfüllt bezeichnet werden.



Frage 7:

War der Stadtrat in den Entscheid für eine offenbar notwendige kurzzeitige Sperrung des Zugangs zur Altstadt eingebunden? Wenn ja, in welcher Form

Der Stadtrat Aarau war nicht in die Entscheidungsfindung der kurzzeitigen Sperrungen des Zugangs zur Altstadt eingebunden. Dies ist ein sicherheitsrelevanter und rein operativer polizeilicher Entscheid, wobei die Einsatzleitung zu jedem Zeitpunkt bei der Kantonspolizei Aargau lag.

Frage 8:

Welche Aufgaben hatte die Stadtpolizei Aarau während des Anlasses?

Während des Maienzug Vorabends wurden die sicherheitspolizeilichen Mitarbeitenden der Stadtpolizei Aarau der Einsatzleitung der Kantonspolizei Aargau unterstellt und vollumfänglich ins Dispositiv integriert. Die Abteilung Sicherheit hatte dabei Einsitz im Führungsraum der Kantonspolizei. Die verkehrs- und gewerbepolizeilichen Aufgaben lagen im Verantwortungsbereich der Stadtpolizei Aarau.

Frage 9:

Wie viele Angehörige der Stadtpolizei waren im Einsatz?

Am Donnerstag, 6. Juli 2023, und am Freitag, 7. Juli 2023 waren sämtliche einsatzfähigen Mitarbeitenden der Stadtpolizei Aarau im Dienst, so dass der Grundauftrag gemäss Polizeirecht und der Zusatzauftrag für den Maienzug Vorabend und den Maienzug umgesetzt werden konnten. Die genaueren personellen Dispositionen der Stadtpolizei Aarau (und auch die der Kantonspolizei Aargau) im sicherheitspolizeilichen Bereich sind nicht für die Öffentlichkeit bestimmt.

Frage 10:

Wurde eine Ruhetagsperre verfügt?

Ja. Am Maienzug-Vorabend und am Maienzug werden seit Jahrzehnten sämtliche Mitarbeitenden der Stadtpolizei Aarau im Dienst benötigt. Dementsprechend werden weder Ferien noch Freitage genehmigt. Abwesenheiten entstehen einzig durch Krankheit oder Unfall.

Frage 11:

Führt der Stadtrat zum Ablauf des Maienzug-Vorabend 2023 eine interne Nachbesprechung durch, bei welcher allenfalls Korrekturen für das nächste Jahr diskutiert werden?

Die Aufarbeitung des Maienzug Vorabends gehört jedes Jahr zum Pflichtprogramm der Abteilung Sicherheit und ist gelebter Standard. Auch dieses Jahr wird, zusammen mit den Partnerorganisationen (zum Beispiel der Kantonspolizei Aargau, dem privaten Sicherheitsunternehmen, dem Sanitätsdienst, der Naturgefahrenberatung) eine Nachbesprechung (Debriefing) durchgeführt.

Frage 12:

Wenn ja, wo könnten sich Korrekturen aufdrängen?

Die Nachbesprechung hat zum Ziel, entsprechende Problemfelder gemeinsam zu erkennen, aufzuarbeiten und Verbesserungen einzuführen. Dies wird im Verlaufe der kommenden Monate geschehen. Allfällige Korrekturen können erst dann identifiziert und benannt werden.



Frage 13:

Wie stellt sich der Stadtrat zu der kritischen Feststellung von nicht wenigen eingesessenen Aarauern und Aarauerninnen, wonach der ursprünglich „städtische stimmungsvolle Charakter“ des Maienzug-Vorabend als Einstimmung auf den eigentlichen Maienzug mehr und mehr verloren gegangen ist und einer überregionalen „Mega-Party“ Platz gemacht hat, und dass sie deshalb den Maienzug-Vorabend ganz meiden oder zumindest sehr frühzeitig wieder verlassen?

Der Maienzug-Vorabend hat sich zu einem Volksfest für alle entwickelt, nicht nur für alle Aarauerninnen und Aarauern, sondern für die ganze Region Aarau. Der Stadtrat bedauert zwar, dass durch dieses Wachstum einzelne Personen den Vorabend nicht mehr besuchen. Andererseits ist es auch keine Option, den Vorabend nicht mehr organisiert durchzuführen. Die Folge wären unkoordinierte Festivitäten in der gesamten Altstadt, wie in den «Coronajahren» klar wurde.

Urs Winzenried, Mitglied: Die AZ titelte am 18. September: "Maienzug-Vorabend Sicherheit gewährleistet". Ich danke dem Stadtrat für die Beantwortung meiner Anfrage innerhalb von nicht ganz zwei Monaten. Die Antworten auf meine 13 Fragen sind kurz und bündig ausgefallen. Zwei Fragen hat der Stadtrat einfach mit ja beantwortet. Ich nehme zur Kenntnis, dass der Stadtrat ein gesamtpositives Fazit zieht. Ich nehme zur Kenntnis, dass die Sicherheit für den Stadtrat jederzeit gewährleistet war. Ich nehme zur Kenntnis, dass der Stadtrat die getroffenen Sicherheitsmassnahmen als genügend erachtet und ich nehme zur Kenntnis, dass der Stadtrat das Crowd-Management als zielführend und erfüllt betrachtet. Trotz allem habe ich ein ungutes Gefühl. Ich habe den Finger auf ein paar wunde Punkte gelegt und das ist mir anscheinend nicht ganz gelungen. Fazit: Glück gehabt, es ist nichts passiert. Die Frage bleibt, was, wenn? Erfreulich ist die Tatsache, dass bei der Polizei an diesem Vorabend kein courant normal herrschte. Alle Mitarbeitenden sind im Einsatz gewesen. Es hat keine Ferien und keine Freitage gegeben. Ein wenig erstaunt bin ich über die Tatsache, dass jetzt, nach mehr als zwei Monaten, noch immer kein Debriefing stattgefunden hat. Etwas, das bei einem solchen Anlass eigentlich spätestens am Folgetag hätte stattfinden müssen. Bei einem Debriefing könnte man eigentlich Probleme und Korrekturmassnahmen identifizieren und auch benennen. Ich gehe davon aus, dass dies noch nachgeholt wird. Mit Bedauern stelle ich fest, dass der Stadtrat keine Möglichkeit sieht, den Vorabend, wie das ursprünglich der Fall war, wieder zu einem Anlass von Aarauern für Aarauern zu machen. Der Vorabend bleibt wohl eine überregionale Megaparty, verbunden mit all diesen negativen Auswirkungen wie Unsicherheit, Angst bei gewissen Leuten, Lärm, Schmutz oder das Vermeiden eines Besuchs an diesem Anlass. Es ist zu hoffen, dass in Zukunft nicht noch mehr eingesessene Aarauern am Vorabend einfach zu Hause bleiben und das Feld den anderen überlassen. Mit der Beantwortung der Anfrage bin ich teilweise zufrieden.



Traktandum 7

Dringliches Postulat: Mobilitätskonzept für Tagesschule Aare Schulhaus

Christian Oehler, Präsident: Heute reichten die Fraktionen GLP, Die Grünen, SP, und Pro Aarau ein Dringliches Postulat: "Mobilitätskonzept für Tagesschule Aarau Schulhaus" ein mit folgendem

Antrag

Der Stadtrat wird eingeladen, vor der Volksabstimmung zur geplanten Tagesschule beim Schulhaus Aare ein Mobilitätskonzept zu präsentieren, welches im Einklang mit dem Mobilitätsartikel der Gemeindeordnung (alt 10e D. Mobilität / neu 10d 1.4 Mobilitätspolitik) ist und sich unter anderem an folgenden Zielen orientiert:

- *Der durch die Tagesschule verursachte zusätzliche motorisierte Individualverkehr soll auf ein Minimum begrenzt werden.*
- *Eine oder mehrere alternative Mobilitätsangebot(e) zum motorisierten Individualverkehr sind von der Schule bereitzustellen.*
- *Das Mobilitätskonzept soll ebenfalls den Veloverkehr der Schülerinnen und Schüler berücksichtigen.*
- *Der Einwohnerrat sowie die Anwohnenden der zukünftigen Tagesschule sind vor der Volksabstimmung über den Baukredit über das geplante Mobilitätskonzept zu informieren.*

Wir werden zuerst über die Dringlichkeit dieses Postulats befinden. Wenn die Dringlichkeit festgestellt und gutgeheissen wird, erfolgt die Abstimmung über den Ordnungsantrag, dieses Postulat auf die Traktandenliste zu setzen.

Lea Naon, Mitglied: Die Dringlichkeit dieses Postulates ist eindeutig gegeben, weil wir heute über den Baukredit der Tagesschule abstimmen. In diesem dringlichen Postulat fordern wir ein griffiges Mobilitätskonzept. Es ist aus unserer Sicht eine notwendige Ergänzung dieser Vorlage. Wir sind mit dieser Botschaft zum Baukredit nicht zufrieden, weil sie zum wichtigen Thema Verkehr keine Antworten liefert. Damit das Bauprojekt Tagesschule auch in der anstehenden Volksabstimmung die nötige Unterstützung aus der Bevölkerung erhält, muss die Stadt darlegen, wie der motorisierte Mehrverkehr auf ein Minimum beschränkt werden kann und wie man den Veloverkehr der Schülerinnen und Schüler auf diesen gedrängten Platzverhältnissen um den Zurlindensteg organisieren möchte. Deshalb bitte ich Sie, der Dringlichkeit dieses Postulates zuzustimmen, damit wir heute, zusammen mit dem Baukredit, darüber entscheiden können. Falls das Postulat dann wirklich als dringlich erklärt wird, würde ich dann den Ordnungsantrag stellen, das Postulat unmittelbar vor der Beantragung des Baukredites auf die Traktandenliste zu setzen.

Christian Oehler, Präsident: Wird dazu die Diskussion gewünscht?

Urs Winzenried, Mitglied: Die Fraktion der SVP lehnt die Dringlichkeit einstimmig und entschieden ab. Heute stehen zwei Rückweisungsanträge im Raum. Zum Teil gehen die Rückweisungsanträge in die gleiche Richtung wie das Postulat. Es ist nicht einzusehen, weshalb jetzt plötzlich, vier Stunden vor der Sitzung, ein dringliches Postulat über einen Punkt eingereicht wird, welcher ohnehin an dieser Sitzung behandelt wird. Man könnte jetzt böseartig sagen, dass es sich um ein taktisches Manöver handelt, um die Traktandenliste umzustellen. Wir möchten gerne zuerst über das Geschäft abstimmen, ohne dass



jetzt die Dringlichkeit vorgängig das ganze Geschäft auf eine andere Bahn lenkt. Ich bitte alle Fraktionen, die Dringlichkeit des Postulats – nicht das Postulat selbst - abzulehnen.

Petra Ohnsorg Matter, Mitglied: Es handelt sich eben genau nicht um ein taktisches Manöver. Wir unterbreiten dieses dringliche Postulat, weil die beiden Rückweisungsanträge im Raum stehen und weil wir der Meinung sind, dass dies der falsche Weg ist, den "Dampfer" aufzuhalten. Wir hoffen, dass wir den "Dampfer" mit diesem Postulat eben weiterhin in Fahrt halten können.

Hanspeter Thür, Stadtrat: Wir sind mit diesem Geschäft zweifellos zügig unterwegs. Der verfolgte Zeitplan ist sehr ambitioniert. Am 26. September 2022, also ziemlich genau vor einem Jahr, ist in diesem Rat ein Projektierungskredit verabschiedet worden. Zwei Monate später wurde die Volksabstimmung durchgeführt und heute liegt das Bauprojekt vor. Weshalb haben wir diesen zügigen Zeitplan verfolgt? In der Abstimmungsbotschaft haben wir den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, welche die Tagesschule mit einer grossen Mehrheit angenommen haben, versprochen, dass die Tagesschule auf das Schuljahr August 2025 hin eröffnet wird. Das war unsere Vorgabe, auf welche wir den ganzen Zeitplan ausgerichtet haben. Jetzt komme ich zum Thema Mobilitätskonzept. Der Projektdelegation, welche das Projekt hinsichtlich Raumprogramm und den architektonischen und raumplanerischen Aspekten in diesen paar Monaten intensiv bearbeitet und behandelt hat, lag im Juni dieses Jahres ein vielseitiges Mobilitätskonzept vor. Wir haben in der Projektdelegation aber festgestellt, dass sich das ganze Konzept lediglich auf den Raum, unmittelbar um die Schule konzentriert. Die Projektdelegation war der Auffassung, dass der Fokus vergrössert werden muss, nämlich auf die Frage, wie man den Schulweg im ganzen Gemeindegebiet bewältigt, also nicht nur in Aarau, sondern auch in Buchs, welches ja das Einzugsgebiet der Kreisschule darstellt. Das war der Auftrag, welcher die Projektdelegation im Juni den verantwortlichen Planern mit auf den Weg gegeben hat. Die Planer haben dann mit der Bearbeitung begonnen. Im Zeitpunkt der Verabschiedung der Botschaft an den Einwohnerrat lag dem Stadtrat das Mobilitätskonzept noch nicht vor. Es stellte sich deshalb im Stadtrat die Frage, die ganze Vorlage zu verschieben, bis das Mobilitätskonzept vorliegt. Zwei Gründe hielten uns von einer Verschiebung ab. Ein Bauvorhaben in dieser Grössenordnung ist ohne gültiges und in Kraft gesetztes Mobilitätskonzept gar nicht bewilligungsfähig. Spätestens im Zeitpunkt des Baubewilligungsverfahrens haben ja die Bewohnerinnen und Bewohner die Möglichkeit, Einwendungen zu machen. Der Stadtrat hat dann die Möglichkeit, diese Einwendungen aus der Welt zu schaffen, wenn wir ein überzeugendes Mobilitätskonzept vorlegen können. Einen zweiten Grund habe ich schon in der Einleitung thematisiert. Wenn wir jetzt des fehlenden Mobilitätskonzepts wegen, welches ja sowieso während der Bewilligungsphase vorliegen muss, das Geschäft verschoben hätten, bis der Einwohnerrat darüber befinden kann, dann hätte das Ziel, welches uns die Abstimmungsbotschaft auferlegt hat, nämlich die Sicherstellung der Inbetriebnahme dieser Tagesschule im August 2025, nicht mehr realisiert werden können. Das ist die Ausgangslage. In der Zwischenzeit liegt das Papier vor. Der Bericht setzt sich auf über 44 Seiten mit der ganzen Problematik auseinander. Insbesondere auch mit dieser ganzen Schulweg-Thematik. Das Konzept beschreibt Optionen, welche der Schulbehörde die Möglichkeit gibt, entsprechend zu reagieren. Das Mobilitätskonzept wird nun am nächsten Dienstag in der Sitzung der Projektdelegation behandelt und ich gehe davon aus, auch verabschiedet. Wir haben an der durchgeführten Informationsveranstaltung im August informiert, dass das vorliegende Mobilitätskonzept den Anforderungen nicht genügt, damit im Quartier kein unerwünschter Zusatzverkehr entsteht. Wir haben an dieser Veranstaltung auch zur Kenntnis genommen, dass den Anwohnern die ganze Problematik um den Zurlindensteg Sorgen bereitet. Ich habe an der Versammlung die Anwohner auch darüber informiert, dass wir mit Jura Zement in Verhandlung stehen, wie man eine Lösung mit einer Ergänzung des Übergangs finden kann. Ich kann nicht verschweigen, dass die Verhandlungen nicht ganz



so einfach gewesen sind, denn das Land ist im Besitz dieser Firma. Wir mussten eine Einigung finden. Der Stand heute ist so, dass die Jura-Zement bereit ist, eine Verbreiterung – keine Neuführung – des Wegs zu akzeptieren. Der Stadtrat wird die neue Ausgangslage über die Projektierung des Zurlindenstegs nach den Herbstferien an die Hand nehmen und einen Entscheid fällen. Wenn Sie nun den Rückweisungsantrag annehmen, veranlassen Sie, dass die Tagesschule erst ein Jahr später in Funktion treten kann. Das wäre die Konsequenz des Entscheides. Wir werden morgen an der Sitzung der Projektdelegation genau die vier Punkte behandeln, welche mit dem dringlichen Postulat gefordert werden. Wir werden prüfen, wie man den motorisierten Individualverkehr auf das Minimum begrenzen und wie man alternative Mobilitätsangebote zur Verfügung stellen kann. Wir werden prüfen, was die Schule bieten muss, wenn die Eltern ihre Kinder in die Tagesschule bringen wollen etc. Wenn Sie das Postulat auch nicht als dringlich erklären, werden die Punkte sowieso behandelt. Meine Botschaft an die Bewohnerinnen und Bewohner an dieser Informationsveranstaltung war klar, dass wir keine Elterntaxis im Quartier und keinen zusätzlichen Verkehr wollen. Wir haben Ideen, wie man den Verkehr auf ein Minimum reduzieren kann. Deshalb bitte ich Sie, einen weissen Entscheid zu fällen. Wir werden das Mobilitätskonzept unabhängig davon verfolgen. Das Mobilitätskonzept wird auch vor der Volksabstimmung vorliegen. Ich gehe nicht davon aus, dass es noch Monate dauern wird, bis wir allenfalls die nötigen Ergänzungen in das Konzept einbauen können, welches jetzt auf 44 Seiten vorliegt. Es ist uns ganz wichtig, dass wir die Anforderungen, welche in der Abstimmung vom 27. November 2022 versprochen wurden, erfüllen können.

Christian Oehler, Präsident: Wir befinden uns immer noch in der Diskussion über die Dringlichkeit, nicht über den Inhalt. Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 35 Ja-Stimmen gegen 9 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss

Das Postulat "Mobilitätskonzept für Tagesschule Schulhaus Aare" wird als dringlich erklärt.

Wir hören zuerst das Referat der Postulanten.

Lea Naon, Mitglied: Das Postulat ist entstanden, weil offenbar niemand mit der Botschaft zum Baukredit der Tagesschule beim Aare-Schulhaus so richtig zufrieden war. Zumindest was das Thema Verkehr angeht sowie die Massnahmen zur Verhinderung der geplanten Elterntaxis. Dazu wird in der Botschaft lediglich erwähnt, dass für diese Fragen in der anstehenden Baueingabe Lösungen erarbeitet werden. Bereits vor einem Jahr - als es um die Freigabe des Projektierungskredites ging - war dem Einwohnerrat jedoch klar, dass bei diesem Punkt der Schuh drückt und dass man Lösungen erarbeiten muss. Dass wir jetzt nach einem Jahr immer noch auf später vertröstet werden, ist sehr ärgerlich. Wir haben zwar gerade noch ein paar zusätzliche Ausführungen gehört. Es wäre schön gewesen, wenn wir diese bereits früher erhalten hätten und nicht erst an der heutigen Sitzung. Bis kurz vor der heutigen Sitzung sind wir davon ausgegangen, dass wir mit den Informationen zuwarten müssen. Es ist natürlich klar, dass man die ganz konkreten Lösungen erst dann festmachen kann, wenn feststeht, woher die Schülerinnen und Schüler dieser Tagesschule kommen. Die möglichen Optionen sind ja wohl heute schon bekannt. Es gibt nicht so viele Varianten. Es wird sehr wahrscheinlich auf einen Schulbus oder ein Sammeltaxi hinauslaufen, welche die Kinder an einzelnen Sammelpunkten abholen und gemeinsam zur Schule



bringen wird. Eine solche Lösung haben wir auch im Postulat als mögliches Beispiel aufgeführt. Weil wir aber jetzt voll und ganz hinter dem Projekt Tagesschule als Ganzes stehen und den sehr ambitionierten Zeitplan nicht gefährden wollen, möchten wir das Geschäft auch nicht zurückweisen. Aus unserer Sicht hat der Stadtrat seine Hausaufgaben nicht gemacht, zumindest sicherlich was die Kommunikation angeht. Wir erwarten ein griffiges Mobilitätskonzept, welches die Elterntaxis auf ein Minimum reduziert und die gedrängten Platzverhältnisse um den Zurlindensteg berücksichtigt. Deshalb haben wir unsere Anforderungen oder Erwartungen mit diesem Postulat an den Stadtrat herangetragen. Uns ist schon auch im Vorfeld zu Ohren gekommen, dass es anscheinend schon ein solches Mobilitätskonzept gibt. Das hat jetzt auch Hanspeter Thür vorher sehr schön ausgeführt. Wir fragen uns jetzt allerdings schon, weshalb wir davon überhaupt nichts gehört oder gewusst haben. Weshalb haben wir keinen Auszug über die erarbeiteten Punkte erhalten, um zu wissen, dass wir nicht in einem luftleeren Raum stehen? Wir möchten den Stadtrat jetzt einfach warnen, das Thema nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Die Kommunikation muss bis zur Volksabstimmung über den Baukredit deutlich verbessert werden. Ansonsten laufen wir Gefahr, dass das eigentlich sehr gute und unbedingt notwendige Projekt Tagesschule die Unterstützung, insbesondere von den Bewohnerinnen und Bewohnern im Quartier, verliert. Deshalb bitte ich Sie, das Postulat zu überweisen.

Christian Oehler, Präsident: Ich eröffne nun die Diskussion im Einwohnerrat.

Urs Winzenried, Mitglied: Die Fraktion der SVP lehnt nicht nur die Dringlichkeit einstimmig ab, sondern auch das Postulat der GLP, der SP, den Grünen und von Pro Aarau. Die beantragte Rückweisung der SVP, welche noch behandelt muss, beinhaltet unter anderem auch den Punkt Mobilität. Wir möchten nicht, dass jetzt ein Faktor des ganzen Projekts Tagesschule in einem Postulat ausgelöst wird, sondern wir möchten alle problematischen Punkte, wie Kostenstand, Ort und Mobilität im Rahmen einer Gesamtdiskussion behandeln und diskutieren können. Wir werden das Postulat deshalb ablehnen.

Nicole Lehmann Fricker, Mitglied: Heute Abend sind wir uns wohl alle ziemlich einig, dass das Mobilitätskonzept fehlt. Die FDP-Fraktion hätte dieses Konzept gerne heute vorliegen gehabt, denn heute entscheiden wir über den Baukredit. Deshalb benötigen wir den Einblick in das Konzept heute. Wir nehmen das Postulat entgegen und können diesem – zwar nicht einstimmig – zustimmen. Wir sind nach wie vor davon überzeugt, dass der Schritt zur Rückweisung der transparentere Entscheid ist, damit wir als Einwohner wirklich mit bestem Wissen und Gewissen darüber entscheiden können. Wir unterstützen das Postulat, stellen aber trotzdem unseren Rückweisungsantrag.

Nicola Müller, Mitglied: Wenn ich es richtig verstanden habe, hat es bereits früher einmal einen ersten Entwurf eines Mobilitätskonzepts gegeben, welches jetzt überarbeitet worden ist. Ich frage mich schon, wieso liegt dieses nicht in einer Akte. Wir stimmen hier über ein 10 Millionen Projekt ab und ein solch wichtiges Dokument fehlt in den Akten. In der FGPK wurde kein Wort dazu erwähnt. Man identifiziert die Frage der Mobilität des Verkehrs als grösstes Einwendungsrisiko, aber äussert sich nicht gleichzeitig dazu. Das verstehen wir nicht. Wir finden, dass dieses Thema sträflich vernachlässigt wurde. Wir erwarten, dass solche Unterlagen vor einem Baukreditsentscheid von 10 Millionen Franken zur Verfügung gestellt würden. Der Stadtrat hat in dieser Hinsicht seine Hausaufgaben tatsächlich nicht gemacht. Die FDP und die SVP möchte ich daran erinnern, dass es sich um einen ambitionierten Fahrplan handelt, der hier verfolgt wird. Es ist letztlich auch ein Volksauftrag. Wir haben versprochen, dass die Tagesschule bis 2025 in Betrieb genommen wird.



Nicole Lehmann Fricker, Mitglied: Ich möchte nur schnell eine Bemerkung zum Volksauftrag machen. Es ist auch unsere Aufgabe, dass wir die Bauten so umsetzen, dass es für die Bevölkerung zumutbar ist. Einfach jetzt die Umsetzung auf 2025 anzupeilen, welche dann aber zum Nachteil eines ganzen Quartiers und ihrer Anwohner ist, sowie zudem noch viele Fragen ungeklärt sind, erachte ich nicht als sinnvoll.

Hanspeter Thür, Stadtrat: Ich kann noch auf einen Punkt hinweisen. In der Botschaft ist klar das Mobilitätskonzept adressiert und es wurde auch erwähnt, wann dieses spätestens vorliegt. Es ist das übliche Verfahren. Das Mobilitätskonzept muss im Rahmen der Baubewilligung behandelt und beschlossen werden. Das ist der übliche Vorgang. Man kann das aber auch anders betrachten. Ich nehme das gerne so entgegen, möchte sie aber ermuntern, jetzt zur Sache zu schreiten und solche Diskussionen zu beenden. Wir sollten uns jetzt mit der Sache befassen und nicht damit, was man alles – in einem sehr sportlichen Zeitplan – auch noch hätte tun können. Gewisse Abstriche mussten in Kauf genommen werden

Christian Oehler, Präsident: Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 38 Ja-Stimmen gegen 9 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen folgenden

Beschluss

Das Postulat "Mobilitätskonzept für Tagesschule Aare Schulhaus" wird überwiesen.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.



Traktandum 8

Tagesschule Modulbau Aare Schulhaus, Neubau; Baukredit

Christian Oehler, Präsident: Mit Botschaft vom 14. August 2023 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat folgenden

Antrag

Der Einwohnerrat bewilligt den Baukredit für den Modulbau Tagesschule beim Aare Schulhaus in der Höhe von 9.85 Mio. Franken inkl. 8.1 % MwSt., zzgl. teuerungsbedingter Mehrkosten (Stand 1. April 2023).

Zu diesem Geschäft liegen zwei Rückweisungsanträge vor. Diese werden zuerst behandelt. Wenn diesen zugestimmt wird, erübrigt sich die Behandlung dieses Geschäfts.

Rückweisungsantrag SVP

Das Geschäft "Tagesschule Modulbau Aare Schulhaus, Neubau; Baukredit" sei im Sinne der Erwägungen an den Stadtrat zurückzuweisen.

Rückweisungsantrag FDP

Der Antrag über den Baukredit für den Modulbau Tagesschule beim Aare Schulhaus in der Höhe von 9.85 Mio. Franken inkl. 8.1 % MwSt. zzgl. teuerungsbedingter Mehrkosten (Stand 1. April 2023) ist an den Stadtrat zurückzuweisen, verbunden mit der Auflage, die Mobilitätsfragen, wie der motorisierte Schülertransport und "Kiss-an-Ride" zu klären und ein ausführliches Mobilitätskonzept zum Bauprojekt vorzulegen.

Die Anträge werden einander bei der Abstimmung gegenübergestellt.

Urs Winzenried, Mitglied: Die AZ titelte in der Ausgabe vom letzten Samstag: "Die SVP tritt bei der Tagesschule auf die Bremse". Dieser Titel trifft den Nagel auf den Kopf. Wann bremsen eine Automobilistin, ein Automobilist, ein Velofahrer oder ein Motorradfahrer? Dann, wenn man zu schnell unterwegs ist, wenn Hindernisse auftauchen, wenn Gefahren drohen oder wenn die Situation generell unklar und unübersichtlich ist. Genau das ist beim Projekt Tagesschule Aarau auf dem Areal des Aare-Schulhauses im Quartier Scheibenschachen jetzt der Fall. Unverhältnismässig hohe Kosten, fraglicher oder sogar falscher Standort, schlechter Umgang mit den Ressourcen, Unsicherheit in der Auslastung dieser Schule und nicht zuletzt auch fehlende Konzepte. Bis jetzt haben wir nur über die fehlenden Konzepte gesprochen und nicht über alle anderen Punkte. Die SVP steht auf die Bremse, damit es bei diesem Projekt nicht zu einem wahrscheinlichen Crash kommt. Abstriche sind zu akzeptieren, haben wir vorhin von Herrn Stadtrat Thür gehört. Unserer Meinung nach sind keine Abstriche zu akzeptieren. Bei einem Projekt in dieser Grössenordnung muss das Projekt ohne Abstriche sauber aufgegleist und durchgezogen werden. Dabei darf man nicht einfach einem Zeitplan folgend Abstriche in Kauf nehmen. Aarau möchte eine Tagesschule, das ist unbestritten und auch in Ordnung. Die SVP hat zwar schon im 2022 den Projektierungskredit mehrheitlich abgelehnt und mahnende Worte im Zusammenhang mit den Kosten, dem Standort und dem Konzept an den Rat gerichtet. Der Einwohnerrat und auch die Stimmberechtigten haben dem Projekt trotzdem zugestimmt. Jetzt verlangt oder wünscht der Stadtrat in der Botschaft beinahe 10 Millionen Franken für die Tagesschule von maximal 154 Kindern. Die SVP stellt einstimmig den Antrag auf Rückweisung des Geschäftes. Verschiedene gewichtige Faktoren verlangen und rechtfertigen



den vorliegenden Rückweisungsantrag. Ich erläutere nur kurz die wichtigsten Faktoren. Ich mache das gerade in Verbindung mit einem allfälligen folgenden Referat zur Sache. Dieses ist dann nicht mehr notwendig, denn die Rückweisung betrifft alle Punkte, die auch im Referat wiederaufgeführt werden müssten. In der Botschaft hat der Stadtrat seinerzeit 8,7 Millionen Franken gewünscht, inklusive Rückbaukosten von 360'000 Franken. Jetzt beantragt der Stadtrat einen Baukredit von beinahe 10 Millionen Franken exklusiv Rückbaukosten und exklusiv weiterer Kosten von 156'000 Franken, welche zulasten der KSAB ausgewiesen werden. Die Mehrkosten von rund 1,6 Millionen Franken, es sind beinahe 20 Prozent, werfen kein gutes Licht auf eine sorgfältige Planung dieses Projekts, auch wenn man unter Zeitdruck steht. Sie sind zum grössten Teil voraussehbar gewesen. Man hat gewusst, dass es eine Teuerung gibt. Ein Bedarf an zusätzlichen Räumen, komplexe Eingangssituation, Einbauschränke, Sanitäranlagen, Umgebungsarbeiten etc. sind alles Punkte, die man gekannt hat. Der Stadtrat spricht selbst in der Botschaft von gesteigertem Komfortbedarf. Dieser Komfortbedarf hat offenbar auch eine massive Kostensteigerung zur Folge. In der Botschaft sind absolut keine Anstrengungen ersichtlich, kostensenkende Massnahmen einzuleiten. Die Stadt Aarau hat viel Geld und kann sich eine Tagesschule ohne Weiteres leisten, wenn nötig einfach mit Subventionen. Wenn die Schule zu Beginn defizitär sein wird, übernimmt einfach der Steuerzahler das fehlende Geld. Man könnte dann schlussendlich auch aus dem Gemeindevertrag aussteigen, wenn die Schule nicht zum Tragen kommt. Der beantragte Baukredit von beinahe 10 Mio. Franken für einen provisorischen Bau, für eine zeitlich begrenzte Nutzung von maximal 10 Jahren, ist deutlich zu hoch und kann in dieser Höhe nicht akzeptiert werden. Die Erfahrungen aus vielen vergangenen Beispielen zeigen, dass im Verlauf des Baues noch bedeutend mehr Kosten aufzulaufen werden, welche heute noch gar nicht bekannt sind. Es wird also nicht bei diesen 10 Millionen Franken bleiben. Das Projekt wird noch massiv teurer werden. Die Tagesschule darf nach Meinung der SVP gar nicht so viel kosten, ohne dass sie an grosser Substanz verliert. Wir denken, dass Maximalkosten von ca. 7 bis 8 Millionen Franken für die Tagesschule reichen sollten. Viele offene Fragen im Zusammenhang mit dem provisorischen Modulbau am Standort Aare-Schulhaus sind nicht beantwortet und machen deutlich, dass der Standort weder kurzfristig, noch auf lange Sicht, ein geeigneter Standort ist. Der Stadtrat vermeidet zwar den Begriff des Provisoriums, hat aber offensichtlich selbst auch gewisse Zweifel am Standort, ansonsten würde dort jetzt ein fixer Bau geplant und nicht ein Provisorium, welches man allenfalls verschieben kann, wenn man merkt, dass der Standort doch nicht so ideal ist. Der Stadtrat zitiert: Die Tagesschule muss ihre Daseinsberechtigung an diesem Standort zuerst unter Beweis stellen. Erst dann kann man den Standort definitiv abklären. Wir sind der Meinung, dass dies zum heutigen Zeitpunkt vorgenommen werden muss. Man möchte etwas um bestehende Bäume herum bauen. Niemand nimmt aber bei einem fixen Bau auf die Bäume Rücksicht. Auch bei allem Verständnis für den Naturschutz ist es eher selten der Fall, dass Häuser um Bäume herum geplant werden. Dass der Platz zu eng ist, zeigt die Tatsache, dass man zum Teil Flächen aufgeben muss. Ich erinnere an das Fussballfeld, welches zu einem grossen Teil ohne direkten Ausgleich nicht mehr benutzt werden kann. Die Idee eines vierstöckigen, platzsparenden Baus ist offensichtlich keine Option für den Stadtrat. Einerseits aus städtebaulichen, aber auch aus organisatorischen Überlegungen. Es wird ein wenig komplizierter, eine Schule auf 4 Stöcken zu führen als auf 3 Stockwerken. Die neue Tagesschule für ganz Aarau und Buchs soll am Nordrand der Stadt entstehen, was die Anreise – ausser für Kinder aus dem Quartier selbst – sehr lang und beschwerlich machen wird. Je nach Wohnquartier beträgt die Anreise mit dem ÖV in dieses Schulhaus mehr als eine halbe Stunde. Mit dem Auto ist die Anreise nicht weniger lang. Hier stellt sich schon ein wenig die Frage, wer wird die langen Reisezeiten und Reisewege auf sich nehmen. Es gibt für Eltern sicher attraktivere Optionen als die langen Wege und die langen Zeiten. Auch die Frage nach dem schonenden Umgang mit den Ressourcen stellt sich hier. Jede spätere Umplatzierung dieser Schule bedeutet aus unserer Sicht eine unnötige und vermeidbare Verschwendung der Ressourcen. Das wollen wir nicht. Das muss verhindert werden. Der provisorisch gewählte Standort beim Aare-Schul-



haus ist ungünstig und ungeeignet und muss erneut mit aller Sorgfalt geprüft und überprüft werden. Die Frage nach einem provisorischen oder besser noch nach einem definitiven Standort dieser Tagesschule ist zwingend vor Baubeginn abschliessend zu klären und nicht erst während des Bau, wenn man feststellt, dass es so nicht funktioniert. Die Frage ist für uns von zentraler Bedeutung und darf nicht einem Zeitdruck geopfert werden. Zur Mobilitätsfrage wurde schon viel gesagt. Ich halte mich zu diesem Thema kurz, weil Stadtrat Hanspeter Thür vorher darüber Auskunft gegeben hat. Wir teilen die Meinung, dass die Konzepte, wenn sie vorliegen, ungenügend und unvollständig sind und überarbeitet oder erst noch erarbeitet werden müssen. Die Wege sind zu weit. Man kann den Schülern nicht zumuten, mit dem Velo oder zu Fuss die Wege zurückzulegen. Elterntaxis möchte man nicht. Ich denke, auch Warenanlieferungen und externe Veranstaltung werden Mehrverkehr bringen. Diesen Zustand möchten die Anwohner nicht. Entsprechende Sorgen wurden geäussert. Das Thema des Zurlindenstegs hat Stadtrat Hanspeter Thür auch bereits erwähnt, dass die Velos ausserhalb des Schulareals parkiert werden müssen, ist nur eine kleine Klammerbemerkung. Ein detailliertes Mobilitäts- und Verkehrskonzept ist zwingend und muss vor dem Bau erstellt werden. Aus all diesen dargelegten Gründen stellt die SVP einstimmig den Rückweisungsantrag. Praktisch alle Fraktionen hegen ja in der vorliegenden Botschaft Vorbehalte. Der Einwohnerrat muss zwingend stark auf die Bremse stehen. Wenn das Projekt Tagesschule in der vorliegenden Form eine Mehrheit findet, dann sind massive Schwierigkeiten vorprogrammiert. Schwierigkeiten bei den Kosten, beim Standort, bei den Ressourcen und beim Verkehr. Unterstützen wir deshalb den Rückweisungsantrag der SVP. Der Rückweisungsantrag der FDP, hinsichtlich Mobilitätskonzept, wird von der SVP für den Fall unterstützt, dass das eigene Rückweisungsbegehren nicht eine Mehrheit finden sollte. Wenn beide Rückweisungsanträge keine Mehrheit finden, wird die SVP die Botschaft mit dem beantragten Baukredit einstimmig ablehnen.

Nicole Lehmann Fricker, Mitglied: Die FDP-Fraktion ist wirklich froh, dass wir jetzt von der Tagesschule sprechen können und Aarau diese Dienstleistung endlich anbieten kann. Ob dies im 2025 oder 2026 der Fall sein wird, steht jetzt nicht im Mittelpunkt. Auch der Modulbau hat uns in den Grundzügen überzeugt, sofern eben dann alle notwendigen Überlegungen und Berücksichtigungen für einen reibungslosen Start der Schule mit eingeflossen sind. 154 Schüler sollen zukünftig den weiten Weg dorthin antreten. Die meisten von ihnen haben einen Schulweg von mehr als 3 Kilometer, was die Benützung von ÖV, Auto etc. bedeutet. Dafür brauchen wir ein Konzept. Damit wir heute den Baukredit verabschieden können, sollten wir transparente Einsicht in das Projekt haben, um prüfen zu können, ob es auch umsetzbar ist. Irgendwelche schwammigen Aussagen, die uns bis jetzt vorlagen, dienen einfach zu wenig. Es ist noch lange nicht klar, ob das morgen bekanntgegebene Mobilitätskonzept wirklich unseren Vorstellungen entspricht. Ich habe aber nur 37 Seiten gesehen, nicht 45. Dazu machen wir wirklich ein grosses Fragezeichen. Ich kann das Postulat gut nachvollziehen. Wenn wir wirklich transparent und sicher sein wollen, können wir Sie nur bitten, unserem Rückweisungsantrag zuzustimmen.

Lea Naon, Mitglied: Auch wenn unsere Fraktion GLP/Die Mitte, wie im dringenden Postulat dargelegt, bemängelt, dass kein Mobilitätskonzept vorhanden ist, werden wir dem Baukredit des Modulbaus der Tagesschule zustimmen. Mit der Überweisung des dringlichen Postulats haben wir unserer Ansicht nach das für uns Mögliche vorgenommen, um den Stadtrat auf den massiven Mangel hinzuweisen, und diesen, auch im Hinblick auf die Volksabstimmung, zu beheben. Wie vorher auch im Votum zum Postulat dargelegt, möchten wir den sehr ambitionierten Zeitplan nicht gefährden und lehnen deshalb nach wie vor die Rückweisungsanträge der SVP und der FDP ab. Gemäss dem SVP-Rückweisungsantrag eilt es nicht mit dieser Tagesschule. Dieser Argumentation möchte ich gerne vehement widersprechen. Wir sind mit der Umsetzung schon jetzt circa 20 Jahre zu spät. Es gibt Eltern, die ihre Kinder heute in verschiedene Kitas bringen müssen, weil es jeweils nicht für alle Wochentage Plätze gibt. Auch bei den Hortangeboten ist es ähnlich. Eine Tagesschule, mit



einem einheitlichen pädagogischen Konzept für die Schule und für die Betreuung, kann den Alltag sehr vieler berufstätiger Eltern und Erziehungsberechtigten um Einiges erleichtern. In Zeiten des Fachkräftemangels ist dies nicht zuletzt ein sehr wichtiger Beitrag. Weshalb jetzt allerdings der Standort nicht definitiv sein soll, ist auch in unserer Fraktion kontrovers diskutiert worden. Weshalb möchte man sich diesbezüglich nicht festlegen, sondern sich die Option für einen möglichen Umzug vorbehalten? Das können wir nicht ganz nachvollziehen. Wenn sich dann einmal bestätigt, dass die Nachfrage für die Tagesschule genug gross ist, und davon sind wir fest überzeugt, sollte unserer Meinung nach eher ein zweiter Standort in Betracht gezogen werden, anstatt die ganze Schule zu zügeln und auszubauen. Am besten befände sich dann der zweite Standort in besserer Reichweite für Schülerinnen und Schüler aus Buchs. Mit dieser Modulbauweise kann dem Nachhaltigkeitsgedanken Rechnung getragen werden. Modulbauten lassen sich einfach umnutzen und erweitern. Das macht sie flexibel, auch für ändernde Nutzungsanforderungen. Das ist ein Grundprinzip beim nachhaltigen Bauen. Durch die Module, die ja im Werk vorgefertigt werden, kann auch wieder Abfall, Lärm und Schmutzbelastung reduziert werden. Es ist uns lediglich nicht ganz klar, weshalb die PV-Anlage nicht Teil des Baukredits ist. Unserer Ansicht nach gehört eine PV-Anlage zum Gebäude, wie auch eine Heizung und eine Lüftung zum Gebäude dazugehören. Ausserdem ist der Stadtrat, seit der Überweisung der Motion "Gebäude als Kraftwerke" sowieso eigentlich verpflichtet, Photovoltaikanlagen bei Neubauten grundsätzlich immer vorzusehen. Im Grossen und Ganzen überwiegen aber die Vorteile dieser Vorlage. In diesem Sinne bitte ich Sie im Namen unserer Fraktion GLP/Die Mitte, den Baukredit zu genehmigen und die beiden vorliegenden Rückweisungsanträge abzulehnen.

Fabio Mazzara, Mitglied: Als unmittelbarer Anwohner des Aare-Schulhauses kenne ich mich mit Elterntaxis sehr gut aus. Das ist eigentlich recht erstaunlich, denn die Tagesschule gibt es ja gar noch nicht. Aber die Kinder, welche meines Wissens eigentlich aus der näheren Region kommen sollten, werden teilweise auch heute schon in Elterntaxis chauffiert. Bei Regen ist dies noch viel ausgeprägter. Möglicherweise können sich die entsprechenden Familien keine guten Regenschirme kaufen. Beim Zustandekommen der Tagesschule geselligen sich noch ca. 150 weitere Schülerinnen und Schüler dazu. Der Schulweg dieser Kinder ist in der Regel bedeutend länger. Es war uns schon ein wenig schleierhaft, weshalb das Mobilitätskonzept in der Botschaft nicht vorkommt. Es ist schon klar, dass es Bestandteil des Baugesuchs ist. Wir haben lange über die Rückweisung diskutiert. Ich habe für den Antrag der FDP Verständnis. Irgendwie muss ein seriöses Projekt vorliegen, um dieses genehmigen zu können. Wir haben uns lange ausgetauscht und uns auch gefragt, ob es andere Optionen gibt. Wir haben jetzt den Weg mit dem dringlichen Postulat gewählt. Wir müssen das Projekt eng begleiten und prüfen, ob wir eingreifen müssen. Aus diesem Grund werden wir auch den Antrag der FDP auf eine Rückweisung nicht unterstützen. Wir sind auch der Meinung, dass der ambitionierte Zeitplan weiterverfolgt werden soll. Wenn man aber spürt, dass vieles noch nicht optimal ist, kann ein Projekt durchaus auch einmal länger dauern. Wir haben aber dann dafür ein gutes Projekt. Aktuell liegen wir zum Glück noch im Zeitplan. Diesen wollen wir mit einer Rückweisung auch nicht unterbrechen. Die Kommunikation des Stadtrates fand ich nicht optimal. Es haben offensichtlich alle Fraktionen viel diskutiert. Es ist viel gearbeitet worden. Es sind viele Voten vorbereitet worden. Alle haben sich mit der Mobilität befasst. Es wurde telefoniert, es wurden Mails geschrieben. Es war in den letzten Tagen eine gewisse Aufregung spürbar. Heute vernehmen wir nun, dass alles in Planung sei. Es wäre wirklich eine grosse Hilfe gewesen, wenn man diese Informationen viel früher gehabt hätte. Wenn es um die Mobilität geht, braucht es Bestimmungen, Möglichkeiten, Alternativen oder Verbote, damit die Elterntaxis vermieden werden können. Persönlich fände ich es zum Beispiel gut, wenn für die hoffentlich wenigen Ausnahmen von Elterntaxis ein definierter Standort bei einer Hauptverkehrsachse geplant wäre. Beispielsweise auf dem Parkplatz Mühlematte, neben der Schwanbar. Dort könnte man die Kinder abladen. Vor ihnen läge dann noch ein kurzer Weg zu Fuss. Als



weitere Idee könnte jedem Kind zum Eintritt in die Tagesschule ein schöner und grosser Regenschirm abgegeben werden. An und für sich unterstützen wir die Tagesschule natürlich. Dass Aarau eine solche Schule erhält, ist überfällig. Das Projekt erachten wir am vorgesehenen Standort zwar räumlich schon ein wenig hineingepresst. Grundsätzlich ist es aber gut. Schön ist auch – und das war auch ein Wunsch der Anwohnerinnen und Anwohner – dass der sehr schöne Baumbestand erhalten bleibt. Wir finden es schade, aber angesichts der Platzverhältnissen verständlich, dass das Areal mit den Velos nicht mehr gequert werden kann und dieser Verkehr über die Achenbergstrasse umgeleitet werden muss. Gar kein Verständnis haben wir für die Platzierung der beiden Parkplätze, unter anderem für die Anlieferung. Die Autos müssen über die Aarestrasse über den neuralgischen und wirklich unübersichtlichen Knoten am Zurlindenstegkopf fahren und dort parken. Das ist aus unserer Sicht wirklich der ungünstigste Ort. Man stelle sich vor, es hat dort ganz viele Velofahrer, Fussgängerinnen, Inlineskaterinnen und Inlineskater, Jogger, Kinderwagen etc. Genau dort muss mit den Anlieferungswagen ein- und ausgeparkt werden. Es ist sehr unübersichtlich. Ich hoffe sehr und ich kann davon ausgehen, dass diese Planung noch geändert wird. Dafür besteht noch genügend Zeit.

Susanne Klaus Günthart, Mitglied: Ich möchte mich auch noch schnell zu diesen Rückweisungen äussern. Unsere Ideen für das Mobilitätskonzept werde ich dann, wenn es um die Diskussion zur Botschaft geht, mitteilen. Den Rückweisungsantrag der FDP lehnen wir ab. Wir möchten den bestehenden Fahrplan nicht in Gefahr bringen. Uns reicht das dringliche Postulat, welches überwiesen wurde und die Information, dass das Mobilitätskonzept in Ausarbeitung ist. Den Antrag der SVP lehnen wir auch ab. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, weshalb man von einem Provisorium spricht. Die Stadt Baden betreibt seit 20 Jahren eine Tagesschule. Innert kürzester Zeit wurde dort eine zweite eröffnet. Ich bin überzeugt, dass eine Tagesschule ein Konzept ist, welches Erfolg haben wird. Daher stellen wir den Standort nicht in Frage. Wir sind eher der Meinung, dass es einmal eine Erweiterung geben wird. Dann kann man sich überlegen, wo die zweite Tagesschule hingestellt werden kann. Ich habe aber keine Bedenken. Auch im Scheibenschachen gibt es so viele schulpflichtige Kinder und junge Familien mit Kindern. Von der Telli ist der Weg auch nicht weit. Mit diesem Standort darf jetzt ruhig einmal gestartet werden. Wir möchten diese Tagesschule ja und wir möchten sie jetzt. Wie bereits erwähnt, sind wir mit der Umsetzung schon zwanzig Jahre zu spät.

Aaron Bürki, Mitglied: Wir haben jetzt schon viel Negatives aus dieser Botschaft vernommen. Ich möchte als Erstes für die detaillierte Auflistung mit der Begründung, weshalb das Projekt viel teurer ausgefallen ist, danken. Diese Information haben wir sehr geschätzt. Für uns ist die Kostensteigerung absolut schlüssig nachvollziehbar. Auch inhaltlich stimmen wir natürlich mit den meisten Punkten überein. Bei der Tagesschule handelt es sich ja schlussendlich auch um eine Herzensangelegenheit der SP. Die Preisgestaltung haben wir kritisch hinterfragt. Die monatlichen Kosten von tausend Franken empfinden wir als sehr hoch. Wir sind der Ansicht, dass eher gutverdienende Haushalte mit diesem Angebot angesprochen werden. Aus unserer Sicht muss der Preis in Zukunft niedriger ausfallen, damit sich das Angebot auch Paare mit weniger Einkommen leisten können. Die Platzierung der Parkplätze finden wir ebenfalls unpassend. Zum Mobilitätskonzept haben wir schon ganz viel gehört. Wir haben uns auch überlegt, ob und wie wir darauf reagieren können, ob wir eine Rückweisung machen wollen. Wir haben uns für einen Weg mit dem dringlichen Postulat entschieden. Deshalb lehnen wir die beiden Rückweisungsanträge der SVP und der FDP einstimmig ab und stimmen dem Baukredit gemäss Botschaft einstimmig zu.

Nicole Lehmann Fricker, Mitglied: Ich frage mich, ob es tatsächlich so ist, dass es eine Verzögerung gibt, wenn unser Rückweisungsantrag angenommen wird. Man könnte ja in



zwei Monaten bereits wieder darüber abstimmen. Ich vertrete die Meinung, dass wir inzwischen noch Einfluss auf das Mobilitätskonzept nehmen könnten. Wenn wir das Postulat unterstützen, haben wir diese Chance nicht mehr. Ich sehe die Verzögerungen für den Bau eher bei der Bevölkerung, wenn Einwendungen erhoben werden. Diese Überlegungen sollte man sich machen, bevor unser Rückweisungsantrag abgelehnt wird. Damit negiert man auch wirklich Transparenz vor dem Einwohnerrat über den Baukredit. Deshalb bitte ich für die FDP doch noch einmal um Unterstützung unseres Rückweisungsantrags.

Hanspeter Thür, Stadtrat: Alles Wichtige habe ich bereits gesagt. Es sind aber doch noch wenige Punkte zu behandeln, die angesprochen wurden. Gemäss Rückweisungsantrag der SVP betrifft dies einerseits den Standort. Der Projektierungskredit, welcher vor einem Jahr vom Einwohnerrat beschlossen wurde, basierte auf einer Machbarkeitsstudie von baderpartner ag zum Provisorium Tagesschule KSAB. Es musste geklärt werden, ob es überhaupt möglich ist, an diesem Standort eine Tagesschule zu etablieren, Damals war klar, dass es sich möglicherweise noch nicht um den definitiven Standort handeln könnte. Auch unter dieser Prämisse haben Sie damals den Projektierungskredit beschlossen. Das war bekannt. Den Standort jetzt wieder zu hinterfragen, ist eine reine Verzögerungstaktik. Man spürt die Absicht. Die SVP war schon vor einem Jahr gegen die Tagesschule. So gesehen ist es nicht ganz ehrlich, wenn mit dieser Begründung das Thema aufgegriffen wird. Zu den Kosten. Wenn Sie einen Projektierungskredit abholen und anschliessend dann das Bauprojekt bis ins Detail entwickeln, ist es nicht völlig ausgeschlossen, dass dann im Schlusspreis eine andere Zahl resultiert. Das ist nicht erfreulich, das ist mir schon klar, aber das ist dieser genauen Bearbeitung des Projektes geschuldet, Sie sehen auf der Seite 9 sehr detailliert, welchen Positionen die rund 1,6 Millionen Franken geschuldet sind. Der grösste Teil ist Teuerung. Diese wird jetzt natürlich aufgelistet. Vor einem Jahr mussten wir diese nicht auflisten. Das wäre irgendwie eine absurde Vorstellung gewesen. Die Kosten sind also transparent nachvollziehbar und auch in der Botschaft erklärt. Wenn Sie den Rückweisungsantrag der SVP akzeptieren, bringen Sie eigentlich zum Ausdruck, dass Sie die Tagesschule nicht wollen. Jetzt ein paar Worte zum Rückweisungsantrag der FDP. Diesbezüglich möchte ich auf die Frage von Nicole Lehmann Fricker antworten. Wenn wir im November die nötige Volksabstimmung zum Baukredit nicht durchführen können, muss sie auf März verschoben werden. Dann werden wir den vorgegebenen Zeitplan nicht einhalten können. Dessen muss man sich bewusst sein. Wir haben das Projekt jetzt schon in einem sehr engen Zeitraum bearbeitet. Ich nehme die Kritik gerne entgegen, dass ein gewisser Schönheitsfehler aus Sicht des Einwohnerrats mit der fehlenden Kommunikation betreffend die Überarbeitung des Mobilitätskonzepts in der Projektdelegation vorhanden ist. Erstaunlicherweise wurde aber auch in der FGPK das Thema in dieser Form nie angesprochen, ansonsten hätte ich darüber sehr gerne Informationen geliefert. Nun zur Frage des zweiten Standorts. Wenn wir jetzt den Baukredit beschliessen und den Modulbau erstellen, wissen wir noch nicht, wie es weitergeht. Auf diese Unsicherheit wurde schon in der Machbarkeitsstudie hingewiesen. Es ist aber möglich, diesen Standort zu betreiben. Wir wissen einfach nicht, welche Bedürfnisse dann in der weiteren Bearbeitung und zum Betrieb dieser Schule resultieren werden. Es ist gut möglich, dass der Bau dortbleibt und ein zweiter Standort geschaffen wird. Wenn man jetzt über den Standort spricht, heisst das nicht, dass dieser in 10, 15 Jahren verschwinden muss. Weil wir eine gewisse Unsicherheit in der Planung haben, wurde dies ehrlicherweise auch von Anfang an so kommuniziert. Wir haben mit dem Modulbau auch eine Bauweise gewählt, die den Ressourcenverbrauch möglichst schonend macht. Zum Preis will ich mich noch nicht äussern. Ich weiss noch gar nicht, wie dieser bei Inbetriebnahme dieser Schule ausfallen wird. Aber klar ist, dass wir ein Gesetz haben, welches die Subventionierung der Kosten an Eltern, die nicht in der Lage sind, den Preis zu bezahlen, nach einem klaren Konzept vorschreibt. Damit bestehen Rahmenbedingungen, die funktionieren. Wir möchten den Zeitplan, den wir in der Volksabstimmung versprochen haben, einhalten. Dafür haben wir alles Mögliche unternommen. Ich bitte Sie deshalb, die beiden Rückweisungsanträge abzulehnen



Franziska Graf-Bruppacher, Stadträtin: Ich habe noch eine kleine Ergänzung anzubringen. Bereits in der Vorlage zur Tagesschule, anlässlich der Volksabstimmung vom letzten November, ist erwähnt, dass die Suche nach geeigneten Parzellen zwei Möglichkeiten ergab, Schulanlage Aare, Aarau und angrenzend an die Schulanlage Gysimatte Buchs. Man hat auch entsprechend kommuniziert, dass ein zweiter Standort infolge hoher Nachfrage in Buchs sein wird. Das haben auch die Buchser Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte so gewünscht. Wir mussten uns damals für alle Varianten vorbereiten, auch für den Fall, dass die Nachfrage zu klein sein wird und die Tagesschule floppt. In dieser Situation sollte man wissen, was mit dem Schulhaus geschehen soll. Wir haben im Moment eine enorme Nachfrage nach Schulraum, Wenn in diesem Schulhaus allenfalls aber keine Tagesschule untergebracht und der Standort nicht optimal ist, könnte man die Baute bei all diesen Eventualitäten irgendwo anders aufstellen Umsonst bauen wir den Schulraum auf keinen Fall.

Christian Oehler, Präsident: Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, gelangen wir zur

Abstimmung

indem wir die Rückweisungsanträge der SVP und der FDP einander gegenüberstellen.

Dem Rückweisungsantrag der SVP stimmen 7 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte zu.

Dem Rückweisungsantrag der FDP stimmen 40 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte zu.

Somit hat der Rückweisungsantrag der FDP obsiegt und kommt in die

Schlussabstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 16 Ja-Stimmen gegen 30 Nein-Stimmen und einer Enthaltung folgenden

Beschluss

Der Rückweisungsantrag der FDP wird abgelehnt.

Wir hören jetzt das Referat der Finanz und Geschäftsprüfungskommission zum Geschäft.

Susanne Klaus Günthart, Mitglied: Die FGPK hat an ihrer Sitzung vom 12. September das Geschäft rund um den Baukredit für den Modulbau der Tagesschule beim Aare-Schulhaus geprüft. Als Auskunftspersonen standen uns Stadtrat Hanspeter Thür, Sebastian Busse, Leiter Hochbau und Sonja Baumann, Projektleiterin, zur Verfügung. Die Auskunftspersonen haben uns darauf hingewiesen, dass für die Tagesschule ein Modulbau und kein Elementbau beantragt wird. Der Modulbau kann zu einem späteren Zeitpunkt an einem anderen Standort wiederverwendet werden. Das gleiche gilt auch für die Luft-Wasser-Wärmepumpe. Das Gebäude erfüllt die üblich geforderten Energiestandards. Weil es aber keine Komfortlüftung hat, kann der Bau nicht zertifiziert werden. Während dem Baubewilligungsverfahren soll das Mobilitätskonzept konkretisiert werden. Weil es noch unklar ist, woher die Schüler kommen, werden verschiedene Szenarien und Massnahmen in einem Baukastensystem entwickelt. Elterntaxis im Quartier sollen verhindert werden. Das möchte man unter anderem damit erreichen, indem man bei der Anmeldung die Anreise der Kinder verpflichtend regelt. Aus finanzieller Sicht wird festgehalten, dass die Kosten höher ausfallen, als geplant. Das hat insbesondere mit der Teuerung, aber auch mit nötigen Mehrleistungen zu tun. Der dreigeschossige Bau wird auch von der Stadtbildkommission gutgeheissen. In der anschliessenden Diskussion wollte die Kommission wissen, wie die Stimmung



bei den Anwohnerinnen und Anwohnern ist. Die Auskunftspersonen erklären, dass Einsprachen aufgrund der Verkehrsfrage nicht ganz ausgeschlossen werden können. Bei einer Einsprache könnte der Zeitplan nicht mehr eingehalten werden. Weitere Themen der Anwohnerinnen und Anwohner betreffen die Elterntaxis und vor allem auch der Zurlindensteg. Dieser ist aktuell zu schmal. Der Stadtrat wird nach der Herbstpause über mögliche Varianten zu einem neuen, breiteren Steg entscheiden. Die Kommission möchte wissen, was die Definition "mittelfristige Nutzung" bedeutet. Laut den Auskunftspersonen ist von plus/minus 10 Jahren auszugehen, mit dem Potenzial auf eine Verlängerung. Der Bau ist für 30 oder 40 Jahre gemacht. Die Entwicklung der Tagesschule wird mitbestimmen, wie es weitergeht. Bis der Vollbestand der Tagesschule erreicht wird, dauert es sowieso fünf Jahre. Die Kommission möchte wissen, weshalb nicht ein vierstöckiges Gebäude erstellt wird und ob das Gebäude an einem anderen Ort aufgestockt werden könnte. Die Auskunftspersonen erklären, dass ein vierstöckiger Bau zwar weniger Grundfläche braucht. Die Modellversuche ergaben aber kein städtebaulich gutes Ergebnis. Dazu kommt, dass die Schule die Räume über drei Stockwerke besser organisieren und nutzen kann. Bei vier Stockwerken bestünden auch andere Brandschutzanforderungen, was den Bau teurer machen würde. Eine Aufstockung auf vier Stockwerke ist zu einem späteren Zeitpunkt absolut möglich. Die Möglichkeit eines fünften Stockwerks müsste abgeklärt werden. Im Weiteren möchte die Kommission wissen, ob ein Ausgleich für die Reduktion der Fussball-Fläche geplant ist. Laut Auskunftspersonen ist das nicht möglich. Der Spielplatz beim Aare-Schulhaus wird aber saniert und aufgewertet. Eine weitere Frage stellte die Kommission zur Schulhausanlieferung. Die Anlieferung erfolgt von einer Seite via Achenbergstrass/Aarestrasse. Es wird voraussichtlich einmal pro Tag oder alle 2 Tage eine Anlieferung geben. Der Kurzzeitparkplatz ist für Handwerker oder andere Materialanlieferungen vorgesehen. Zusätzliche Lehrerparkplätze werden keine benötigt. Aus der Kommission wird die Frage nach der PV-Anlage gestellt. Die Auskunftspersonen teilen mit, dass die städtischen Dächer für die Erstellung von PV-Anlagen ausgeschrieben werden. Die Dächer werden nach den Regeln des Submissionswesens an den Anbieter mit dem besten wirtschaftlichen Angeboten vergeben. Die PV-Anlage sollte mit der Fertigstellung des Gebäudes in Betrieb genommen werden. Weiter möchte die Kommission wissen, ob auch die Stockmattstrasse für die Zufahrt in Betracht gezogen wurde, weil diese breiter und somit weniger gefährlich als die Achenbergstrasse wäre und wie die Stadt mit dem Thema Elterntaxi umgeht. Die Auskunftspersonen erklären, dass innerhalb des Generalplanerteams eine Verkehrsplanerin, zusammen mit den städtischen Verkehrsplanern, die Situation beurteilt und die vorgeschlagene Lösung als die Beste eingestuft hat. Sollte sich diese Lösung als nicht ideal herausstellen, müsste die Situation neu beurteilt werden. Zum Thema Elterntaxi werden verschiedene Situationen baukastenmässig entwickelt und Lösungen gesucht. Unter anderem kann bereits bei der Anmeldung die Anreise der Kinder im Vertrag verbindlich vereinbart werden. Im Einzelfall kann, aufgrund der Anreiselage gewisser Kindern, eine Zufahrt denkbar sein. Eine Lösung könnte auch ein gemeinsamer Transport aus weiter entfernten Stadtteilen sein. Das gilt es dann zu prüfen. Die Organisation des Schulwegs ist Sache der Kreisschule. Eine unkontrollierte Zufahrt ist nicht im Sinne des Stadtrats. Auf die Nachfrage der FGPK wird von den Auskunftspersonen ergänzt, dass das Bau- und Mobilitätskonzept Sache der Stadt ist. Wenn das Mobilitätskonzept ein Bestandteil der Baubewilligung ist, hat es einen verbindlichen Charakter für die Kreisschule. Aus der Kommission wird die Frage gestellt, was ein späterer Standortwechsel kosten würde. Die Auskunftspersonen erklären, dass das vorliegende Konzept relativ selten ist. Eine Verschiebung wäre auf jeden Fall nicht günstig. Der eigentliche Rückbau, ohne Versetzen an einen neuen Ort, würde gemäss Grobstudie ca. 360'000 Franken kosten. Der Entscheid für den Modulbau wurde aber auch aus Sicht von Ressourcen gefällt. Die Kommission möchte wissen, ob die Folgekosten zu hundert Prozent durch die Miete gedeckt sind und wie hoch die Kosten für die Eltern ausfallen. Die Auskunftspersonen teilen mit, dass die Kostenverrechnung nach dem üblichen Modell, analog der Vermietung an der Oberstufe, vorgenommen wird. Im Mietpreis sind auch die Folgekosten enthalten. Bezüglich den Kosten für die Eltern wird eine Modellrechnung gemacht. Die Elternbeiträge liegen bei ca. tausend Franken



pro Monat, abzüglich der wohnortbezogenen Subventionen. Das entspricht den Kosten anderer Tagesschulen. Der Elternbeitrag soll über die gesamte Betriebsdauer ungefähr gleich hoch sein. In der Anlaufphase werden keine höheren Tarife verrechnet. Ein Anfangsdefizit würde von den Gemeinden getragen. Wenn die Tagesschule später Gewinn erwirtschaftet, sollen zuerst die Defizitbeiträge an die Gemeinden zurückzahlt und später die Tarife reduziert werden. Wenn die Tagesschule nicht funktioniert, gibt es im Gemeindevertrag eine Ausstiegsklausel. In der Schlussdiskussion ist angemerkt worden, dass die Tagesschule gewünscht wird. Die Mehrkosten für das Projekt werden unterschiedlich beurteilt, von nachvollziehbar bis viel zu hoch. Die Verkehrs- und Parkplatzsituation muss gut geprüft werden, gerade, weil das Mobilitätskonzept noch fehlt. Die Platzverhältnisse werden zum Teil als eng beurteilt. Es wurde auch die Frage gestellt, ob sich die Eltern an die Vorgabe für die Anreise der Kinder halten. Es sind keine Anträge gestellt worden. In der Schlussabstimmung nimmt die FGPK den Baukredit mit acht zu einer Gegenstimme an.

Die Grünen stehen zu hundert Prozent hinter der Tagesschule. Wir freuen uns, wenn nach über 20 Jahren, seit der Einführung einer Tagesschule in Baden, wir auch endlich eine Tagesschule erhalten. Das Baukonzept mit dem Modulbau und der Dreigeschossigkeit finden wir gut. Auf die Erweiterung des Zurlindenstegs sind wir gespannt. Die geplante Anlieferung können wir so auch gutheissen. Wir haben in der Botschaft gelesen, dass einmal im Tag oder vielleicht alle zwei Tage eine fixe Anlieferung erfolgt und dieser Parkplatz nur für Handwerker oder Kurzanlieferungen zur Verfügung steht und hoffentlich nicht viel benutzt werden muss. Nebst allen positiven Sachen hat unsere Fraktion aber natürlich auch intensiv über das Verkehrskonzept diskutiert. Wir möchten keine Elterntaxis, auch nicht in Ausnahmefällen. Wir sind überzeugt, dass ein gutes Schulwegkonzept den Erfolg der Tagesschule beeinflusst. Die Tagesschule wird zwar beim Aare-Schulhaus gebaut, ist aber für alle Schulkinder der Kreisschule Aarau-Buchs gedacht. Somit soll sie auch für alle Kinder unkompliziert erreichbar sein. Die Kreisschule ist zuständig für den Schulweg. Trotzdem liegt die Sicherheit bei der Stadt. Nur eine Tagesschule mit einem sicheren und unkomplizierten Schulweg ist für Familien aus anderen Stadtteilen, aber auch aus Buchs, attraktiv. Wenn sich Familien verbiegen müssen, damit ihre Kinder den Schulweg schaffen, werden sie ihre Kinder gar nicht in der Tagesschule anmelden, oder sie werden die Kinder eben mit dem Auto hinfahren. Wenn aber der Transport bei der Tagesschule inklusiv ist, werden auch Kinder aus entfernten Quartieren dort hingehen. Je mehr Kinder mitfahren, umso mehr lohnt sich ein Angebot. Lange Rede kurzer Sinn: Die Grünen wünschen sich einen Sammelbus und sind auch sicher, dass eine gute finanzielle Lösung gefunden wird. Wenn aus jedem Teil der Kreisschule Kinder kommen, braucht es zwei Schulbusse. Einer kommt via Buchs, Rohr, Telli und der andere via Goldern, Gönhard, Zelgli, Damm. Es ist für Familien eine riesige Entlastung, wenn sie ihre Kinder im Quartier an die Abfahrtsstelle schicken und sie am Abend dort wieder abholen können. Das Scheibenschachen-Quartier wäre somit frei von Elterntaxis. Aus unserer Sicht ist dies für alle eine Win-Win-Situation.

Nicole Lehmann Fricker, Mitglied: Die FDP-Fraktion ist für die Umsetzung der Tagesschule. Ein Schritt, der schon vor langer Zeit hätte umgesetzt werden sollen. Auch die FDP hat sich übrigens 1992 schon dafür engagiert. Aufgrund der Grösse der KSAB und hinsichtlich des weiteren Wachstums der KSAB, wird die Schulraumplanung noch manchmal diskutiert werden. Viele Schulhäuser können die Schülerzahl inskünftig nicht mehr bewältigen oder man muss, aufgrund baulicher Mängel, mit Schulhausabbruch, wie jetzt beim OSA, rechnen. So werden wir diesbezüglich noch einige kontroverse Debatten hier im Rat führen. Dass die Tagesschule in einem Modulbau erstellt werden soll, ist für uns aus obgenannten Gründen durchaus nachvollziehbar und macht Sinn. Die Kosten für ein späteres Verschieben an einen anderen Standort werden mit rund 3.6 Millionen Franken beziffert. Die Kosten basieren aber eher auf einer Vermutung und werden nur schwammig begründet. Es gibt auch viele widersprüchliche Aussagen bezüglich der Lebensdauer von 10 Jah-



ren, 20 Jahren, 30 Jahren. Diese Unsicherheit hinterlässt jedoch einen schalen Beigeschmack. Bei der Grösse des Baus und der Höhe der Summe erwarten wir konkretere Angaben und nicht nur Vermutungen. Es muss ausgewiesen sein, dass der Modulbau kein Provisorium darstellt und standhält. Mit dem vorliegenden Projekt sind wir grundsätzlich einverstanden. Der Modulbau überzeugt aufgrund seiner klaren Struktur. Der Bau nimmt Rücksicht auf die verschiedenen Nutzungsbedürfnisse. Er bietet genug Raum und Möglichkeiten für einen reibungslosen Ablauf des Unterrichts und die Nutzung vor und nach den Unterrichtszeiten. Auch ist die Schulhausumgebung ansprechend geplant und bietet den Kindern vielseitigen Raum für Spiel und Erholung. Wir begrüssen auch, dass der Baumbestand in das Bauprojekt integriert worden ist. Der jetzt auf 9,85 Millionen Franken definierte Kredit ist aber in der Fraktion zähneknirschend zur Kenntnis genommen worden. Kritische Stimmen finden, dass der Bau günstiger und qualitativ gleichwertig umsetzbar ist. Auch hat man ein grosses Fragezeichen dahinter gesetzt, weil die Kosten der PV-Anlagen gar nicht definiert wurden. Diesbezüglich fehlt es an Transparenz. Da jedoch der Bau an sich überzeugt, drücken wir jetzt einmal beide Augen zu und lehnen jetzt das Projekt, aufgrund der hohen Kosten, nicht ab. Wir erwarten jedoch, dass die Kosten in der Bauphase überwacht und alles darangesetzt wird, dass die Baukosten den gesprochenen Kredit nicht übersteigen. Das mangelhafte Mobilitätskonzept haben wir jetzt bereits ausführlich diskutiert und wir erwarten vom Stadtrat jetzt, dass das dringliche Postulat umgehend umgesetzt wird und dass die Bevölkerung vor der Abstimmung ein umsetzbares Mobilitätskonzept hat. Das heisst, wir erwarten keine lange Studie, sondern ganz konkrete und umsetzbare Lösungen. Nebst dem mangelnden Mobilitätskonzept fehlt auch für uns ein Konzept zur Turnhallenbenützung. Viele Studien belegen die Wichtigkeit der Turnstunde. Im Turnen können Kinder und Jugendliche ihrem Drang nach Bewegungen nachgehen, sowie Spannungen und Stress abbauen. Es ist wichtig, dass auch die Tagesschule ein ordentlicher Turnunterricht mit Parcours, Geräteturnen etc. anbieten kann. Es kann nicht sein, dass der Weg zu Verkürzungen der Turnstunden führt oder die anderen Fächer aufgrund des Wegs zeitlich eingeschränkt werden. Auch diesbezüglich fehlt uns ganz klar ein konkretes Konzept, wie man damit umgeht. Es kann nicht sein, dass die Erst- oder Zweitklässler weniger Mathematik oder Deutsch haben, weil der halbe Morgen für das Turnen aufgewendet werden muss. Auch in dieser Hinsicht fehlt uns wirklich ein vorliegendes Konzept mit einer klaren Begründung. Wie bereits gesagt, die FDP ist für das Vorhaben Tagesschule zu haben und wir gehen, trotz den vielen Bedenken, was die Kosten, das mangelnde Konzept bezüglich Mobilität und Turnunterricht betrifft, davon aus, dass im Scheibenschachenquartier ein tolles Projekt, ein Ort für Begegnungen, wunderbare Erlebnisse und Lernräume umgesetzt werden kann. Mit dem Auftrag an den Stadtrat und an die Bau-delegation, all diese Bedenken ernst zu nehmen und umzusetzen, werden wir dem Baukredit jetzt zustimmen.

Urs Winzenried, Mitglied: Ich habe die wesentlichen Ausführungen bereits bei den Rückweisungsanträgen gemacht. Nicht ganz unerwartet sind die beiden Rückweisungsanträgen der SVP und der FDP abgelehnt worden. Das widerspiegelt die politischen Verhältnisse in der Stadt Aarau. Die SVP-Fraktion ist nicht a priori gegen eine Tagesschule, sie ist nicht einstimmig dafür. Vor allem ist sie nicht in dieser Art und in dieser Form dafür, wie die Tagesschule jetzt vorgesehen ist. Es stimmt aber nicht, dass die SVP die Tagesschule verhindern möchte. Die SVP wird aber die Botschaft mit dem Baukredit von 9.85 Millionen Franken einstimmig ablehnen. Die hauptsächlichen Begründungen habe ich bereits geliefert. Erstens: Die Kosten von 10 Millionen Franken für das Provisorium sind jetzt schon zu hoch und werden mit Bestimmtheit noch steigen. 10 Millionen Franken reichen nicht und der Steuerzahler wird den Zusatz oder mehrere Zusatzkredite berappen müssen. Der Standort im Scheibenschachen ist als einziger Standort für eine Tagesschule für Aarau und Buchs nicht günstig. Er ist zu klein, zu eng und liegt am Stadtrand. Jede Verschiebung dieser Tagesschule zu einem späteren Zeitpunkt verursacht unnötige massive Kosten. Schlussend-



lich sind die Verkehrsfragen nicht gelöst. Die Quartierbevölkerung hat ihre Sorgen angemeldet und diese werden nicht einfach verschwinden. Die Ideen dieser verschiedenen Transportmöglichkeiten sind meines Erachtens ein wenig blauäugig, Wenn man beachtet, wie der Mensch heute in erster Linie für sich schaut und nur für sich, dann werden dies auch die Eltern zu einem grossen Teil machen. Was man nicht verbieten kann, wird einfach auch weiterhin gemacht werden. Interessanterweise haben alle Fraktionen Vorbehalte zu diesem Projekt geäussert. Alle Fraktionen, mehr oder weniger ausführlich, mehr oder weniger intensiv und schlussendlich stimmt man dem Projekt wahrscheinlich zu. Die Einzigen, die bei diesem Projekt wirklich auf die Bremse treten, sind meine Kolleginnen und Kollegen von der SVP. Die anderen Fraktionen wollen ein Auge zudrücken. Ist dies aber ein Geschäft, bei welchem man ein Auge zudrücken kann? Ich bin der Meinung, dass man bei dem Geschäft ganz genau hinschauen muss. Der Zeitdruck ist nicht so gross, auch wenn die Umsetzung etwas länger dauert. Es wurde schon verschiedentlich erwähnt, dass man die Tagesschule nicht in einer Art zum Laufen bringen kann, welche für alle gemeinverträglich ist. Die SVP-Fraktion lehnt das Geschäft einstimmig ab.

Hanspeter Thür, Stadtrat: Ich bedanke mich für die überwiegend positive Würdigung des Projektes, welches wir mit grossem Elan und grossem Tempo jetzt 9 Monate nach der Volksabstimmung vorlegen dürfen. Für die Kritik in Bezug auf gewisse Abstriche habe ich Verständnis. Ich glaube aber, ich müsste die grössere Kritik des Rates auf mich nehmen, wenn wir den Zeitplan ein wenig lockerer genommen und alles so abgeklärt hätten, wie es jetzt heute zum Teil gewünscht worden ist. Ich habe eigentlich die wesentlichen Punkte bereits gesagt. Ich danke für die Annahme des Baukredites und hoffe, dass das Projekt wirklich zum Gelingen kommt.

Christian Oehler, Präsident: Da das Wort nicht weiter verlangt wird, gelangen zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 40 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat bewilligt den Baukredit für den Modulbau Tagesschule beim Aare Schulhaus in der Höhe von 9.85 Mio, Franken inkl. 8.1 % MwSt., zzgl. teuerungsbedingter Mehrkosten (Stand 1. April 2023).

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 4 Abs. 1 lit. g) der Gemeindeordnung dem obligatorischen Referendum.



Traktandum 9

Politikplan 2024 - 2028, Budget 2024

Christian Oehler, Präsident:

Ich verweise auf die elektronisch, aber auch in Papierform vorhandenen Publikationen, die Sie erhalten haben. Alle Unterlagen wurden rechtzeitig zugestellt.

Mit Botschaft vom 14. August 2023 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat folgende

Anträge

zum Politikplan

Der Einwohnerrat möge vom Politikplan der Einwohnergemeinde für die Jahre 2024 – 2028 Kenntnis nehmen.

zum Budget

Das Budget 2024 der Einwohnergemeinde Aarau sei mit einem Steuerfuss von 96 % zu genehmigen.

Zum Budget 2024 sind verschiedene Anträge eingereicht worden. Darunter folgender

Rückweisungsantrag der SVP

Das Budget 2024 sei mit einem Steuerfuss von 94 % ausgeglichen zu gestalten.

Wir befinden zuerst über die Rückweisung. Wenn diese angenommen wird, geht das Budget zurück an den Stadtrat. Wird dem Rückweisungsantrag nicht zugestimmt, werden wir in die Diskussionen zum Politikplan und dem Budget eintreten.

Wir hören zuerst das Referat der Antragsteller. Anschliessend folgt die Diskussion im Rat zur Rückweisung.

Susanne Heuberger, Mitglied: Unsere SVP-Fraktion hat am letzten Freitag folgenden gut begründeten Rückweisungsantrag eingereicht: Das Budget 2024 sei an den Stadtrat zurückzuweisen mit dem Auftragsziel, dieses mit einem Steuerfuss von 94 Prozent ausgeglichen zu gestalten. Gerne erläutere ich unsere Beweggründe sowie unsere Argumente noch vertiefter. Der vom Stadtrat erarbeitete Voranschlag 2024 ignoriert einmal mehr das Anrecht der Bevölkerung auf einen vollständigen Vollzug des Steuerfussabtausches von 3 Prozent mit dem Kanton aus dem Jahr 2018. Dannzumal sind die Aufgaben und die Lastenverschiebungen zwischen Kanton und Gemeinden in Kraft getreten. Bei der seinerzeitigen Volksabstimmung ist stets betont worden, dass es sich um einen reinen Abtausch handle, der steuerlich neutral erfolge. Die Kantonssteuern sind per 2018 um 3 Prozent erhöht worden. Die Senkung der Gemeindesteuern um 3 Prozent wird uns Aarauern und Aarauern hingegen seit inzwischen 6 Jahren vorsätzlich vorenthalten. Die nach langen 5 Jahren für dieses Jahr erfolgte und von der linken Mehrheit im Einwohnerrat zu verantwortende Minimalreduktion von 1 Prozent ist klar als reine Alibiübung einzustufen. Sie ist unzulänglich und ungenügend. Der Hoffnungsschimmer des letzten Jahres, wonach der Stadtrat zumindest erstmals gewillt war, einen Steuerfuss von 94 Prozent zu beantragen und auch den Politikplan bis 2027 mit einem Steuerfuss von 94 Prozent vorzulegen, hat sich verflüchtigt. Wörtlich hat es damals geheissen: "Der Stadtrat erachtet es deshalb als



angezeigt, den Steuerfuss zu senken. Dabei möchte er insbesondere die 3 Prozent an die Bevölkerung weitergeben, auf die sie im Jahr 2018 beim Steuerfussabtausch mit dem Kanton verzichtet hat". Diese Aussage ist nun vergessen. Ich frage mich, ob es sich gar um eine bewusste Amnesie handelt. Wie auch immer. Die vom Stadtrat mit dem Budget 2024 vollzogene Kehrtwende und das unbewegliche Beharren auf 96 Prozent Steuerfuss ist schlicht nicht nachvollziehbar. Dass der Stadtrat zusätzlich in eine augenfällige Verschwendungssucht verfällt und keinerlei Skrupel hat, uns und dem Stimmvolk für 2024 ein strukturelles Budgetdefizit zu präsentieren, ist ein Missstand sondergleichen und nicht tolerierbar. Nicht nachvollziehbar angesichts dessen, dass unsere Kantonshauptstadt über das höchste Nettovermögen aller Aargauer Gemeinden verfügt. Nicht nachvollziehbar angesichts dessen, dass die Stadt Aarau nach dem Leader Oberwil-Lieli kantonal die zweithöchste pro Kopf Steuerkraft aufweist. Die Steuerkraft pro Einwohner ist ein guter Vergleichswert, weil er den Steuerfuss auf einem einheitlichen Wert harmonisiert und sowohl die Steuern von natürlichen als auch juristischen Personen und auch der Quellensteuern berücksichtigt. Das Vorgehen ist im Weiteren auch deshalb nicht nachvollziehbar, weil sowohl die pro Kopf Steuerkraft als auch das Ertragsvolumen aus den Steuern weiterhin steigend ist. Aarau ist schwerreich, Aarau ist und bleibt finanzstark. Folglich kann die Stadt eine moderate Steuerfussenkung um 2 Prozent auf 2024 bestens verkraften und die Stadt ist zudem klar in der Lage, ein ausgeglichenes Budget 2024 zu präsentieren. Mittels Rückweisungsantrag verlangen wir die diesbezüglich zwingend erforderlichen Korrekturen. Wir nehmen den Stadtrat in die Pflicht, diese umzusetzen und ein neues Budget vorzulegen. Verlangt wird dabei nichts anderes, als die längst überfällige, vollständige Umsetzung des Steuerfussabtauschs und ein Zurückkommen auf einen häuslicheren Umgang mit den vorhandenen Geldmitteln, im Minimum eine schwarze Null im Voranschlag. Was für Privatpersonen gilt, muss auch für die öffentliche Hand und damit auch für die Stadt Aarau gelten. Es soll nicht mehr Geld ausgegeben als eingenommen werden. In diesem Sinn danken wir unseren Ratsmitgliedern schon jetzt für die Unterstützung unseres Rückweisungsantrags.

Christian Oehler, Präsident: Jetzt erfolgt die Diskussion im Rat zum Rückweisungsantrag. Da die Diskussion nicht gewünscht wird, übergebe ich das Wort an den Stadtpräsidenten.

Dr. Hanspeter Hilfiker, Stadtpräsident: Wir haben ein aufwendig entwickeltes und ausgeglichenes Budget dargelegt. Es geht um einen Umsatz von Grössenordnung 150 Millionen Franken für den allgemeinen Haushalt. Zum budgetierten Defizit von 600'000 Franken kennen Sie alle Abweichungspotenziale bei den Steuern, zu den Finanzerträgen etc. Wir gehen davon aus, dass es sich im Grossen und Ganzen um ein ausgeglichenes Budget handelt. Die Aussage von Susanne Heuberger war richtig. Wir haben den Steuerabtausch im 2018 nicht weitergegeben, weil wir befürchteten, dass das Geld dafür nicht reiche. Wir haben nachher festgestellt, dass unsere Befürchtungen nicht eintrafen. Wir haben deshalb im letzten Jahr einen entsprechenden Antrag gestellt. Wir sind jetzt aber aufgrund der Perspektive der relativ unsicheren wirtschaftlichen Entwicklung und aufgrund unseres Finanzertrags sowie der sehr vielen anstehenden Projekte davon ausgegangen, dass es adäquat nicht angezeigt ist, eine Steuerfussenkung vorzunehmen und werden deshalb den Antrag mit einem Steuerfuss von 96 % stellen. Über den Steuerfuss wird ja jedes Jahr neu entschieden. Selbstverständlich rechnen wir in einem Politikplan immer mit dem laufenden Steuerfuss, welchen wir für die nächste Budget-Periode vorschlagen. Ich bitte Sie deshalb, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Susanne Heuberger, Mitglied: Ich weiss nicht, was man davon halten muss, wenn man ein legales Versprechen, welches man dem Stimmvolk seinerzeit mit dem Steuerfussabtausch zugesichert hat, nicht vollzieht und man sich zu einem Rückweisungsantrag, der die Umsetzung fordert, nicht einmal die Mühe nimmt, sich hier im Saal zu äussern. Ich



möchte eine persönliche Bemerkung machen. Für mich ist ganz klar: Die Stadt Aarau hat kein Einnahmenproblem, sondern erwiesenermassen ein hausgemachtes Ausgabenproblem. Letzteres ist klar Auswuchs von linksgrüner Politik und ist auch allein aus dieser Richtung zu verantworten.

Christian Oehler, Präsident: Da keine weiteren Rückmeldungen mehr vorliegen, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 17 Ja-Stimmen gegen 29 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung folgenden

Beschluss

Der Rückweisungsantrag der SVP, das Budget 2024 sei an den Stadtrat zurückzuweisen mit dem Auftragsziel, dieses mit einem Steuerfuss von 94 % ausgeglichen zu gestalten, wird abgelehnt.

Wir steigen somit ins Geschäft ein mit den Themen Politikplan, Budget, Investitionen, Steuerfuss. Bei den einzelnen Produktgruppen behandeln wir dann die einzelnen Anträge. Jetzt hören wir zuerst das Referat der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission.

Urs Winzenried, Mitglied: Die FGPK hat den Politikplan und das Budget in der Sitzung vom 12. September während gut dreieinhalb Stunden intensiv, detailliert, aber auch kontrovers, behandelt. Als Auskunftspersonen haben Stadtpräsident Hanspeter Hilfiker, der Leiter Finanzen, Marco Andreoli, und Controller Matthias Mundwiler die gestellten Fragen beantwortet. Nach der Informationsveranstaltung vom 21. August haben die Fraktionen nicht weniger als 100 Fragen eingereicht. Diese sind alle ausführlich beantwortet worden. Als Dokument sind der FGPK schlussendlich, nebst dem Politikplan und dem Budget, auch die Folien der Informationsveranstaltung und die Antworten auf alle 100 Fragen zur Verfügung gestanden. Die Auskunftspersonen haben einleitend die wichtigsten Punkte des Politikplans und des Budgets noch einmal erläutert: Gleichbleibender Steuerfuss von 96 Prozent, operatives Ergebnis im Minus von 600'000 Franken und benötigter Stellenaufbau um 27,2 Stellen, Lohnerhöhung von 2,5 Prozent, Nettoinvestitionen von 41,9 Millionen Franken, Realisierungsgrad von 70 Prozent, Selbstfinanzierung von 15,7 Millionen Franken und schlussendlich den Finanzierungsfehlbetrag von 13 Millionen Franken. Die Auskunftspersonen haben erwähnt, dass die erwarteten Steuererträge leicht positiv eingeschätzt werden. An der bewährten Finanzstrategie mit dem Dreieck, gesunden Finanzhaushalt, Leistungsangebot und attraktive Steuerbelastung möchte der Stadtrat auch nach der Annahme der Schuldenbremse keine Änderungen vornehmen. Der leicht negative Abschluss von 600'000 Franken liegt gemäss Auskunftspersonen in einem unscharfen Bereich und das Budget 2024 kann in den Augen des Stadtrats als Punktlandung bezeichnet werden. Die FGPK hat in der Folge den Politikplan und das Budget kapitelweise, detailliert beraten und jeweils bei der Beantwortung dieser 100 Fragen Kommentare abgeben oder zusätzliche Fragen stellen können. Ich verzichte aus Zeitgründen darauf, jetzt die 100 Fragen zu repetieren, sonst wird es sehr spät. Ich verweise auf die vorhandenen Dokumente und gehe nur auf ein paar wenige zentrale Punkte der Diskussion bei der FGPK ein. Wie wir gehört haben, hat die SVP in der FGPK bereits den Antrag auf Senkung des Steuerfusses um 2 Prozent auf 94 Prozent gestellt und das mit der völligen Umsetzung des Steuerfussabtausches begründet. Die Bevölkerung hat das Anrecht auf diesen Abtausch. Die Situation in Aarau ist stabil und gut. Zudem besteht die Möglichkeit, den Steuerfuss jährlich wieder anzupassen. Der Antrag ist in der FGPK kontrovers diskutiert worden. Eine Mehrheit hat die



letztjährige Senkung von 1 Prozent auf 96 Prozent als ausreichend und eine weitere Senkung als aktuell nicht angezeigt erachtet. Dies aufgrund der vielen anstehenden vielfältigen Projekte und im Interesse eines guten Leistungsangebots der Stadt. Der Antrag der SVP ist in der Abstimmung mit 7 zu 2 Stimmen abgelehnt worden. Im Zusammenhang mit dem leicht negativen operativen Gesamtergebnis von minus 600'000 Franken hat die SVP einen Antrag auf Einsparung dieser 600'000 Franken ins Auge gefasst. Dies insbesondere als äusseres Zeichen dafür, dass die Stadt mit den Steuern haushälterisch umgehen und wieder ein ausgeglichenes Budget vorlegen sollte. Gemäss Aussagen der Auskunftspersonen wären Einsparungen in der Höhe von 600'000 Franken, bei einem Gesamtbudget von 150 Millionen Franken, zwecks Erreichung dieser schwarzen 0 möglich, es würde dadurch aber nur eine Scheingenauigkeit vorliegen. Insbesondere wurde aber moniert, dass ein Antrag auf Einsparungen exakt bezeichnet werden müsste. So exakt, dass man sagt, in welcher Produktgruppe welche konkreten Einsparungen vorzunehmen sind. Aufgrund dieser Diskussion ist im Rahmen der FGPK auf die Stellung eines solchen Antrags vorerst verzichtet worden. Die SP hat die Idee eines Einwohnerratsausflugs, um sich kennen zu lernen, in der Mitte einer Legislatur zur Diskussion gestellt und einen möglichen Antrag in Aussicht gestellt. Dieser Antrag ist jetzt auch gestellt worden. Die Meinungen der FGPK fielen unterschiedlich aus, mehrheitlich aber verhalten positiv. Zu den Fringe Benefits, zugunsten des städtischen Personals, sollen auf Nachfrage der FGPK gemäss Aussagen der Auskunftspersonen zusätzlich zu den bestehenden Benefits, Lunchchecks, Reka-Cards und Beiträge an ein Fitness-Abo neu dazukommen. Im Zusammenhang mit der Verrechnung von IT-Kosten haben die Auskunftspersonen festgehalten, dass die Kosten verursachergerecht vorgenommen werden. Zum Abschluss der nicht sehr zahlreichen Kooperationsverträge im Bereich Sozialarbeit ist eine Frage gestellt worden. Die Auskunftspersonen haben ausgeführt, dass die vielen Trägerschaften, aufgrund der eingeschränkten Preisgestaltung, wenig Interesse an derartigen Vereinbarungen haben und deshalb sind es nur ein paar wenige. Die FGPK hat weiter erfreut zur Kenntnis genommen, dass die Einhaltung der Bearbeitungsfristen im Zusammenhang mit den Baubewilligungen deutlich angestiegen ist. Beim Abfallwesen – das ist ein Eigenwirtschaftsbetrieb – hat sich gemäss Auskunft der Auskunftspersonen der Verlust, der im nächsten Jahr ausgewiesen werden soll, aus den Investitionen ergeben, welche höher als der operative Reingewinn ist. Bezüglich der Benutzung des geplanten doppelstöckigen Velounterstands auf der oberen Schanz durch die Schülerschaft hat die Auskunftsperson mitgeteilt, dass der Unterstand nicht primär für die Schüler, sondern für die ganze Öffentlichkeit gedacht ist. Im Zusammenhang mit dem Stellenplan schlussendlich wünschte die FGPK genaue Zahlen darüber, wie viele Stellen an welchen Orten seit 2018 neu geschaffen worden sind und vor allem, welche dieser Stellen drittfinanziert worden sind. Die Stadt hat im Anhang zum Protokoll eine entsprechende Auflistung gemacht. Positiv ist gewürdigt worden, dass die vorhandenen Dokumente, wie Investitionsplan und Budget umfangreich, detailliert und sehr gut strukturiert sind. Die FGPK hat die gute Beantwortung der rund 100 Fragen mit der wertvollen Fristerstreckung für die Fraktionen auch verdankt und die Arbeit der Verwaltung in dieser kurzen Zeit gewürdigt. Der Politikplan und das Budget zeigen schon auf der positiven Seite, dass sich die Stadt Aarau in einem dynamischen Umfeld bewegt und dass es sehr viel braucht, um eine Gemeindeorganisation in der Grösse von Aarau überhaupt am Leben erhalten zu können. Die Investitionen sind grossmehrheitlich als insgesamt sinnvoll angeschaut worden und sie liegen im Rahmen der Erwartungen. Die Stadt ist politisch und finanziell auf einem guten Weg. Drei kritische Bemerkungen wurden gemacht. Die Senkung des Steuerfusses und ein ausgeglichenes operatives Budget im Sinne einer schwarzen Null wäre angezeigt und die 27,2 zusätzlichen Stellen und die Lohnerhöhung von 2,5 Prozent sind zu hoch. Die Kommission hat einstimmig vom Politikplan Kenntnis genommen und hat das Budget 2024 mit dem Steuerfuss von 96 Prozent mit 8 zu 1 Stimme genehmigt.



Christian Oehler, Präsident: Verschiedene Parteien haben Anträge gestellt. Wir werden jeweils bei der Behandlung der einzelnen Produktgruppen auf die Anträge eingehen und darüber abstimmen. Ich eröffne nun die Diskussion.

Nicola Müller, Mitglied: Im Namen der SP möchte ich mich natürlich wie jedes Jahr ganz herzlich beim Stadtrat und der Verwaltung bedanken. Wie jedes Jahr ist eine übersichtlich gestaltete Botschaft geliefert worden und man hat ganz viele Fragen im Vorfeld beantwortet. Wir haben dieses Jahr sehr viele Fragen gestellt. Es sind über 100 gewesen und wir haben meistens auch plausible Antworten darauf erhalten. Teilweise sind die Antworten vielleicht auch ein wenig kryptisch ausgefallen und teilweise sind sie auch ein bisschen an der Sache vorbeigegangen, aber das dürfte wohl in der kurzen Bearbeitungszeit gelegen haben, die man eben nur hat und nicht im Umstand, dass man uns auf gewisse Fragen gerade keine richtigen Antworten hätte geben wollen. Gerne berichte ich darüber, was in der SP am intensivsten diskutiert worden ist. Vom Politikplan werden wir selbstverständlich Kenntnis nehmen. Wir können den Politikplan in grossen Teilen unterstützen. Wir bemängeln aber, dass eben auch die Wohnraumstrategie, respektive die damit verbundenen Ziele nirgendwo im Politikplan abgebildet werden. Diesbezüglich erwarten wir für nächstes Jahr eine Nachbesserung. Sehr irritiert hat uns aber, dass der Stadtrat seine eigene Finanzstrategie jetzt offenbar von der Schuldenbremsabstimmung bestätigt sieht. Ich erinnere gerne daran, dass die Strategie des Stadtrats im Zieldreieck liegt. Gesunder Finanzhaushalt, attraktive Steuerbelastung und ein gutes Leistungsangebot. In den massgeblichen Rechtsgrundlagen zur Schuldenbremse liest sich gar nichts über ein Leistungsangebot. Die Frage der Steuerbelastung ist ja vom Einwohnerrat gezielt herausgestrichen worden. Die Schlussfolgerung des Stadtrats, dass seine eigene Finanzstrategie durch die Abstimmung bestätigt worden sein soll, ist historisch betrachtet schlicht falsch. Seine Strategie ist bislang eigentlich nur vom Stadtrat selbst bestätigt worden, weder vom Einwohnerrat und schon gar nicht vom Volk. Dem gegenüber haben wir, natürlich mit ein wenig Genugtuung, zur Kenntnis genommen, dass jetzt mittlerweile auch der Stadtrat der Meinung ist, dass eben ein Steuerfuss von 96 Prozent der richtige Steuerfuss ist, um die Herausforderungen der Zukunft in Angriff zu nehmen. Damit ist eigentlich auch schon gesagt, dass wir den bürgerlichen Angriff auf den gesunden Finanzhaushalt, also den Antrag auf ein Budget mit einem Steuerfuss von 94 Prozent, natürlich einstimmig abgelehnt haben. Dieser macht aus unserer Sicht, angesichts der grossen Investitionen in den nächsten Jahren, keinen Sinn, auch mit Blick auf die Steuererträge, welche wahrscheinlich aufgrund der Steuergesetzrevision sinken werden. Das haben wir auch schon moniert. Vor diesem Hintergrund besteht momentan kein Raum für eine Steuerfussenkung. Dass gemäss Annahme des Kantons ab 2022 die Steuererträge wieder anziehen sollen, glaubt eigentlich nur, wer an das Märchen der dynamischen Effekte glaubt. Zu den einzelnen Produktgruppen werde ich nur in ausgewählten Bereichen etwas sagen. Bei den Anträgen werden wir noch auf andere spezifischer eingehen. Insgesamt kann gesagt werden, dass die Stadt überall dort, wo uns der Fachkräftemangel nicht gerade einen Strich durch die Rechnung macht, auf dem richtigen Weg ist und vorwärts macht. Wir nutzen die rund 35 Prozent des Steuerertrags, die wir eben als gebundene Ausgaben sowieso nicht beeinflussen können, grundsätzlich sehr gut. Zu einigen Ausnahmen werde mich anschliessend noch äussern. Uns macht nach wie vor die hohe Fluktuation in der Verwaltung Sorgen. Diese ist sicher zur Hauptsache dem Fachkräftemangel geschuldet. Vor diesem Hintergrund machen die Fringe Benefits, die man jetzt offenbar anbietet, absolut Sinn. Wir möchten weiterhin daran arbeiten, dass wir als gute Arbeitgeberin auf dem Arbeitsmarkt wahrgenommen werden und in Tat und Wahrheit auch eine gute Arbeitgeberin sind. Dazu gehört natürlich auch, dass wir die grosse anfallende Arbeit auf genügend Schultern verteilen. Wir sehen den Stellenzuwachs, welcher im Budget erhalten ist, eben auch vor diesem Hintergrund. Es müssen natürlich auch genügend Leute vorhanden sein. Man kann nicht überall zu den Besten gehören, sich ständig weiterentwickeln und wachsen wollen und dann einfach ignorieren, dass dadurch natürlich auch ein höherer Personalbedarf verbunden ist. Dass die FDP jetzt praktisch jede Stelle



verhindern möchte, wirkt auf uns seltsam, auch vor dem Hintergrund, dass sie auch den Stadtpräsidenten stellt. Für uns ist der Stellenbedarf ausgewiesen, ausreichend begründet und wir werden deshalb alle Anträge betreffend Stellenplan einstimmig ablehnen. Wie ich erfahren habe, werden das auch die Mitte-links-Fraktionen praktisch überall machen. Vor diesem Hintergrund stellt sich natürlich die Frage, ob die Anträge nicht einfach zurückgezogen werden sollen. Das wäre jedenfalls ökonomisch, zumindest prozessökonomisch gut. Ernüchternd ist, dass in den PGs 17 und 18, in welchen die Klimaziele abgebildet werden, offenbar Ziele bei der Reduktion der Treibhausgase gesetzt wurden, obwohl man jetzt schon weiss, dass man diese sowieso nicht erreichen kann. Es sind sogenannte kalkulatorische Sollwerte. Auf die Frage, wie man diese Ziele dann zu erreichen gedenkt, haben wir die Antwort erhalten, dass momentan keine besonderen Massnahmen geplant sind. Das ist reichlich fatalistisch und macht das Budget in diesem Bereich natürlich auch wenig aussagekräftig. Wir dürfen schon daran erinnern, dass die Absenkpfade, auch wenn sie kalkulatorisch sind, in unserer Gemeindeordnung verpflichtend vorgegeben sind. Freude bereitet hat uns demgegenüber die Entwicklung im Kulturbereich. Die Kulturbühne ist eine gute Sache, um niederschwellige Kultur zu fördern, wie die Integration einer fast lane in der Kulturförderpraxis. Allgemein erscheint es uns wichtig, dass im Rahmen der neuen Kulturstrategie der Versuch unternommen wird, den Nutzen der Kultur auch irgendwie messbar zu machen. Wir haben herausgefunden, dass das so sein soll. Das klingt sehr spannend. Wir prognostizieren bereits jetzt, dass man nach Vorliegen der Ergebnisse merkt und auch zeigen kann, dass eine lebendige Kulturszeneszene eben nicht nur ein nice to have, sondern eben ein need to have ist. Wir sind auf die Ergebnisse gespannt. Dass in der PG 40 – dort erkennt man eindeutig die Notwendigkeit des Stellenzuwachses – nämlich, trotz einer Aufstockung um 4.3 Stellen immer noch nicht der Stellenschlüssel der Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz eingehalten werden kann, zeigt vor allem, wie stark unterdotiert dieser Bereich lange Zeit gewesen ist. Schön, dass jetzt endlich etwas geschieht, auch wenn es definitiv noch Luft nach oben hat. Positiv erscheint uns, dass gestützt auf die Zahlen von 2022 das Soll betreffend der Patrouillentätigkeit der Jugendpolizei erhöht werden kann. Prävention vor Repression ist ganz in unserem Sinn, auch wenn wir nicht als Law-Order-Partei bekannt sind. Wir sind auch gespannt, welche Ergebnisse dann später einmal von der SIP kommen, wenn diese dann personell voll aufgestellt ist. Abschliessend möchte ich noch etwas zur Investitionsplanung sagen. Dort scheint uns namentlich die Telli ein wenig ins Hintertreffen geraten zu sein. Die Realisierung der FuSTA ist jedenfalls ins investitionspolitische Nirvana verschwunden. Man möchte zuerst die Integration der Tagesstrukturen abwarten. Ich bitte aber darum, nicht zu lange abwarten. Bei der Tellistrasse verfolgt man auch nicht gerade einen sehr engagierten Zeitplan. Wir sind aber der Meinung, dass dieser nicht engagierte Zeitplan definitiv eingehalten werden muss.

Martina Niggli, Mitglied: Auch wir danken der Verwaltung herzlich für die Erstellung des Politikplans und des Budgets. Speziell möchten wir uns auch für die Beantwortung der vielen Fragen bedanken. Die Antworten waren wie immer meistens klar nachvollziehbar und wertvoll für das allgemeine Verständnis. Das Budget zeigt wieder einmal die unglaubliche Vielfalt der Stadt Aarau und damit verbunden auch die grosse Attraktivität der Stadt, sowohl für die Einwohner wie auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. An dieser Stelle hätte ich gerne ein paar Worte zu dieser immer grösser werdenden Attraktivität verloren. Aufgrund der Budgetanträge möchte ich jetzt aber vorwiegend etwas zu diesen Anträgen sagen, denn in unseren Augen führen genau diese Anträge dazu, dass die wichtige Attraktivität nicht weiter gedeihen kann. Kurz zusammengefasst fordert die SVP eine Reduktion von fast 4 Stellen, die FDP sogar von 14 der 19 Stellenerhöhungen, welche nicht durch Dritte finanziert werden können. Die FDP führt ein Sparpotenzial von 1.8 Millionen Franken an. 1,8 Millionen Franken machen 1.4 Prozent des betrieblichen Ertrags des allgemeinen Haushalts der Stadt aus. In unseren Augen ist dieser relevante Betrag zu klein, so dass sich eine zeitliche Verschiebung lohnen würde. Klar ist, und ich bin der Meinung, diese



Haltung auch aus dem Antrag der FDP herauslesen zu können, dass die Stellen mittelfristig nötig sind. Für die grüne Fraktion ist aber klar, dass jetzt der richtige Zeitpunkt ist, um die neuen Stellen zu sprechen. Wir gehen auch ganz stark davon aus, dass die Verantwortlichen in den einzelnen Abteilungen nachhaltig mit den Finanzen umgehen und keine Stellen auf Vorrat beantragen. Zudem steht Aarau vor grossen Investitionen. Das Oberstufenzentrum, in welcher Form auch immer, das Pflegeheim Herosé, das Stadion, diverse Sportanlagen können als ein paar wenige genannt werden. Es ist also nicht so, dass eine zeitliche Verschiebung dieser Stellenerhöhungen in den kommenden Jahren besser abgedeckt werden kann. Im Weiteren wird von der FDP eine Reduktion der Lohnerhöhung gefordert. Das erachten wir als komplett falsches Signal. In der Diskussion der Rechnung 2022 ist die Attraktivität der Stadt im Zusammenhang mit dem Fachkräftemangel ein grosses Thema gewesen. Für die Erhöhung der Attraktivität sind jetzt im 2024 extra Mittel eingestellt worden. Mit der Reduktion der Lohnerhöhung würde dieser Effekt gerade wieder verpuffen. Zudem wird für 2024 weiterhin mit einer hohen Inflation gerechnet. Es ist also enorm wichtig, dass man das Lohnniveau entsprechend hält. Ein paar Worte zum Steuerfuss. Vermutlich sehr wagemutig habe ich in meiner Rede zur Rechnung 2022 erwähnt, dass wir hinsichtlich dem dort präsentierten Ergebnis gar nicht erst über den Steuerfuss 2024 reden wollen. Aufgrund des vorliegenden Budgets und den eben gemachten Ausführungen kann ich meine Aussage nur untermauern. Die grüne Fraktion setzt sich dafür ein, dass der Steuerfuss bei 96 Prozent bleibt. Wir freuen uns, dass der Stadtrat das auch so sieht. Zusammengefasst bleibt zu sagen: Wir lehnen alle Anträge der FDP und der SVP ab und nehmen alle Anträge der SP einstimmig an. Unser Antrag zur PG 70 ist schriftlich begründet und wird hier nicht weiterer erläutert. Wir würden uns aber freuen, wenn Sie diesen unterstützen würden.

Benita Leitner, Mitglied: Im Namen der Fraktion Pro Aarau, EVP/EW möchte ich der Stadtverwaltung sowie dem Stadtrat für die Ausarbeitung des Budgets und die Beantwortung der Fragen danken. Das Budget für das Jahr 2024 sowie die Zukunftsplanung zeigen eigentlich klar, dass der letztjährige Entscheid, den Steuerfuss lediglich um 1 Prozent auf 96 Prozent zu senken, der richtige gewesen ist. Wir nehmen auch erfreut zur Kenntnis, dass sich diesem Entscheid mittlerweile auch der Stadtrat angeschlossen hat. Zwar verfügt die Stadt Aarau immer noch über ein Nettovermögen von 140 Millionen Franken. Es stehen aber in den kommenden Jahren diverse angedachte Grossinvestitionen an. Uns ist es ein Anliegen, dass sich die Stadt Aarau weiterentwickeln kann. Wir erkennen auch, dass der mutmassliche Vermögensabbau bis 2028 beträchtlich ist. Wir sind uns unserer Aufgabe bewusst, ein wachsames Auge auf den Finanzhaushalt zu haben. Auf das Budget 2024 bezogen haben wir uns entschieden, dem Steuerfuss von 96 Prozent zuzustimmen. Ich mache gerade noch ein paar Anmerkungen zu den Produktengruppen und danach abschliessend noch zu allen Stellenstreichungsanträgen. Zuerst einmal zur Produktengruppe 26. Wir von Pro Aarau sind eine sehr sportbegeisterte Partei und haben den prognostizierten Auslastungsgrad der Sportanlagen von 100 Prozent im Winter 2024 mit grossem Unmut zur Kenntnis genommen. Wir wissen aus persönlicher Erfahrung, dass der Kampf der Vereine um die Aarauer Sportinfrastruktur, insbesondere der Hallen und den Fussballplätzen, ein andauernder Kraftakt ist. Um es einfach ganz klar zu sagen, ein Auslastungsgrad von 100 Prozent bedeutet faktisch, dass kein einziger Verein der Stadt Aarau mehr wachsen kann. Und angesichts der gesellschaftlichen Wichtigkeit des Sports ist das extrem bedenklich. Wir sind guten Mutes, dass mit der angedachten und höchst dringlichen Stellenerhöhung in der Sektion Sport auch eine Optimierung und Überprüfung der Sportanlagebelegung durchgeführt werden kann. Insbesondere angesichts dessen, dass für die Realisierung der neuen Hallenprojekte noch kein definitiver Zeithorizont zu erkennen ist. Interessanterweise habe ich auch im Votum der FDP zur Tagesschule entnommen, dass es auch ein extremes Anliegen der FDP ist, dass alle ein Plätzchen in dieser Sportinfrastruktur finden. Bereits jetzt ist es auch für die Schulen knapp. Das heisst, es wäre eigentlich nur konse-



quent, wenn man dieser Stellenerhöhung zustimmen würde, damit man Optimierungen erreichen kann. In der Produktegruppe 70 beantragen wir, zusammen mit den Grünen, eine Erhöhung des Budgets um 50'000 Franken. Es besteht in der breiten Bevölkerung ein grosses Bedürfnis nach einem Ausbau der öffentlich zugänglichen WC-Möglichkeiten und vor allem auch nach einer besseren Information und Beschilderung. Wer schon während dem Spielplatzbesuch mit den Kindern notfallmässig zum nächsten WC sprinten musste, beim Grillieren an der Aare im Gebüsch sitzend seinen Tampon wechseln musste oder wer nach einem feierfreudigen Wochenende in der Altstadt einen verpinkelten Hauseingang ange-
troffen hat, weiss, wovon wir reden. Deshalb werden wir den Antrag um Erhöhung des Budgets unterstützen. Jetzt äussere ich mich noch zu den Abänderungsanträgen der FDP. Es scheint, als wäre die FDP ein wenig in Frisierlaune gewesen und hätte ganz wild darauf losgeschneidert. Mir als Mitarbeiterin der Verwaltung tut das natürlich weh. Es zeigt mir einerseits, wie wenig Vertrauen in die Verwaltung und auch wie wenig Wertschätzung gegenüber den Mitarbeitenden vorhanden ist. In meiner Karriere bei der Stadt Aarau habe ich schon an diversen Orten gearbeitet. Gerne würde ich Ihnen eigentlich in alle Bereiche einen Einblick geben, aber auch aufgrund der Redezeitdauer beschränke ich mich auf das Zivilstandsamt, wo ich im Moment arbeite. Das Zivilstandesamt ist national geregelt. Die Abläufe werden von nationalen Gesetzen und Verordnungen vorgegeben und die kantonale Aufsichtsbehörde verfeinert dies. Das Zivilstandsamt selbst hat somit in seiner Tätigkeit nur einen ganz kleinen Auslegungsspielraum. Es trifft zu, dass sich die Anzahl der Geschäftsfälle nicht wesentlich erhöht hat. Aus diesen Zahlen geht aber die Komplexität nicht hervor, die sich schlussendlich erheblich auf den Zeitaufwand niederschlägt. Die Fälle werden nicht unbedingt mehr, das ist richtig, aber sie werden viel komplizierter. Die rechtlichen Grundlagen und die Fragestellung der Bevölkerung werden immer umfangreicher, weil die Bevölkerung diverser wird und sich weiterentwickelt. Das bedeutet aber, dass in jedem einzelnen Fall die Fragestellungen und die Situationen immer komplexer und verzwickter werden. Sie werden einzigartiger und deshalb muss vielmehr Zeit investiert werden. Ich kann ein kleines Beispiel nennen. Kantonsweit gesehen bearbeitet das Zivilstandesamt über 50 Prozent von Spezialerfassungsgesuchen von Leuten, welche die gesetzlich verlangten Dokumente nicht beibringen können. Betroffen sind oft Asylsuchende und Flüchtlinge, weil sie aufgrund der Flucht nicht mit dem Heimatland in Kontakt treten dürfen. Die meisten dieser Erfassungen, die mit Abstand den zeitintensivsten Bestandteil bilden, beziehen sich auf Geburten in unseren Spitälern. Das ist einfach so und schlussendlich ist es ja auch schön, dass die Leute für dieses freudige Ereignis nach Aarau kommen. Ohne die vom Zivilstandsamt beantragte Stellenerhöhung ist nicht nur das Erreichen der Wirkungs- und Leistungszielen gefährdet. Die Kunden, also die Aarauerinnen und Aarauer, werden über kurz oder lang Einbussen feststellen. Zudem sendet dies auch ein Zeichen der Geringschätzung an alle beim Zivilstandsamt Aarau tätigen Personen aus, die jeden Tag einen riesengrossen Einsatz zeigen und das Bestmögliche für die Bevölkerung herauszuholen. Meiner Meinung nach beziehen sich diese Ausführungen aber nicht nur auf das Zivilstandsamt. Jeder dieser Stellenerhöhungsanträge dient schlussendlich der Steigerung des Dienstes an unserer Bevölkerung. Für mich zeigen die Anträge der FDP, teilweise auch von der SVP, vor allem, dass in der FDP-Fraktion ein deutlicher Aufklärungsbedarf, was die Tätigkeit und die Bedürfnisse einer effizienten Stadtverwaltung bedeutet, besteht. In diesem Sinn lege ich Ihnen auch ans Herz, bei Unklarheiten zu verwaltungstechnischen Tätigkeiten nachzufragen. Ich habe im FGPK-Protokoll beispielsweise keine Anfrage zu den Inhalten dieser Stellenerhöhungen gefunden. Jetzt aber einfach einmal konsequent gegen praktisch alle Stellenerhöhungen zu sein, ohne wirklich die Auswirkungen zu kennen, finde ich nicht gut. Alle diese Stellenstreichungen haben unter dem Strich negative Auswirkungen auf die Bevölkerung und setzen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung unter Druck. Nebst der fehlenden Wertschätzung soll auch gerade noch der Teuerungsausgleich gekürzt werden. Bei den Stellenerhöhungen und dem Teuerungsausgleich geht es nicht nur um Zahlen und Kosten. Die Zufriedenheit lässt sich nicht immer in Fran-



ken bemessen. Dahinter stehen immer auf der einen Seite die Mitarbeitenden, auf der anderen Seite aber auch die Bevölkerung der Stadt Aarau. Beide Gruppen haben die Stellenerhöhungen, sowie auch den Teuerungsausgleich, wie vom Stadtrat vorgeschlagen, verdient.

Stefan Zubler, Mitglied: Ich schliesse mich im Namen der FDP-Fraktion dem Dank an den Stadtrat und die Verwaltung für die Aufbereitung des Budgets und die Beantwortung der vielen Fragen an. Das Positive aus unserer Sicht am Politikplan und am Budget nehme ich vorneweg. Zum ersten Mal sehen wir die von der Bevölkerung angenommene Schuldenbremse abgebildet, einerseits in Zahlen, aber auch in Worten. Die Abbildung zeigt, dass wir im Schwankungstopf des Eigenkapitals auf einem sehr hohen Niveau weiterhin stabil unterwegs sind. Die Entwicklung im Schwankungstopf Schuldenquote ist aufgrund der vielen anstehenden Grossprojekte nachvollziehbar. Man muss aber auch den aufgeführten Vergleich zwischen der Prognose aus den vergangenen Politikplänen und den effektiven Zahlen aus den Jahresrechnungen berücksichtigen. Obwohl in den Politikplänen der Realisierungsgrad auf 70 Prozent reduziert wird, sind die effektiven Nettoinvestitionen jeweils massiv tiefer ausgefallen, und zwar im Schnitt um 25 Prozent. Beim Politikplan wäre also ein Abschlag auf 50 Prozent und nicht nur auf 70 Prozent völlig vertretbar. Auf der anderen Seite ist die Selbstfinanzierung um rund 60 Prozent höher ausgefallen als in den Budgets. Was passiert, wenn die Ausgaben viel zu hoch und die Einnahmen viel zu tief prognostiziert werden, haben wir in den letzten Jahren mehrfach erfahren müssen. Das völlig verzerrte Bild wird nämlich als Argument genommen, um eine längst überfällige Steuer-senkung zu bekämpfen. Kommen wir zum weniger Positiven. Mit dem Blick auf die Erfolgsrechnung zeigt sich ganz klar, wo Geld vorhanden ist, wird es auch ausgegeben. Letztes Jahr haben wir die Möglichkeit gehabt, dem Vorschlag des Stadtrats zu folgen und die längst überfällige Steuersenkung auf 94 Prozent zu beschliessen. Mitte-Links hat der Bevölkerung in Aarau aber nur ein einziges Steuerprozent gegönnt. Jetzt kann man sich ja auf die Schultern klopfen, denn für 2024 wird schon wieder ein negatives Ergebnis budgetiert. Man könnte nun sagen, dass wir von Glück reden können, vor einem Jahr nur eine Reduktion von einem Prozent vorgenommen zu haben. Aus unserer Sicht ist die Kausalität aber umgekehrt. Wenn aufgrund eines überhöhten Steuersatzes zu viel Geld in der Kasse liegt, dann wird das Geld auch ausgegeben. In den Jahren vorher vielleicht etwas vorsichtiger, für nächstes Jahr dafür aber gerade mit beiden Händen gleichzeitig. Beinahe 30 neue Stellen sollen geschaffen werden. Davon sind genau 3.8 durch eine Volksabstimmung legitimiert und auf einen Ausbau des Leistungsangebots unserer Stadt zurückzuführen. Die restlichen Stellen sind teilweise eher schlecht als recht begründet. Dafür fehlen mir die nachvollziehbaren Begründungen. Es hat auch nichts mit mangelnder Wertschätzung zu tun, wenn wir fordern, dass nur wirklich die nötigen und klar begründeten Stellen neu geschaffen werden. Ich stelle mir vor, dass wir hier über ein Budget sprechen, der Stadtrat und die Verwaltung bereiten es auf und stellt dem Einwohnerrat anschliessend zum Budget und den neuen notwendigen Stellen einen entsprechenden Antrag. Dieser fällt dann vielleicht ein wenig umfangreicher aus. Dass unsere Anträge jetzt von Mitte-Links einfach diskussionslos und einstimmig abgelehnt werden, zeigt für mich, dass man sich sehr wahrscheinlich nicht wirklich vertieft mit der Materie auseinandergesetzt hat. Es kommt mir gerade einer unserer Anträge in den Sinn, bei welchem es um eine Steuererhöhung geht, die mit keinem Wort begründet ist. Gewisse Kreise sind aber immer schon gut darin gewesen, das Geld Anderer auszugeben. Tatsache ist, dass der Personalaufwand zwischen der Rechnung 2022 und dem jetzigen vorliegenden Budget 2024 und mehr als zehn Steuerprozent steigt. Diese Entwicklung ist keinesfalls neu. Seit dem Jahr 2018 haben wir, trotz budgetierten Defiziten, Überschüsse von über 50 Millionen Franken angehäuft und das Nettovermögen ist am gleichen Umfang angewachsen. Nebst unserem Nettovermögen ist aber noch etwas anderes massiv gewachsen und zwar unsere Verwaltung. Mit dem jetzt beantragten Stellenplan würde sich die Anzahl Vollzeitstellen seit dem Jahr 2018 um insgesamt zwanzig Prozent erhöhen. In der gleichen Zeit ist unsere Stadt um ganze vier Prozent gewachsen. Unsere Frage, auf welchen Anteil das Wachstum bei den Stellen auf durch



dritte finanzierte Stellen zurückzuführen ist, konnte leider nicht vollständig beantwortet werden. Aber selbst wenn wir davon ausgehen, dass die Hälfte dieser neuen Stellen von Dritten finanziert werden, würde die Verwaltung trotzdem noch doppelt so schnell wachsen wie unsere Bevölkerung. In Zeiten von Digitalisierung sollte man doch meinen, dass die Entwicklung eigentlich umgekehrt sein sollte. Um dem entgegen zu wirken, haben wir verschiedene Anträge eingereicht, indem wir uns vorbehalten, uns später noch einmal dazu zu äussern aber grundsätzlich sind sie relativ selbsterklärend. Anträge auf Budgeterhöhungen werden wir konsequent ablehnen. Bezüglich dem vorgeschlagenen Einwohnerratsausflug möchte ich einen Hinweis machen. Wir stehen dieser Idee grundsätzlich offen gegenüber. Es erscheint uns aber völlig unnötig, für einen solch kleinen Betrag eine Budgeterhöhung zu beantragen. In den letzten Jahren ist jeweils mindestens eine Einwohnerratssitzung pro Jahr abgesagt worden. Wenn man die eingesparten Sitzungsgelder einer solchen Sitzung aufaddiert, gelangt man ziemlich genau auf diesen Betrag. Deshalb sind wir der Meinung, dass eine diesbezügliche Budgeterhöhung definitiv nicht notwendig ist. Wie vorher beim Rückweisungsantrag gesehen, hätten wir hingegen einen Antrag auf Steuerfussenkung um zwei Prozent, wie von der SVP gestellt unterstützt. Mit unseren Anträgen haben wir auch schon Vorschläge eingereicht, wie man trotz einem Steuerfuss von 94 Prozent dennoch ein einigermaßen ausgeglichenes Budget erreichen könnte, ohne dass bestehende Stellen gestrichen werden müssen, sondern nur indem, dass wir keine zwingend notwendigen neuen Stellen schaffen. Auf diese Stelle berufen sich aus unserer Sicht auch unsere Anträge. Zum Schluss möchte ich hier im Saal noch an die Vernunft appellieren. Es ist ja eigentlich schön, wenn wir uns hier jedes Jahr um Steuerfussenkungen streiten können. Heute Abend haben wir die Chance, dafür zu sorgen, dass unsere Stadt finanziell gesund bleibt. Sind wir vernünftig, geben wir das Geld eben nicht einfach mit beiden Händen aus. Schaffen wir nur Stellen, für die auch nachweislich zwingender Bedarf besteht. Wenn man diese Chance verpassen würde, kann es sehr bald wieder in die andere Richtung gehen. Mit nur ein bisschen Willen wäre trotzdem noch eine Steuerfussenkung auf 94 Prozent möglich und das ohne merkliche Leistungseinbussen für unsere Einwohnerinnen und Einwohner. Aber wie wir gesehen haben, ist der Wille hier im Rat leider nicht vorhanden. Es würde mich trotzdem freuen, wenn unsere Anträge noch die eine oder andere Unterstützungsstimme bekommen würde. Zum Schluss wäre ich froh, wenn wir zu zwei Punkten noch eine mündliche Auskunft des Stadtrats bekommen könnten. Wir haben erfahren, dass der Kostenanteil der Stadt Aarau beim verabschiedeten Budget der KSAB rund eine halbe Million Franken höher ausfällt, als im Budget der Stadt Aarau ausgewiesen ist. Anscheinend sei diese Summe im Budget der Stadt bewusst tiefer angesetzt worden. Uns würde interessieren, welches die genauen Überlegungen sind. Ebenfalls haben wir nach Einreichen unserer Anträge über Umwege erfahren, dass einzelne Stellen, die jetzt neu für das nächste Jahr beantragt werden, schon besetzt worden sind und zwar im aktuellen Jahr. Sollte es sich um Fehlinformationen handeln, wären wir froh, wenn der Stadtrat diese offiziell noch dementieren könnte. Wenn diese Informationen aber zutreffen, wären wir auf die Erklärung des Stadtrats gespannt und möchten wissen, ob es sich für das Jahr 2023 um befristete Stellen handelt.

Peter Jann, Mitglied: Ich möchte ein paar grundsätzliche Gedanken zum Politikplan und zum Budget, vor allem auch zu den Stellen, anbringen. Beim Studieren des Politikplans und des Budgets habe ich versucht, die Vogelperspektive einzunehmen und die Entwicklung sowie prospektiv, wie auch retrospektiv anzuschauen. Der Stellenzuwachs in den letzten drei Jahren, oder vier Jahren bis 2024, hat sich von 431 auf 496 bewegt. Das ist ein Wachstum von 15 Prozent. Wir haben eben eine längere Periode gehört. In der gleichen Periode war das Bevölkerungswachstum von 21'700 Einwohnern zu 22'339 Einwohnern im 2024 projiziert. Das ist ein Bevölkerungswachstum von 2.9 Prozent. Das heisst, dass die Verwaltung fünfmal schneller wächst, als die Einwohnerzahl. Es handelt sich dabei nicht um einen einmaligen Ausreisser in diesem Jahr, sondern wir sehen jedes Jahr ein ähnliches Bild und eine Beschleunigung in den letzten 3 Jahren beim Stellenwachstum. Trotzdem ist



in den vergangenen Politikplänen und auch in diesem Jahr das Wachstum des Stellenaufwands immer auf ein Prozent gesetzt worden. Nun kann man sagen, dass die Annahmen nicht genau waren und korrigiert werden müssen. Wichtiger erscheint mir aber, dass man das Mass, wie diese Stellen wachsen, hinterfragt. Ist diese Entwicklung gesund und nachhaltig. Selbstverständlich kommen immer wieder neue Bestellungen des Einwohnerrats dazu und viele Stellen sind auch nicht zu diskutieren und durchaus sinnvoll. Ist aber deswegen ein ungebremses Wachstum legitimiert? Es spricht niemand davon, wie man das Leistungsangebot, welches für die Attraktivität von Aarau wichtig ist, aufrechterhalten kann, ohne dass man ständig wachsen muss. Vielmehr sollte man sich überlegen, wie sich die einzelnen Stellen entwickeln. Würden einzelne Stellen in dieser Masse gar nicht mehr gebraucht und könnten für neue Aufgaben fit gemacht werden? Gleichzeitig muss aber auch der Einwohnerrat mehr Disziplin zeigen. Die Schuldenbremse war ein erster Schritt dazu. Wenn man Speck ansetzt, muss man sich stetig anstrengen. Das kann ich aus eigener Erfahrung sagen. Das ist nicht einfach. Man muss sich bemühen, dass man fit bleibt und nicht krank wird. Wenn man krank wird, dann wird es schmerzlich. Also sollte man sich lieber anstrengen. Aus der gleichen Sicht habe ich auch auf die Erfolgsrechnung im Politikplan geschaut. Ich habe mich gefragt, inwiefern wir auf ein strukturelles Defizit zusteuern. Alle zukünftigen Investitionen scheinen mir über den Finanzertrag finanziert und nicht über reguläre Steuereinnahmen. Das ist risikoreich. Wollen wir Investitionen vom Finanzergebnis, also mehrheitlich von den Finanzmärkten abhängig machen? Schnell könnte das in der heutigen Lage schiefgehen. Die grossen Investitionen kommen noch. Wir von der Mitte werden bei den kommenden Abstimmungen versuchen, einen Beitrag im vernünftigen Rahmen zu leisten. Unabhängig von den heutigen Abstimmungen überlegen wir uns, mit einer Planungserklärung zu den Punkten Stellenzuwachs und Finanzierung von Investitionen ein vernünftiges Werkzeug zu finden, damit wir fit bleiben für die Zukunft und nachhaltiger unterwegs sind.

Alexander Umbricht, Mitglied: "Es ist nicht notwendig, reich und berühmt zu sein, um glücklich zu sein. Es ist nur notwendig, reich zu sein". Diese Aussage stammt von einem Schauspieler. Ich glaube, dies trifft für die Stadt Aarau zu. Ich glaube, wir sind nicht wahnsinnig berühmt, wir sind zum Glück im Moment relativ reich. Wir haben ein gutes Vermögen. Jetzt spreche ich aber den Steuerfuss an. Wenn wir natürlich in die Zukunft schauen und sehen, welche Investitionen hinsichtlich des Schulraums notwendig sind, dann schmilzt dieser Reichtum aber auch schnell dahin. Dabei spielt es auch keine Rolle, ob wir ein zentrales Oberstufenzentrum in der Telli haben, oder ob wir mehrere Standorte haben. Wir werden relativ viel Schulraum für relativ viel Geld bauen müssen. Deshalb unterstützt die GLP grossmehrheitlich auch den Steuerfuss, wie er vom Stadtrat vorgeschlagen wird. Jetzt möchte ich aber zuerst nicht für das Erstellen des Politplans und des Budgets danken, sondern grundsätzlich für die zukünftige Arbeit, welche im nächsten Jahr und die nächsten 4 Jahre von der Stadtverwaltung gemacht wird. Ich hoffe, die Personen in der Verwaltung, oder zumindest die meisten davon, kommen dazu, sich um ihr Kerngeschäft zu kümmern und nicht nur um das Budget und den Politikplan. Das ist auch für uns wichtig. Ich hoffe, es ist nicht das Wichtigste und das einzig Erfüllende für die meisten Mitarbeitenden. Ich möchte mich auch für die schnelle Reaktion auf die Fragen bedanken und ich nehme an, dass die Anträge, welche wir alle bis am Freitag gestellt haben, auch dazu geführt haben, dass einzelne Mitarbeitende am Wochenende noch arbeiten mussten. Vielen Dank für die Flexibilität. Wer bei uns im Einwohnerrat einmal versucht hat, all die Anträge einzuordnen, hat festgestellt, welcher Aufwand damit verbunden ist. Wir mussten keine Antworten liefern. Nachfolgend möchte ich nicht auf das ganze Budget, sondern lediglich auf ein paar Punkte eingehen. Wir behalten uns natürlich vor, zu einzelnen Produktgruppen und Anträgen separat das Votum zu ergreifen. Ich beginne mit meinem Lieblingsthema, WOSA. Es ist das Ziel von WOSA, die Aufgaben und die Ressourcen in eine Übereinstimmung zu bringen. Im Zusammenhang mit dem Zivilstandsamt schreibt der



Stadtrat, dass mehr Ressourcen notwendig sind. Wenn ich aber die Leistungszahlen ansehe, weist aber nichts auf mehr Leistung hin, sondern es ist von gleicher Leistung die Rede, was die FDP ebenfalls festgestellt hat. Ich wünschte mir, dass sich der Stadtrat auch an WOSA hält, auch wenn es nicht immer ganz einfach ist, und eine Übereinstimmung von mehr Aufwand, mehr Ressourcen mit mehr Leistung begründet. Es kann natürlich auch mehr Leistung sein mit mehr pro Fall. Aber es wurde eben nicht begründet. Es ist für mich erstaunlich, dass die SVP und die FDP besser vorgegangen sind und ihre Anträge begründet und erklärt haben, wo Einsparungen vorgenommen werden könnten. Ich muss damit nicht einverstanden sein, aber ich kann das Vorgehen schätzen. Ein anderes Beispiel zeigt bei den zusätzlichen WCs, dass WOSA nicht immer ganz einfach ist. WOSA zeigt immer wieder, dass es nicht einfach ist. Darum freue ich mich und bin gespannt, was bei der WOSA-Kommission herauskommt. Was ist notwendig, damit ein Projekt erfolgreich ist? Es braucht Geld, es braucht Personal. Wie kann ich es also verhindern? Ich kann einerseits versuchen, den Kredit zu verhindern. Wenn mir das nicht gelingt, kann ich versuchen, das Personal zu verweigern. Diese Taktik spüre ich bei gewissen Anträgen ein wenig heraus. Ich mag falsch liegen, aber es wirkt so. Ich meine, wenn man gewisse Sachen nicht möchte, kann man auch versuchen zu verhindern, dass die Leute daran arbeiten. Damit können auch diverse NEIN zu diversen Anträgen der FDP und der SVP aus der GLP erklärt werden. Man kann nicht nur mit Geld arbeiten, es braucht auch die nötigen Leute dazu. Wenn mehr Leute arbeiten, sind diese zusätzlichen Stellen erforderlich. Es kann aber nicht sein, dass die Parteien beim Stadtrat nachfragen müssen, weshalb mehr Stellen benötigt werden. Der Stadtrat hat gemäss WOSA-Reglement zu begründen, weshalb es mehr Stellen braucht. Man kann sich aber schon fragen, ob es alle diese Stellen braucht. Früher hatten wir häufiger diverse Vorlagen, wenn es um Stellenaufstockungen ging, insbesondere, wenn es grössere Stellenaufstockungen gewesen sind. Für eine Stellenaufstockung von drei Personen oder 300 Prozent wurde eine eigene Vorlage unterbreitet und dann konnte man begründet darüber diskutieren. Ich wünschte mir vom Stadtrat, dass man das im nächsten Jahr, während des Jahres oder mit dem Budget wieder so handhabt. Ich möchte hier auch auf das Beispiel Feuerwehr eingehen. Es geht mir nicht gegen die Stellenerhöhung. Diese Stellenerhöhung macht aus meiner Sicht extrem viel Sinn. Ich war in der Begleitgruppe vertreten, als es darum ging, die Abteilung Sicherheit neu aufzustellen. Beinahe alle waren sich damals bewusst und haben sich dementsprechend geäussert, dass die Stellenprozentage nicht ausreichen werden, um alles Nötige umzusetzen. Die Stellenerhöhung ist also gar nicht das Thema, aber das Vorgehen. Ich erinnere mich an irgendwelche FGPK-Informationen, wonach der Stadtrat plötzlich bemerkt hat, dass es wirklich eine Stellenerhöhung braucht, weil die Leute vermutlich am Anschlag waren. Wenn ich es richtig verstanden haben, wurden die Mehrkosten mit einem Nachtragskredit bis Ende Jahr gesprochen. Jetzt mit dem Budget kommt die offizielle Stellenerhöhung. Ich finde dieses Vorgehen verständlich, aber es ist kein sauberes Vorgehen. Ich wünschte mir also, dass all die verschiedenen Stellenerhöhungen besser begründet würden, so dass man wirklich ernsthaft diskutieren könnte, ob sie nötig sind. Es wurde immerhin die FGPK informiert, aber den Stellenplan macht schlussendlich der gesamte Einwohnerrat. Ich frage mich auch, und das ist vielleicht einfach nirgends ausgewiesen oder ich habe es im doch recht grossen Dokument überlesen, ob es auch Streichungen im Laufe der Zeit gibt. Die Digitalisierung kann tatsächlich dazu führen, dass man gewisse Arbeiten nicht mehr vornehmen muss oder alles viel schneller geht. Hat der Stadtrat entschieden, dass gewisse Dinge nicht mehr nötig sind, weil sich die Situation geändert hat oder automatisiert wurden? Es kommen mir diverse kleine Beispiele in den Sinn, um die es hier aber nicht geht. Ich gehe davon aus, dass sich der Stadtrat schon Gedanken macht, aber wir wissen es leider nicht. Wie bereits erwähnt, wird es einzelne Ja-Stimmen für einzelne Anträge der FDP und der SVP geben. Insgesamt aber werden wir das meiste des Budgets 2024 und des Politikplans unterstützen und auch mit einem Steuerfuss von 96 Prozent sind wir einverstanden.



Susanne Heuberger, Mitglied: Auch die SVP ästimmert die grosse Arbeit, welche im Zusammenhang mit der Erstellung des Budgets und des Politikplans geleistet wurde. Mit dem Voranschlag selbst - das hat unser Rückweisungsantrag bereits gezeigt - sind wir nicht einverstanden. Dieser ist für die SVP nicht akzeptabel und wird in der vorliegenden Form einstimmig abgelehnt. Ins Auge springt die Verschwendungssucht des links dominierten Stadtrats. Daraus resultiert eine massivste Aufwandsteigerung. Es wurde von bürgerlicher Seite bereits mehrmals erwähnt, dass mehr Geld ausgegeben wird, wenn viel Geld vorhanden ist, und das ist in Aarau so. Das sieht man bei diesem Budget überdeutlich. "Den Vogel abgeschossen" hat der Stadtrat mit der exorbitanten Personalaufstockung. 30 Stellen in einem Jahr. Auch das ist von bürgerlicher Seite heute Abend schon moniert worden und bedeutet eine nie dagewesene Aufblähung der Verwaltung. Stadtpräsident Hanspeter Hilfiker hat sich bei der seinerzeitigen Vorstellung des Budgets für den Einwohnerrat bemüht, die 30 zusätzlichen Stellen zu rechtfertigen. Er vertritt die Meinung, dass es sich doch lediglich um ca. 20 Stellen handle, welche durch Steuereinnahmen finanziert werden. Die restlichen ungefähr 10 Stellen würden drittfinanziert. Es handelt sich dabei um reine Verschleierungstaktik. Die restlichen zehn Stellen für Eigenwirtschaftsbetriebe, wie zum Beispiel Pflegeheime, Abwasser, Kehricht werden über Gebühren und Taxen finanziert. Wer aber bitte bezahlt die Gebühren und Taxen? Auch die Aarauerninnen und Aarauern. Es spielt nämlich keine Rolle, ob das Geld für die Steuern, für eine Gebühr oder eine bezogene Leistung bezahlt wird. Alle exorbitanten Stellenerhöhungen werden am Schluss durch die Einwohner von Aarau finanziert. Der Stellenplan ist nicht nur für das nächste Jahr in diesem Umfang erhöht worden. Diese Entwicklung zeigte sich auch bereits in den letzten Jahren. Auf 2022 wurde der Stellenplan insgesamt um 3 % erhöht, wobei die drei Stellen für die Frühe Kindheit noch nicht einmal eingerechnet worden sind. Bereits im Jahr 2021 waren es auch schon 10 Stellen. Diese Aufstockungen wurden in der Regel unkritisch von der linken Parlamentsmehrheit akzeptiert. Ebenfalls absolut nicht angebracht erscheint der SVP die vom Stadtrat gewährte Lohnerhöhung von zweieinhalb Prozent. Im letzten Jahr wurden dreieinhalb Prozent Lohnerhöhung ausgerichtet und zwar mit Zustimmung der SVP. Wir waren für den Ausgleich der Teuerung. Dieses Jahr sind die zweieinhalb Prozent zu viel. Ich bin selbst als städtische Angestellte davon betroffen. Gemäss Benita Leitner hat die Lohnerhöhung etwas mit Wertschätzung gegenüber den Angestellten zu tun. Ich wünsche mir auch Wertschätzung und ich erhalte diese auch. Ich wünschte mir selbstverständlich auch mehr Lohn. Aber ich bin der Meinung, dass in diesem Jahr eine Lohnerhöhung von zweieinhalb Prozent nicht gerechtfertigt ist. Ich persönlich werde bei der Abstimmung über den Antrag der FDP, bei welchem es um die Lohnerhöhung geht, in den Ausstand treten, weil ich eine städtische Angestellte bin und ich erwarte dies selbstverständlich auch von allen hier im Saal, die im gleichen Mass davon betroffen sind. Die SVP hat es bereits mit dem Rückweisungsantrag moniert, dass sie sich am vom Stadtrat vorgelegten Budgetdefizit von 600'000 Franken stört. Den Betrag an und für sich deklariert der Stadtrat als Unschärfe und erachtet ihn nicht als schlimm. Umgekehrt wäre es demzufolge nach unserem Verständnis auch nicht so schwierig, wenn wir diese Unschärfe schon mit dem Voranschlag eliminieren könnten. Leider fehlt dem Stadtrat dazu der Wille und leider wird auch bei uns im Parlament der Wille nicht vorhanden sein, dem Stimmvolk mindestens ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren. Wir haben uns selbst bemüht, dass man dem Stimmvolk ein ausgeglichenes Budget vorlegen kann. Deshalb wurden auch Abänderungsanträge eingereicht, welche primär den Stellenplan betreffen. Wir haben unserer Verantwortung Rechnung getragen, ebenso wie die FDP auch. Es ist für uns selbstverständlich, dass wir alle Anträge, welche auf die Verkleinerung des Defizits oder auf eine Möglichkeit, den Steuerfuss senken zu können, abzielen, unterstützen werden. Anträge auf Erhöhungen werden wir ablehnen. Es wurde vorhin von Nicola Müller gesagt, dass wir Bürgerlichen doch die Anträge um Reduktionen überhaupt nicht hätten stellen sollen. Das ist eine überhebliche Forderung. Mehr kann ich dazu nicht sagen. Ich möchte aber noch erwähnen, dass alle Anträge auf Erhöhungen von der linken Ratsseite kommen. Sie beherrscht es in Perfektion, nämlich Geschenke an ihre Wählerinnen und Wähler zu verteilen, nicht mit ih-



rem eigenen Geld, sondern mit Steuergeldern. Ich wiederhole es noch einmal, dass sämtliche Anträge, welche zu einer weiteren Zunahme der Ausgaben führen, von der SVP abgelehnt werden. Das Budget 2024 werden wir ablehnen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Stimmvolk dieser Ablehnung folgt. Wir werden der linken Ratshälfte oder der Mehrheit nicht die Freude machen, unsere Bemühungen aufzugeben, sondern erst recht weiterverfolgen. Steter Tropfen höhlt den Stein. Ein wenig mehr Bescheidenheit täte uns allen sehr gut.

Dr. Hanspeter Hilfiker, Stadtpräsident: Wir haben Ihnen ein sehr ausführliches und breites Budget mit aussergewöhnlich vielen Stellenanträgen unterbreitet. Sie hatten die Möglichkeit, Fragen dazu zu stellen. Innerhalb dieser 100 Fragen sind natürlich auch ergänzende Punkte erwähnt worden, welche die Stellenaufstockungen begründet haben. Es sind sehr viele Punkte gewesen und ich möchte nur auf Einzelne eingehen. Grundsätzlich handelt es sich bei einem Drittel der Stellenanträge um drittfinanzierte Stellen. Es gibt aber auch dort immer Mischformen. Deshalb ist es nicht ganz so einfach, alles detailliert aufzugleisen, wie das von Stefan Zubler bemängelt wurde. Benita Leitner ist auf ein Beispiel beim Regionalen Zivilstandsamt eingegangen. Dieses hat eine gemeindeübergreifende Funktion. Wir zahlen dort nicht nur einfach unsere eigenen Leistungen, sondern wir übernehmen 28 Prozent des gesamten Zivilstandsamtsbereichs. Im Zivilstandsamt wurde der Personalbestand 2014 das letzte Mal angepasst. Für das Jahr 2024 erhöhen wir nun den Stellenplan mit einer Planstelle, weil eben die ganze Struktur einfach viel grösser geworden ist. Man konnte viel abfedern und viel verbessern, aber es wird nicht möglich sein, diese Arbeit bei einer permanent steigenden Bevölkerung, anderen Anforderungen und neuen Bereichen auf die Dauer zu erledigen. Wir werden aber dort immer im Schnitt auf 0 arbeiten, weil das Zivilstandsamt über Gebühren und über die einzelnen Gemeinden finanziert wird. Eine Stellenstreichung in dieser Abteilung führt nicht zu einer Verbesserung unserer Rechnung in dieser Grössenordnung, sondern es wird weniger geleistet werden können. Es gibt grössere Wartezeiten etc. Wenn im Budget die Position Transferertrag von der Rechnung 2022 auf das Budget 2024 steigt, heisst das eben auch, dass irgendwelche Dritte – das können Gemeinden oder irgendwelche Leistungsempfänger sein – einen Beitrag an die Erhöhung der entsprechenden Ausgaben leisten. Das trifft bei sehr vielen Positionen zu. Nebst dem Drittel, welcher drittfinanziert wird, handelt es sich bei einem Drittel um eine Erhöhung des Mengengerüsts. Wenn wir viel mehr Baugesuche haben, wenn viel mehr Areale durch den Werkhof gepflegt werden müssen, sei es eine Kettenbrücke, welche nun fertig erstellt ist und links und rechts, respektive nördlich und südlich, neue Uferbereiche entstanden sind, welche wir pflegen müssen, wenn wir eine vom Einwohnerrat abgesegnete Testbetriebssituation bei der Markthalle haben, wenn wir entsprechende Grünräume und eine Bahnhofstrasse haben, dann sind das Bereiche, welche vom Einwohnerrat bestellt worden sind und wofür wir entsprechende Leistungen erbringen müssen. Wenn wir das nicht machen, erfüllen wir unsere Funktion nicht. Das ist ein wichtiger Teil. Es gibt auch einen dritten Bereich, welcher ganz unterschiedliche Massnahmen beinhaltet. Wir hatten Volksabstimmungen zur Frühen Kindheit, welche das erste Mal berücksichtigt werden muss. Wir haben aber auch andere Bereiche, in denen es sich einfach um Verschiebungen handelt. Wir haben neue Aufgaben. Das zeigt sich zum Beispiel bei der Abteilung Sicherheit in der Produktegruppe 50, welche bereits angesprochen wurde. Wir haben die FGPK darüber informiert, dass wir per 1. Juli eine neue Person anstellen werden, weil einfach die Anforderungen – sei es von einer AGV oder vom Kanton – dauernd höher werden und wir beispielsweise auch für ein Konzept, Feuerwehr 2030, einfach Leistungen erbringen müssen, welche wir nicht mit dem bestehenden Personalbedarf erledigen können. Wir werden bestimmt bei den einzelnen Produktegruppen nachher noch auf den einen oder anderen Punkt zu sprechen kommen. Ich verweise beispielsweise auf die Produktegruppe 12, in welcher es um die ERP-Einführung geht. Alexander Umbricht hat erwähnt, dass die Digitalisierung möglicherweise eine Verbesserung bringt. Daran arbeiten wir selbstverständlich. Wir haben vor zwei Jahren flächendeckend ein neues ERP eingeführt. Wir sind jetzt soweit,



dass alle Bereiche in fünf verschiedenen Abteilungen funktionieren. Es braucht aber tatsächlich bei einem Update, einer Revision, der erstmaligen Erstellung einer Rechnung oder eines Budgets mit den neuen Systemen einen Pflegebedarf, welchen wir uns in dieser Art und Weise nicht gewohnt gewesen sind. Wir haben deshalb auch in der Produktegruppe 12 eine Stelle angesiedelt, um die ERP-Pflege sicherstellen zu können. Wir gehen auch davon aus, dass wir eine Stelle nach einer Pensionierung, wenn sich die ganze Angelegenheit in zwei bis drei Jahren etabliert hat, allenfalls nicht mehr kompensieren müssen. Diese Schritte werden eine Zeit brauchen. Ich bin sicher, dass alle, die in einem grösseren Unternehmen arbeiten, auch sehen, dass eine Digitalisierung nicht einfach auf Anheben Personal einspart, sondern dass es zuerst einen Aufwand braucht, um das Ganze zu etablieren, Prozesse zu ändern und dann gibt es eine Optimierung der entsprechenden Abläufe. Die Produktegruppe 17 beinhaltet eine Klimastrategie und eine Wohnraumstrategie. Wir haben eine Strategie definiert, wie wir mit unseren eigenen Liegenschaften umgehen. Wir haben Anpassung bei den Heizsystem und den Beleuchtungen. Wir erledigen andererseits Planungsarbeiten für das Oberstufenzentrum verwaltungsintern. Wir können nicht 20 Projekte aufsetzen und diese einfach ohne eigenes Personal weiter betreuen. Das sind jetzt Aspekte, die in den nächsten 3, 4, 5 Jahren anfallen. Wir haben zum Beispiel für die PV-Anlagen, die wir auf den Schulhäusern realisieren wollen, einen Zeitrahmen von 7 Jahren definiert und benötigen natürlich für die entsprechende Umsetzung jetzt auch die entsprechenden Ressourcen. Die Produktegruppe 18 beinhaltet unsere Mietliegenschaften. Im Zusammenhang mit dem Transferertrag sehen wir Leistungen, welche die Einwohnergemeinde auch für die Ortsbürgergemeinde erbringt. Diese werden aber verrechnet, die Personen werden aber von der Einwohnergemeinde angestellt. Wenn wir eine neue Überbauung der Ortsbürgergemeinde in der Aarau mit 40 Wohnungen haben, welche ab nächstem Jahr vermietet und bewirtschaftet wird, braucht es dafür logischerweise die entsprechenden Mittel. Diese werden aber über die Erfolgsrechnung und den Transferertrag kompensiert. Solche Beispiele gibt es sehr viele. Alle sind begründet. Es werden bei uns keine leichtfertigen Ausgaben gemacht. Wir haben in diesem Budget viele Bereiche auch quantifiziert. Wir wollen hinsichtlich der Vielzahl der Strategien, welche immer mit Massnahmenplänen verbunden sind, auch Priorisierungen in der nächsten Zeit sicherstellen können, damit wir wissen, wann die Ressourcen knapper werden und welche dieser vielen Massnahmen umgesetzt werden sollen. Im Sozialbereich existieren zum Teil komplizierte Reglemente, welche grossen Aufwand bei der Bearbeitung bringen. Beispielsweise im FuSTA-Bereich, in welchem wir in den letzten Jahren eine Vervierfachung der Zeiten haben, um die entsprechenden Anträge zu beurteilen. Das kommt aber nicht einfach von uns aus. Es handelt sich um ein Reglement, welches wir entwickelt und dem Einwohnerrat vorgelegt haben und vom Einwohnerrat auch angenommen worden ist. Ebenfalls angesprochen ist die Frühe Kindheit in der Produktegruppe 42, wofür wir die Stellen mit einer Volksabstimmung freigegeben haben. Das ist der grösste einzelne Zuwachs. Wir haben Staboffiziere in der Abteilung 51. In der Produktegruppe 70 sind die Einsatzbereiche des Werkhofs enthalten. In diesen vielen verschiedenen Bereichen haben wir die ganze Entwicklung sehr detailliert angeschaut. Bei den Steuern setzen wir nicht einfach willkürlich einen Betrag ein. Wir folgen diesbezüglich der kantonalen Steuerschätzung und der Wirtschaftseinschätzung. Das haben wir immer so gemacht. Es gibt dort natürlich Abweichungen. Wenn wir die Steuerentwicklung in diesem Jahr verfolgen, stellen wir fest, dass man nicht einfach Mitte Jahr klar sieht, ob die Prognosen stimmen. Wir sind ziemlich auf Kurs, aber die Zeiten, in welchen die Steuererträge infolge der Konjunktur überschüssigen, scheinen aus heutiger Sicht vorbei zu sein. Wir stehen bei 0.0 Wirtschaftswachstum. Dieses hat eine Auswirkung auf die Steuererträge unserer natürlichen und juristischen Personen. Es dürfte Ihnen bekannt sein, dass wir grosse juristische Personen als Steuerzahler verloren haben. Zum Teil konnten wir diese kompensieren. Die NAB war unser grösster juristischer Steuerzahler. Diesen haben wir verloren. Es gibt gewisse Kompensationen über eine AKB. Dort aber gibt es Initiativen aus dem Grossen Rat, welche die Steuerleistungen der AKB im ganzen Kanton verteilen möchten, was häufig ein wenig die Philosophie unseres Kantons ist. Neu haben wir



die Schuldenbremse mit eingerechnet. Wir haben die entsprechenden Darstellungen erbracht. Die Schuldenbremse widerspricht der Strategie des Stadtrats im Bereich der Finanzentwicklung nicht, sondern ist durchaus kompatibel damit. Wir wollen die Schulden nicht übermässig ansteigen lassen. Wir wollen aber ein gutes Leistungsangebot. Gemäss den Topfhöhen sind die letzten fünf Jahre sehr gut ausgefallen und wir befinden uns kurzfristig in keinem kritischen Bereich. Aber wir haben lange Fristen. Im Investitionsplan haben wir keine explodierenden Werte. Es sind diejenigen Projekte darin enthalten, welche wir in den letzten Jahren entwickelt haben und jetzt auch langsam in die Realisierung gelangen. Gewisse Projekte werden hinausgeschoben. Ich denke dabei an das Fussballstadion. Wenige Projekte wurden neu eingefügt. Auch dazu kamen gewisse Fragen. Einerseits die Sanierung der Fussballplätze im Schachen, wofür wir einmal 13 Millionen Franken eingesetzt haben. Im Weiteren haben wir die Obermatt-Halle mit 6 Millionen Franken eingesetzt. Alle Projekte sind im Finanzplan enthalten. Der grosse Investitionsbedarf, nebst den reinen Schulen, welchen wir in den nächsten Jahren haben, sind die Sportanlagen. Wir wissen, dass wir einen grossen Zulauf bei den Sportvereinen haben und die Infrastruktur hinterherhinkt. Deshalb haben wir die entsprechenden Planungen adjustiert. Nicht darin enthalten ist das Projekt Argovia-Arena. Dieses könnte den Investitionsplan wieder ein wenig reduzieren. Es ist auch klar, dass nicht jede Investition, welche jetzt so im Zeitplan enthalten ist, auch in diesem Zeitrahmen schon realisiert wird. Ich habe schon im letzten Jahr und den Vorjahren darauf hingewiesen, dass wir bei im Politikplan das Maximum einsetzen, welches wir realisieren können, wenn alles problemlos funktioniert. Das waren in den letzten Jahren immer 250 bis 300 Millionen Franken. Die Lohnsummenerhöhung von zweieinhalb Prozent ist uns ganz wichtig, damit wir ein attraktiver Arbeitgeber bleiben. Letzte Woche hat die Nationalbank die entsprechende erwartete Teuerung ist in diesem Jahr herausgegeben. Es sind 2.2 Prozent. Wir müssen als öffentliche Verwaltung auf der Gemeindeebene, wo wir erkennbar tiefer als der Kanton und der Bund liegen, mit einem Teuerungsausgleich ein absolutes Minimum sicherstellen. Wir haben keine Pensionskasse, welche wahnsinnig ausfinanziert ist und keine Möglichkeiten für irgendwelche Zusatzleistungen, Boni etc., welche jedes einzelne grössere Unternehmen in Hülle und Fülle ausschüttet. Das wissen alle, die selbst in grösseren Unternehmen einmal gearbeitet haben. Deshalb brauchen wir die Stabilisierung eines Teuerungsausgleichs, auch gerade in einer Phase, wenn die Teuerung ansteigt. Mit 2.5 Prozent Lohnsummenerhöhung heisst das nicht, dass wir diese vollumfänglich ausgeben. Im letzten Jahr waren es übrigens 3 Prozent, nicht dreieinhalb, wie vorher erwähnt. Wenn man sieht, dass die Summe effektiv steigt, sollten wir in diesem Bereich den Spielraum haben, nebst dem Teuerungsausgleich die eine oder andere zusätzliche Leistung noch machen zu können, damit wir auch unser Lohnsystem flexibel halten können. Im Gegensatz zum Kanton haben wir keine automatische Systempflege, das gibt es nicht. Die ganze Entwicklung der Lohnsumme geht über die Zahlen, wie die Lohnsumme entwickelt wird. Deshalb beantragen wir natürlich die zweieinhalb Prozent. Wir stehen hinter all diesen einzelnen Stellenerhöhungen. Es sind alle begründet. Die Begründungen konnte man nachfragen. Die Mitglieder der FGPK sind mittels separatem Schreiben über bereits erfolgte Anstellungen informiert worden. Am 20. Februar 2023 betraf dies den Stabsoffizier bei der Feuerwehr. Im Grossen und Ganzen hoffe ich, dass wir jetzt gut durch das Budget und die einzelnen Produktgruppen kommen. Ich bin froh, wenn Sie die stadträtlichen Anträge unterstützen.

Stefan Zubler, Mitglied: Vielen Dank für die ausführliche Rückmeldung. Ich wäre froh, wenn wir zu meiner Frage hinsichtlich Kreisschulbudget noch eine Rückmeldung erhalten würden.

Dr. Hanspeter Hilfiker, Stadtpräsident: Das Kreisschulbudget ist nicht das erste Budget, welches wir erstellen. Wir haben in den letzten Jahren immer die Erfahrung gemacht, dass die von der Kreisschule eingegebenen Budgetbeträge in der Rechnung deutlich nicht erreicht worden sind. Einmal betrug die Differenz 600'000 Franken, ein anderes Mal



900'000 Franken. In weiser Abwägung gehen wir aufgrund der Erfahrung davon aus, dass auch in diesem Jahr die Zahlen eine halbe Million Franken tiefer liegen, als die effektive Budgetierung. Bei vielen Budget-Werten schauen wir auf die nächsten 3 bis 4 Jahre zurück, was effektiv nachher verrechnet wurde und entscheiden, was im Budget eingestellt wird. Wir versuchen, nicht zu weit von der Realität zu sein. Es ist das Ziel, dass wir eine adäquate Anpassung an die geschätzten Zahlen haben.

Christian Oehler, Präsident: Wir steigen nun in die Diskussion zu den Produktgruppen ein.

Beginnen werden wir mit dem Antrag der FDP, denn dieser betrifft alle Produktgruppen.

Antrag FDP

Die allgemeine Lohnerhöhung von 2.5 % ist auf 1.5 % zu reduzieren. Die Position 30 Personalaufwand der Erfolgsrechnung wird sich deshalb um geschätzt 400'000 Franken reduzieren. Diese Reduktion ist entsprechend auf die verschiedenen Produktgruppen aufzuteilen.

Abstimmung

Der Antrag wird mit 18 Ja-Stimmen gegen 27 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen abgelehnt (Ausstand von Benita Leitner und Susanne Heuberger als Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung)

Produktgruppe 01

Antrag SP

Das Budget der Stadt Aarau 2024 soll für die Produktgruppe 01 um CHF 12'500.00 (50 x Fr. 250.00) erhöht und für die Weiterbildung der Mitglieder des Einwohnerrats (Teilnahme am Seminar "Einstieg in die Arbeit des Einwohnerrates" im Januar 2024) eingesetzt werden.

Anja Kaufmann, Mitglied: Grundsätzlich steht alles im Antrag. Ich möchte nur noch ergänzen, dass eine Weiterbildungsmöglichkeit für alle Mitglieder des Einwohnerrats bestehen soll. Wenn dieses Angebot nicht von allen genutzt wird, wird selbstverständlich auch nicht der ganze Betrag benötigt. Das führt dazu, dass dieser Posten nicht ganz korrekt budgetiert werden kann. Andererseits wurde von der FDP erwähnt, dass man einen Budgetantrag von 5'000 Franken erst gar nicht stellen sollte. Deshalb haben wir jetzt einfach den ganzen Betrag für alle Mitglieder des Einwohnerrats beantragt und würden uns freuen, wenn Sie den Antrag unterstützen.

Christian Oehler, Präsident: Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Antrag wird mit 22 Ja-Stimmen gegen 23 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Antrag Dimitri Spiess

Im Einwohnerratsbudget sollen 5'000 Franken für einen Einwohnerratsausflug eingestellt werden.



Dimitri Spiess, Mitglied: Ich stelle den Antrag, dass im Budget 5'000 Franken für die Organisation eines Einwohnerratsausflugs im nächsten Jahr eingestellt werden. Ein gemeinsamer Einwohnerratsausflug bietet die Möglichkeit, das gegenseitige Vertrauen zu fördern und schafft Anknüpfungspunkte für überparteiliche Kooperationen zum Wohl der Stadt Aarau. Erstens fördert ein solcher Ausflug den Zusammenhalt im Rat. Er ermöglicht, uns ausserhalb der gewohnten Sitzungsräumen besser kennen zu lernen und den Zusammenhalt zu stärken. Er kann dazu beitragen, dass unsere Zusammenarbeit dadurch während den Sitzungen effektiver wird. Es entsteht die Chance zu einem informellen Austausch. Während des Ausflugs haben wir die Gelegenheit, in informeller Atmosphäre über wichtige Themen miteinander zu reden und Projekte zu besprechen. Das fördert den offenen Dialog untereinander und kann zu neuen Ideen und Lösungsansätzen führen. Im Weiteren stärkt ein solcher Ausflug die Motivation, uns weiterhin für die Interessen der Stadt einzusetzen. Ein Ausflug belohnt uns für unsere engagierte Arbeit für die Stadt hier im Einwohnerrat. Es ist eine Weiterbildungschance, denn je besser man die Besonderheiten der Stadt Aarau und ihrer Umgebung kennen lernt, desto effektiver können wir uns bei unseren Entscheidungen hier im Rat treffen. Ein Ausflug kann dazu beitragen, unser Verständnis für lokale Gegebenheiten zu vertiefen und von Erfahrungen in anderen Gemeinden zu profitieren. Ein solcher Ausflug würde den Gemeinschaftssinn fördern. Er kann auch dazu beitragen, dass man das gegenseitige Vertrauen steigert und die Parteien-Zankerei hier im Rat ein bisschen mindern würde. Auch der Zusammenhalt und die Zusammenarbeit mit der Verwaltung würde verbessert. Ich habe auch die Hoffnung, dass die Fluktuation gesenkt würde. Es wird praktisch in jeder Sitzung eine neue Person vorgestellt. Mit einem stärkeren Zusammenhalt und einer gesteigerten Motivation würde ein verbesserter Gemeinschaftssinn erzielt und es könnte dazu führen, dass eben weniger Mitglieder aus dem Rat austreten. Das würde zu einer Stabilität unserer Arbeit führen. Ich habe den Antrag gestellt – auch wenn es sich nur um 5'000 Franken handelt – weil ich es ehrlicher finde, einen solchen Antrag zu stellen, als dass dieser dann aus dem Budget entnommen werden muss, in der Annahme, dass einzelne Sitzungen ausfallen würden. Mit einem solchen Antrag gäbe es auch einen klaren Auftrag an das Ratsbüro, einen solchen Ausflug durchzuführen. Klar ist auch, dass so Mehrausgaben in einer Zeit generiert werden, in welcher der Verlust der Kaufkraft ersichtlich ist und für die Mehrheit der Bevölkerung bedeutet, mehr für Energie, Krankenkassenprämien, Mieten etc. auszugeben. Deshalb muss man weise mit dem Budget der Allgemeinheit umgehen. Ich denke aber, dass der Gewinn oder die Chance grösser werden, wenn wir die 5'000 Franken ausgeben würden. Auch von uns müsste ein Opfer erbracht werden. Wir müssten unsere Freizeit für die Gestaltung eines solchen Ausflugs investieren und könnten dadurch einen Tag weniger mit der Familie oder Freunden verbringen. Dennoch finde ich, dass die Vorteile eines solchen Einwohnerratsausflugs überwiegen. Ich habe gute Erfahrungen gemacht in Buchs. Man konnte einander wirklich gut kennenlernen und auch überparteilich besser zusammenarbeiten. Deshalb schlage ich vor, dass das Ratsbüro, gemeinsam mit den Einwohnerratsmitgliedern, mittels Umfrage ein Ausflugsziel und ein Datum für das nächste Jahr bestimmt, um sicherzustellen, dass allen Bedürfnissen gerecht wird und die Interessen aller Mitglieder berücksichtigt werden. Ich bin überzeugt, dass ein solcher Ausflug unserer Arbeit zu Gute kommen wird. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und die Unterstützung dieses Antrags.

Alexander Umbricht, Mitglied: Gegen einen solchen Ausflug habe ich gar nichts einzuwenden. Es muss auch nicht in den Europapark sein. Dazu braucht es aber keine Budgeterhöhung. Zu beachten ist, dass der Einwohnerrat Buchs – trotz eines Ausflugs – keine kleinere Fluktuation hat als Aarau.

Jan Depta, Mitglied: In Zeiten von gehässiger Polarisierung finde ich einen Ausflug eine sehr positive Sache und eine gute Investition. Trotzdem sollten wir mit den uns anvertrauten Mitteln verantwortungsvoll umgehen. Ich bitte deshalb das OK, ungefähr zweidrittel



der Zeit in Weiterbildung und Informationen zu investieren, damit es nicht ein Plauschausflug wird, sondern gut investiertes Geld ist und dem Bürger zeigt, dass wir uns doch weiterbilden, um gute Entscheide treffen zu können.

Thomas Richner, Mitglied: Wir sind grundsätzlich gegen alle Budgeterhöhungen, begrüßen aber eine solche Reise. Ich bin aber der Meinung, dass bei einer Unterdeckung von 1.85 Millionen Franken in dieser Produktegruppe ein solcher Ausflug vertretbar ist. Wenn dies nicht der Fall ist, bezahlen wir den Ausflug selbst. Aber ich bin sehr dafür, dass wir einen Ausflug machen. Wir haben einmal einen Ausflug nach Reutlingen gemacht. Eine solche Reise wirkt sich positiv auf die Zusammenarbeit des Einwohnerrates aus.

Christian Oehler, Präsident: Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Antrag wird mit 20 Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen.

Produktegruppe 05 Regionales Zivilstandsamt

Antrag FDP

Auf die Aufstockung von 1.0 Planstellen ist zu verzichten.

Da niemand das Wort verlangt, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Antrag wird mit 20 Ja-Stimmen gegen 24 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. (Benita Leitner hat sich als Mitarbeiterin der Stadt der Stimme enthalten).

Produktegruppe 12 Finanzen

Antrag FDP

Auf die Aufstockung von 0.6 Planstellen ist zu verzichten.

Da niemand das Wort verlangt, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Antrag wird mit 16 Ja-Stimmen gegen 31 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen abgelehnt.

Produktegruppe 17 Öffentliche Gebäude und Betriebsliegenschaften. Es liegen zwei Anträge vor.

Antrag FDP

Auf die Aufstockung von 1.8 Planstellen ist zu verzichten.

Antrag SVP

Der Globalkredit der PG 17 Öffentliche Gebäude und Betriebsliegenschaften sei um 100'000 Franken zu kürzen. Dies ist durch eine Reduktion der Stellenerhöhung von 180 % auf 80 % zu erreichen.



Alexander Umbricht, Mitglied: Wir sind das Parlament und müssen uns an Regeln halten. Beispielsweise an die Gemeindeordnung, welche zum Ausstand zitiert, dass involvierte Personen vor der Abstimmung das Versammlungslokal verlassen müssen. Ich wünsche mir, dass wir uns an diese Gemeindeordnung halten und die entsprechenden Leute den Saal auch verlassen.

Matthias Zinniker, Mitglied: Wir sind nun beim vierten Antrag der FDP angekommen. Mit den bisherigen Produktgruppen sind schon 6.4 Stellen geschaffen worden. Von den geplanten 27.2 neuen Stellen ist dies also erst knapp 1/4. Ich möchte hier einleitend ein paar Rechenspielchen machen, wie sich die Bevölkerung im Verhältnis zu den Stellen in der Stadt entwickelt. Ich wiederhole es einfach noch einmal als Schlussfolgerung. Das städtische Personal wächst fünfmal schneller als die Bevölkerung. Das ist nicht nur unverhältnismässig, das ist schlicht absurd. Genau so beeindruckend finde ich die Entwicklung des Personalaufwands. In der Rechnung 2022 lag dieser noch bei 37.3 Millionen und im Budget 2024 schon bei 44.5 Millionen Franken. Innert zwei Jahren gibt das eine Erhöhung von plus 20 Prozent. Ich weiss nicht, welches andere Gemeindewesen den Staatsapparat so schnell aufblasen kann. Es geht hier um Steuergelder und Geld, welches natürliche Personen und Unternehmen verdient und erwirtschaftet haben. Da darf man erwarten, dass man ein bisschen verantwortungsvoll damit umgeht. Das ist nicht erfüllt, wenn Aarau 27.2 neue Stellen schafft und man sich mit Steuergeldern gegenseitig Geschenke macht. Fitnessabos für die Mitarbeitenden der Stadt und Ausflüge für den Einwohnerrat, und das in Zeiten der Digitalisierung, welche helfen sollte, Prozesse effizienter zu gestalten und Stellenerhöhungen zu reduzieren. Aarau hat schon einiges in die Digitalisierung investiert. Der bisherige Effekt ist gleich null. Man wird nicht besser, sondern träger, man wird nicht effizienter, sondern teurer. Eine bekannte Technik bei dieser Erweiterung und dem Aufblasen des Staatsapparats ist, dass Aarau Stellen auf Vorrat schafft und befristete Stellen anschliessend verstetigt. So ist es auch in der PG 17. Dort sind jetzt schon 29 Vollzeitstellen enthalten. Weitere 160 Stellenprozente sollen geschaffen werden. Als Begründung wird das Oberstufenzentrum Telli genannt. Das hat nicht eine Hürde genommen, zu der man sagen konnte, jetzt besteht eine minimale demokratische Legitimation. Die Stellen werden auf Vorrat geschaffen. Leider ist aber auch das eine typische Aarauer Praxis. Sie erinnert zum Beispiel an den Zukunftsraum. Man hat dafür vorausseilend Stellen geschaffen. Man hatte eine grosse Projektleitung. Der Zukunftsraum ist grandios gescheitert, aber es ist kein einziges Stellenprozent wieder abgeschafft worden. Die befristeten Stellen werden verstetigt und die Stellenprozente versinken irgendwo in der immer grösser werdenden Verwaltung. Es würde mich nicht überraschen, wenn es mit dem Oberstufenzentrum gleich laufen würde. Auch die weiteren neu beantragten Stellenprozente in der PG 17 betreffen Anliegen, welche mit den bisherigen Stellen erledigt werden müssten. Ich sehe keinen zeitkritischen Punkt in der Begründung des Stadtrats, welcher ansteht und eine solche Stellen-erhöhung rechtfertigen würde. Ich danke für die Annahme unseres Antrags.

Hanspeter Thür, Stadtrat: Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Der Stadtpräsident hat bereits ausgeführt, was alles damit zusammenhängt, Es handelt sich um Beschlüsse, die in diesem Rat gefasst worden sind im Kontext der Klimastrategie, welche personelle Auswirkungen hat, wenn jetzt das OSZ Thema in den Vordergrund gestellt wird. Wie Sie den Unterlagen entnehmen können, geht es lediglich um 5 Prozent der gesamten 160 Stellenprozente. Somit ist das nicht der wesentliche Punkt. Der wesentliche Punkt ist, dass die ganzen Klimaschutzmassnahmen und Nachhaltigkeitsanliegen, welche Sie mit verschiedenen Vorstössen unterstützen und die Verwaltung auch verpflichtet haben, diese umzusetzen, zu dieser Stellenaufstockung geführt haben.

Christian Oehler, Präsident: Nachdem das Wort nicht weiter verlangt wird, erfolgt die Gegenüberstellung der beiden Anträge



Der Antrag der FDP, auf die Aufstockung von 1.8 Planstellen ist zu verzichten, verzeichnet 16 Stimmen.

Der Antrag der SVP, der Globalkredit der PG 17 Öffentliche Gebäude und Betriebsliegenschaften sei um 100'000 Franken zu kürzen. Dies ist durch eine Reduktion der Stellenerhöhung von 180 % auf 80 % zu erreichen, verzeichnet 27 Stimmen.

Somit hat der Antrag der SVP obsiegt.

Schlussabstimmung

Die Reduktion der Stellenerhöhung von 180 % auf 80 % in der PG 17 wird mit 16 Ja-Stimmen zu 30 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Produktgruppe 18 Öffentliche Gebäude und Betriebsliegenschaften

Antrag FD

Auf die Aufstockung von 0.74 Planstellen ist zu verzichten.

Matthias Zinniker, Mitglied: Die PG 18 ist ein absoluter Leckerbissen in der Personalpolitik der Stadt Aarau. Gemäss Stellenplan ist dort eine Aufstockung von 0,74 Stellen geplant. In den Bemerkungen zu PG 18 steht gar nichts. Ich bin sehr gespannt, wie das Parlament mit dieser unbegründeten Stellenerhöhung umgeht.

Dr. Hanspeter Hilfiker, Stadtpräsident: Die PG 18 ist eine Ertragsposition. Wir haben neue Liegenschaften, die wir verwalten. Wenn wir über angesiedelte Stellen der Einwohnergemeinde im nächsten Jahr 40 neue Wohnungen der Ortsbürgergemeinde vermitteln, dann braucht es einfach mehr Leute. Wir können unser Portefeuille nicht ohne das nötige Personal erhöhen. Man sieht aber auch im Bereich der Transfererträge, dass diese tatsächlich in der Grössenordnung von 200'000 Franken steigen. Wenn man Vergleiche mit dem Budget 2023 anstellt, sieht man, dass der Nettoertrag dieser Position deutlich höher ist als derjenige des laufenden Jahres.

Matthias Zinniker, Mitglied: Ich weiss nicht, wie gross der Bedarf ist, wenn man es nicht einmal schafft, diesen ins Budget hinein zu schreiben.

Christian Oehler, Präsident: Wir gelangen zur

Abstimmung

Der Antrag wird mit 18 Ja-Stimmen gegen 29 Nein-Stimmen abgelehnt.

Produktgruppe 22 Öffentliche Gebäude und Betriebsliegenschaften

Antrag FDP

Auf die Aufstockung von 0.50 Planstellen ist zu verzichten.

Da das Wort dazu nicht gewünscht wird, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Antrag wird mit 17 Ja-Stimmen gegen 30 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen abgelehnt.



Produktegruppe 26 Sport

Antrag FDP

Auf die Aufstockung von 1.00 Planstellen ist zu verzichten. Die Schaffung der neuen Funktion "Kundenbetreuung Sportanlagen" wird gestrichen.

Suzanne Marclay-Merz, Stadträtin: Ich möchte gerne ergänzen, dass es sich um zwei 50 %-Stellen handelt. Eine dieser Stellen wurde bereits mit einem Nachtragskredit genehmigt und besetzt. Darüber wurde die FGPK am 6. April 2023 informiert. Hinsichtlich dieser bereits besetzten Stelle müsste eine Kündigung erfolgen, wenn diese Stelle heute nicht genehmigt würde. Wir haben die Sektion Sport schon im 2011 gegründet. Dieser Sektion wurden sehr viele Aufgaben übertragen. Wir sind eine Sportstadt. Es stehen sehr viele Sportinfrastrukturprojekte an. Wir haben begonnen, mit dem GESAK eine Auslegeordnung zu machen und zu identifizieren, wo Handlungsbedarf besteht. Ich erwähne nur ein paar laufende Projekte: Winkel, Schachen, Machbarkeit Leichtathletikstadion, Obermatte, die Schachenhalle etc. Wir haben viele Projekte, die am Laufen sind. Nebst all diesen müssen natürlich auch die ganzen Vereine koordiniert werden. Belegungspläne müssen gemacht werden. Das ist mit sehr viel Arbeit verbunden. Mit der zweiten 50 %- Stelle würde man eine Koordinationsstelle für die Bewirtschaftung der Anlage vorderhand im Schachen schaffen. Natürlich könnte sich diese Person auch um den Winkel oder um andere Infrastrukturen kümmern, wenn es nötig ist. Ich nenne gerne ein Beispiel. Wir haben am letzten Samstag 9 Spiele innerhalb von 4 Stunden gehabt, 9 Fussballspiele mit entsprechenden Mannschaften. Die Anzeige mit der Zuteilung der Garderobe hat nicht funktioniert. Es herrschte Chaos. Wir erhalten regelmässig Beschwerden, weil die Eigenverantwortung, an welche man eigentlich bis jetzt immer appelliert hat, nicht immer in dem Ausmass funktioniert, wie man es gerne hätte. Das führt oftmals zu beinahe unannehmbaren Situationen für die Vereine. Eine Aufstockung der Personalressourcen würde einfach helfen, damit die für diese Anlagen zuständige Person auch zu den Spielzeiten der Vereine dort sein könnte. Das ist meistens auch zu Randzeiten.

Alexander Umbricht, Mitglied: Unabhängig davon, ob ich jetzt für die Aufstockung bin und dasselbe gilt für die Feuerwehr, finde ich es ein wenig schwierig, wenn man einfach unter dem Jahr über einen Zusatzkredit eine Person anstellt und nachher meint, dass man ihr allenfalls wieder kündigen muss. Dieses Risiko ist der Stadtrat mit dieser Stelle eingegangen. Es tut mir leid für die Leute, denen nachträglich wieder gekündigt werden muss. Mit diesem Vorgehen hebt man schlussendlich einfach den Einwohnerrat aus. Fakt ist, dass am Schluss die Bevölkerung über das Budget abstimmt, aber vorab entscheidet der Einwohnerrat. Dass der Einwohnerrat dann noch ein schlechtes Gewissen bekommt, finde ich nicht den bestmöglichen Stil, wenn es informationsmässig nicht optimal gelaufen ist.

Suzanne Marclay-Merz, Stadträtin: Wir sind gefragt worden, ob diese Stellen befristet sind. Ich habe lediglich diese Frage beantwortet. Es geht nicht um ein schlechtes Gewissen. Wir haben dieses Risiko in Kauf genommen.

Christian Oehler, Präsident: Wir kommen zur

Abstimmung

Der Antrag wird mit 22 Ja-Stimmen gegen 25 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen abgelehnt.



Produktegruppe 40 Gesetzliche Sozialarbeit

Antrag FDP

Auf die Aufstockung von 3.70 Planstellen ist zu verzichten.

Angelica Cavegn Leitner, Stadträtin: Diejenigen Mitglieder, welche schon länger im Einwohnerrat vertreten sind, kennen LUP und Stabilo. Nach unseren Untersuchungen und Optimierungen liegen nun die ersten Erkenntnisse vor. Wir haben auch Informationen aus dem Gemeindevertrag mit Erlinsbach und Küttigen. Nun passen wir die Fallzahlempfehlungen des Verbandes an, welche 33 Fälle auf eine Planstelle nennen. Wir gehen nun von 40 Fällen aus, momentan liegen wir bei 46. Wir gehen davon aus, dass wir damit einen guten Staff haben, um ergiebig arbeiten zu können. Wir haben diese Personen noch nicht angestellt. Wie Sie alle wissen, geht es einerseits darum, Stellen zu bewilligen, aber andererseits auch, die nötigen Leute zu finden. In diesem Sinne sind wir sehr froh, wenn wir die Stellen ausschreiben dürfen, damit wir ein gutes Team zusammenstellen können. Könnten wir die Stellen nicht ausschreiben, wäre die Folge, dass wir die Gemeindeverträge anpassen und Mandate extern vergeben müssten, was sich dann wiederum auf die Kosten auswirken würde. In dem Sinne danke ich für ihre Zustimmung.

Christian Oehler, Präsident: Wir gelangen zur

Abstimmung

Der Antrag wird mit 18 Ja-Stimmen gegen 28 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Produktegruppe 41 Freiwillige Sozialarbeit

Antrag FDP

Auf die Aufstockung von 0.90 Planstellen ist zu verzichten.

Antrag SVP

Der Globalkredit der PG 41 Freiwillige Sozialarbeit sei um 70'000 Franken zu kürzen. Dies ist durch eine Reduktion der Stellenerhöhung von 150 % auf 80 % zu erreichen.

Matthias Zinniker, Mitglied: Sie haben bis jetzt schon 8 von 12 FDP-Anträgen erfolgreich abgelehnt. Zweidrittel sind schon geschafft. In Sachen Stellerhöhungen befinden wir uns jetzt bei leicht mehr als 16 von 27.2 neuen Stellen. Damit ist man über dem Durchschnitt der jährlichen Stellerhöhungen aus den letzten 6 Budgets angelangt, welcher bei ca. 15 neuen Stellen lag. Dazu eine kleine Randbemerkung. Wir sprechen ja jedes Jahr immer nur von Erhöhungen. Bei unseren Anträgen geht es nur darum, diese Erhöhungen ein wenig zu reduzieren und eine Stelle zu streichen. Das ist in Aarau sowieso undenkbar. In der PG 41 soll die Stellen für die familienergänzende Kinderbetreuung FuSTA um 150 Stellenprozent ansteigen, von 120 Prozent auf 270 Prozent. Über 10 Jahre haben 120 Prozent gereicht. Gemäss den Bemerkungen im Budget sei eine externe Analyse dann zum Schluss gekommen, dass es jetzt 150 Stellenprozent mehr braucht. Über 10 Jahre funktionierte dieser Betrieb mehr oder weniger und in dieser Zeit ist offensichtlich intern niemand auf die Idee gekommen, eine moderate Erhöhung zu verlangen. Von einem auf das andere Jahr kommt dann eine externe Studie zum Schluss, dass es jetzt mehr als eine Verdopplung der Stellen, nämlich genau 150 Stellenprozent mehr, braucht. Das finde ich komisch. Ich finde es vor allem unverhältnismässig. Wir haben diese Frage bei der Stadt eingegeben. Die Antwort des Stadtrats lautete genau gleich, wie sie schon im Budget steht. Es erfolgten keine weiteren Angaben, weshalb man zum Schluss kam, dass eine Verdoppelung nötig ist, nachdem man vorher mit deutlich weniger Stellenprozenten auskam. Diese Antwort ist



schlicht schwach und intransparent. Unabhängig dieser fehlenden Begründung und irgendwelchen externen Analysen können wir uns von der FDP vorstellen, dass aufgrund von zunehmenden Anzahl Betreuungsplätzen eine moderate Stellerhöhung nötig ist. 60 % müssen aber ausreichen. Das ist immer noch eine Verdopplung, also plus 50 Prozent im Vergleich zum Status Quo. Man muss aber schon sagen, dass man das natürlich genau so macht, wenn man den Staatsapparat aufblähen möchte. Die Stellen gerade richtig erhöhen, gerade mehr als verdoppeln. Ich bin überzeugt, die Mitte-Links würde nicht nur 27.2 neue Stellen bewilligen, sie würde auch 40, 50 oder 60 neue Stellen kreieren, bis am besten halb Aarau bei der Stadt arbeitet. Bezahlen soll es der Steuerzahler. Das ist die bekannte Politik von links. Das überrascht mich auch nicht in Aarau. Es erstaunt mich schon ein wenig mehr, dass dies in grossen Teilen aber auch die Politik einer Partei, welche wie die FDP das liberal im Namen trägt, oder einer Partei, wie Pro Aarau, welche sich selbst gerne als die unabhängige Partei bezeichnet, ist, die mit links und rechts für Mehrheiten sorgt. Sie erreichen schon Mehrheiten und zwar immer mit links. Es ist also absolut vorhersehbar, was ich auch im nächsten Votum sagen kann. Ich kann Sie nur einladen, werfen Sie mich aus dem Konzept und nehmen Sie den Antrag der FDP an.

Franziska Graf-Bruppacher, Stadträtin: Ich nehme gerne Stellung und hoffe, dass ich ein paar Antworten auf die Fragen von Matthias Zinniker liefern kann. Ohne die beantragten Ressourcen können wir schlichtweg den gesetzlichen Auftrag nicht mehr erfüllen. Wenn Sie sich jetzt wundern, weshalb mein Argument bei der freiwilligen Sozialarbeit ist, dann kann ich Ihnen recht geben. Ich habe es auch eingebracht, dass das hier nicht mehr am richtigen Ort ist, aber unsere Verwaltungsmaschine läuft nicht ganz so schnell, wie es mir persönlich manchmal recht wäre und es dauert einen Moment. Im Zusammenhang mit der Überarbeitung von WOSA wird dann das geklärt, denn die gesetzlichen Grundlagen haben sich tatsächlich verändert. Es handelt sich nicht mehr lediglich um eine freiwillige Arbeit. Es sind sogar zwei verschiedene Arbeiten. Wir haben nämlich einerseits die Aufsicht über die Institutionen und andererseits die Subventionierungen, welche gesprochen werden müssen. Man ist selbstverständlich auf die Idee der Stellenerhöhungen gekommen, aber der Stadtrat hat immer gehofft, die Stellenprozente niedrig zu halten. In der Verwaltung befasste man sich dann jeweils mit den dringendsten Arbeiten und die weniger dringenden musste man liegenlassen, nämlich die Aufsicht. Diesbezüglich gab es eine Anfrage im Einwohnerrat und das Ergebnis gab mir selbst sehr zu denken und hat mir auch die Augen geöffnet. Eigentlich ist der Stellenantrag auch das Ergebnis dieser Anfrage. Jetzt noch ein paar Erläuterungen zu den Zahlen. Diese sind nicht so linear wie die Erhöhung. Man kann es nicht einfach 1 zu 1 mit dem Bevölkerungswachstum rechnen. Wir sehen, dass die Anzahl Kinder mit einem geprüften und zugesprochenen Subventionsbetrag um 84 Prozent gestiegen ist. Die Anzahl Standorte dieser Institutionen sogar um 180 Prozent. Das hat einen Einfluss auf die Überprüfung, also auf die Aufsicht. Die Anzahl Subventionsverfügungen, also der Output der Subventionssprechungen, hat seit 2012 um 435 Prozent zugenommen. Ich finde das damit eine ordentliche Stellenerhöhung gerechtfertigt ist. Wir wären in der Verwaltung froh, unsere Aufträge wahrnehmen zu können und zwar so, dass unsere Mitarbeitenden eine einigermaßen anständige Arbeitszeit haben. Deshalb bitten wir Sie, den Antrag des Stadtrats zu unterstützen. Zudem möchte ich noch einen Hinweis machen. Der Stadtrat hat den Antrag der Verwaltung bereits schon vor der Antragstellung an den Einwohnerrat gekürzt.

Christian Oehler, Präsident: Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, stellen wir die beiden Anträge der SVP und der FDP gegenüber.

Der Antrag der FDP verzeichnet 12 Stimmen

Der Antrag der SVP verzeichnet 26 Stimmen



bei 9 Enthaltungen.

Der Antrag der SVP gelangt in die

Schlussabstimmung

Der Antrag wird mit 16 Ja-Stimmen zu 31 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen abgelehnt.

Antrag SP

Das Budget 2024 für die Produktgruppe 41 soll um 30'000 Franken erhöht werden und als Betriebsbeitrag für den Verein Prozessor dienen. Mit dem Prozessor soll zudem eine Leistungsvereinbarung gemacht werden, damit der Beitrag verstetigt wird.

Nora Riss, Mitglied: Wir haben im Jahr 2021 schon einmal den gleichen Antrag in der gleichen Höhe gestellt und dieser ist dannzumal auch gutgeheissen worden. Wir haben damals im Votum auch schon den Vorschlag gemacht, dass die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte im Prozessor einmal vorbeischauen sollen. Es handelt sich wirklich um ein tolles Projekt. Der Prozessor ist eine offene Werkstatt, in welcher Menschen jeden Alters werken, flicken, experimentieren können. Nebst dem KIFF und dem Netzwerk Asyl haben auch das HEKS und das Stadtmuseum und die Stadtbibliothek Projekte im und mit dem Prozessor gemacht. Wir haben auch beim letzten Antrag schon darauf hingewiesen, dass auch die Stadt, im Rahmen des Monamo-Projekts, einen Auftrag oder ein Projekt mit dem Prozessor zusammen hat und deshalb darauf angewiesen ist, dass dieser weiterhin bestehen kann. Der Verein hat letztes Jahr für das Budget 2023 kein Gesuch gestellt und versucht, durch mehr Abonnemente und Spendengesuche eine höhere Eigenfinanzierung zu erlangen. Das ist leider nur teilweise gelungen. Zwar konnten die Abonnemente markant erhöht werden, aber für das nächste Jahr sieht es wirklich düster aus. Der Prozessor ist irgendwie weder Kunst noch Sport noch Kultur, sondern ein Anliegen der Gesamtgesellschaft. Er fällt deshalb bei Stiftungen zwischen "Stühle und Bänke". Stiftungen sind, wie man weiss, auch selten bereit, eine längerfristige Finanzierung zu gewährleisten. Zudem entrichtet der Prozessor für die Zwischennutzung eigentlich relativ unüblich sehr hohe Mieten und die Nebenkosten sind ebenfalls massiv gestiegen. Der Prozessor konnte deshalb die dringend nötigen Investitionen nicht tätigen. Es konnten viele Maschinenteile teilweise nicht professionell gewartet werden. Das führt langfristig auch zu einem höheren Verschleiss. Der Beitrag der Stadt würde vor allem für die Miete des Prozessors verwendet, was dem engagierten Verein die Möglichkeit geben würde, eine gewisse finanzielle Stabilität zu erhalten und weiter bestehen zu können. Ohne den Beitrag der Stadt ist die Zukunft äusserst ungewiss. Wir beantragen mit dem Budget auch, dass die Stadt mit dem Prozessor eine Leistungsvereinbarung macht, damit die Zusammenarbeit auch verstetigt wird. Ich bitte Sie diesem Antrag zuzustimmen.

Angelica Cavegn Leitner, Stadträtin: Ich gebe gerne ein paar Ausführungen zu diesem Antrag. Ich möchte noch gerne auf die Geschichte zurückblicken. Der Verein Prozessor war tatsächlich zuerst bei der Stadt Aarau im Bereich Kultur mit einem Beitrag von 30'000 Franken angesiedelt. Dann erfolgte ein Wechsel in die PG 41 und es wurden noch einmal 30'000 Franken entrichtet. Infolge von Corona wurden dann noch einmal 30'000 Franken bezahlt. Mit diesen zuletzt ausbezahlten 30'000 Franken machten wir dann aber eine Leistungsvereinbarung mit der Sektion Gesellschaft. Insgesamt wurde ein Beitrag von 90'000 Franken geleistet. Wir haben auch stadtintern die Möglichkeit genutzt und zum Beispiel das Stadtmobil für die Klimainseln dort anfertigen lassen, was noch einmal 10'000 Franken ausmachte. Insgesamt hat der Prozessor 100'000 Franken erhalten. Wir haben heute im Stadtrat kurz darüber diskutiert, denn wir haben den Antrag relativ spät erhalten. Ich durfte das Konzept lesen und finde dieses sehr gut. Es wurde sehr sorgfältig erstellt. Fakt



ist einfach, dass man sich mehr Leute wünscht, welche den Prozessor auch tatsächlich nutzen. Deshalb ist es schwierig zu entscheiden, den Prozessor noch einmal mit einem Betriebsbeitrag und einer Leistungsvereinbarung zu unterstützen. Wenn man diese Unterstützung möchte, könnte man eine solche ev. noch maximal für ein Jahr ins Auge fassen. Wir sind bei den Sozialen Diensten daran, alle Angebote, welche wir mit Leistungsvereinbarungen haben, zu prüfen und zu schauen, welche Angebote vernetzt werden können. Diese Arbeiten sind bereits mit der Fachhochschule gestartet. Es soll das Ziel sein, einen breiteren und einen guten Teppich machen zu können. In diesem Sinn haben wir im Stadtrat entschieden, den Entscheid über den Beitrag dem Einwohnerrat zu überlassen.

Christian Oehler, Präsident: Da keine Rückmeldung erfolgt, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Antrag wird mit 26 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen angenommen.

Produktgruppe 42 Gesellschaft

Antrag FDP

Auf die Aufstockung von 1.60 Planstellen ist zu verzichten.

Franziska Graf-Bruppacher, Stadträtin: Es geht hier um das Thema UNICEF und die Kinderförderung sowie die Qualität in der Spielgruppe. Wir haben am 21. Januar 2019 vom Einwohnerrat einen Auftrag gefasst. Damals wurde das Postulat "Label kinderfreundliche Gemeinde" überwiesen. Dieses haben wir erhalten. Wir haben zu diesem Thema viel Aufbauarbeit geleistet. Das Label würde Ende 2023 auslaufen. Es handelt sich um ein Prozesslabel, welches man immer wieder erneuern muss. Wir würden es verlieren. Ein solches Label ändert an der Sache jedoch nichts und ist keinen Franken Wert. Die in diesem Zusammenhang geleistete grosse Arbeit ist aber sehr viel Wert. Es hat sich in den letzten Jahren bewährt, dass wir eine Ansprechstelle in der Verwaltung haben, welche sich um Themen für Kinder kümmert. Sei das bei einem Bau oder anderen Themen. Wenn die 10 Stellenprozente gestrichen werden, würde niemanden mehr für die Koordination zur Verfügung stehen, der das Thema in der Verwaltung hütet. Das wäre ein grosser Verlust für die Kleinsten in unserer Gesellschaft. Zu diesem Antrag möchte ich noch etwas präzisieren. Es ist eine Überführung der Projektleitung UNICEF in den Stellplan. Diese Stelle haben wir schon seit einiger Zeit. Sie wurde in den letzten vier Jahren einfach im Projektbudget geführt. Es handelt sich in diesem Sinne somit nicht um eine Aufstockung, sondern es ist eine Umwandlung, wie es gewünscht wurde. Wenn eine Verstetigung erfolgt, gehört dieser Aufwand in die Personalkosten und nicht in die Sachkosten. Bei der Kinderförderung wurde die Stelle im 2022 vom Stadtrat beschlossen und der Einwohnerrat bewilligte diese mit dem Budget 2023. Diese kann natürlich wieder gestrichen werden, wenn man das so möchte. Es wäre einfach eine Umkehr des Entscheids vor einem Jahr. Bei der Kinderförderung geht es nicht nur um Angebote im klassischen Sinn, wie die Kinderbaustelle oder dem Spielwagen, sondern, wie bereits im Zusammenhang mit dem Postulat UNICEF erwähnt, ganz konkret um die Partizipation der Primarschulkinder. Beispielsweise beim Schulwegkonzept, welches jetzt gerade erarbeitet wird. Es sollte im nächsten Jahr eine Begehung mit den Kindern im Quartier stattfinden, weil Kinder eigentlich nicht unbedingt dort durchlaufen, wie wir uns das vorstellen. Wir wollen erfahren, welchen Weg die Kinder wirklich benützen und dafür sorgen, dass diese Wege sicher oder mindestens sicherer werden. Wenn diese Stelle jetzt wieder gestrichen wird, dann bleibt das Konzept in der Schublade liegen und es wird einfach in der Stadtentwicklung etwas entschieden, ohne Einbezug der Kinder. Ich bin jetzt im zehnten Jahr Stadträtin und das Thema Sicherheit auf dem Schulweg ist seit zehn Jahren nach wie vor pendent und ein Anliegen. Es wird überall hin-



und hergeschoben. Wir haben jedes Jahr mehrere Anfragen von Eltern, welche nicht unberechtigt sind. Wenn die Stelle jetzt gestrichen wird, kümmert sich wieder niemand darum. Für die Qualität in den Spielgruppen werden in diesem Budget keine zusätzlichen Stellenprozente beantragt. Das Thema wird, wie auch von der FDP beschrieben und gewünscht, im Rahmen der regulären Tätigkeit der Koordinationsstelle Frühe Kindheit bearbeitet. Für Massnahmen zur Stärkung der Spielgruppe ist ein Betrag von 20'000 Franken eingestellt. Es handelt sich also um Sachkosten. Die Stellen bei der Kinderförderung und der UNICEF-Projektleitung haben mit dem Thema Qualität in der Spielgruppe in dem Sinne eigentlich keinen Zusammenhang. Die Anbieterinnen von Spielgruppen auf dem Platz Aarau wünschen sich dieses Label dringend. Ich hoffe auf die Unterstützung des stadträtlichen Budgetantrags.

Christian Oehler, Präsident: Wir gelangen zur

Abstimmung

Der Antrag wird mit 16 Ja-Stimmen gegen 30 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Produktegruppe 51 Feuerwehr

Antrag FDP

Auf die Aufstockung von 0.80 Planstellen ist zu verzichten.

Silvia Dell'Aquila, Stadträtin: Wir haben jetzt über die Stelle Staboffizier schon einiges gehört. Ich verstehe auch die Irritation von Alexander Umbricht zur Aussage, dass jemand gekündigt werden müsste, was mit einem schlechten Gewissen verbunden wäre. Ich bin aber auch über die Äusserung von FGPK-Mitgliedern irritiert, wonach sie nicht wüssten, ob jemand angestellt worden ist, obwohl sie am 20. Februar 2023 eine Mitteilung erhalten haben, dass die Stelle bewilligt wird. Daraufhin ist keine Reaktion erfolgt. Nun macht man einen solchen Aufstand, das verstehe ich ehrlich gesagt auch nicht so ganz. Es ist tatsächlich so, dass am 1. Juli 2023 David Schär als Staboffizier angestellt worden ist. Er hat sich eingearbeitet, er macht einen guten Job und ihm würde mit der Annahme dieser Stellenstreichung auch gekündigt. Gerne erkläre ich noch einmal, weshalb der Stadtrat die Stelle bewilligt hat. Einerseits aufgrund der sehr hohen Belastung der Angestellten. Es sind 270 Stellenprozente. Die Angestellten haben sehr viele Aufgaben. Der Pikettdienst kann mit dem Milizsystem nicht mehr 24 Stunden an 7 Tagen sichergestellt werden. Das ist einfach die Realität und die Leute sind nicht mehr bereit, alles zu übernehmen. Auch Anfragen betreffend Evakuationen zum Brandschutzkonzept häufen sich. Auch der Verantwortliche in diesem Bereich wird die Aufgabe nicht mehr machen. Die Soldkosten werden umgelagert. Die Planung von Einsätzen an Anlässen steigt. Es gibt auch immer mehr Anlässe und Aufgaben, welche man in diesem Bereich übernehmen muss. Viele Einsätze der Feuerwehr sind eigentlich am Tag. Deshalb besteht das Problem, dass vieles nicht abgedeckt werden kann, weil die Angehörigen der Feuerwehr auswärts arbeiten. Deshalb hat der Stadtrat die Stelle so bewilligt. Ich bitte Sie, dem Antrag auf Stellenstreichung nicht zu folgen.

Christian Oehler, Präsident: Wir gelangen zur

Abstimmung

Der Antrag wird mit 14 Ja-Stimmen gegen 33 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltung abgelehnt.

**Antrag SVP**

Der Globalkredit der PG 51 Feuerwehr sei um 100'000 Franken zu kürzen.

Thomas Richner, Mitglied: Es ist schwierig mit den Abstimmungen. Eigentlich sind wir ja nicht gegen die vorherige Stelle. Wir sind dafür, dass der Staboffizier diese Stelle übernimmt. Wir haben jetzt halt nicht ganz richtig abgestimmt, weil es so verwirrend ist. Wie auch immer. Wir haben den Antrag gestellt, 100'000 Franken im Budget der Feuerwehr generell einzusparen, sei es bei den Personal- oder Sachausgaben. Damit Sie jetzt diesen Antrag nicht auf falschen Angaben basierend ablehnen, möchte ich doch noch etwas ergänzen. Ich hatte geschrieben, dass der Sachaufwand um 60 Prozent gestiegen ist. Das stimmt gegenüber dem Budget 2022 oder gegenüber der Rechnung 2022, aber es stimmt nicht gegenüber davon, was in der Zwischenzeit gelaufen ist. Mit dem Budget 2023 hat man Mietkosten von 350'000 aus den Produktgruppen 17 und 18 in die Produktgruppe 51 der Feuerwehr verlagert. Somit hat sich das Budget dort um 350'000 Franken erhöht, so dass man jetzt nur noch von einer absoluten Erhöhung Rechnung 2022 Budget 2024 von 173'000 Franken spricht. Wir sind immer noch überzeugt, dass wir auch von diesen 173'000 Franken, durch die Kostenneutralität dieses Staboffiziers, immer noch 100'000 Franken einsparen könnten. So lautet unser Antrag.

Silvia Dell'Aquila, Stadträtin: Was genau soll gespart werden? Man weiss, dass die Budgetierung des Solds und der Einsatzkosten extrem unsicher ist. Man kann nun schon verlangen, dort 100'000 Franken einzusparen, aber sie müssen dann halt doch ausgegeben werden, wenn die Situation eintritt. Ich weiss somit nicht genau, was man damit erreichen möchte. Man muss genau definieren, wo gespart werden soll.

Thomas Richner, Mitglied: Wir haben eine Unterdeckung in dieser Produktgruppe von 173'000 Franken mehr als im 2022. Unser Antrag lautet, diese Unterdeckung um 100'000 Franken zu reduzieren. Wir können jetzt nicht sagen, man muss Stablampen, Benzinkanister etc. streichen. Ich denke, das läge in der Verantwortung des Stadtrats oder der Feuerwehr selbst. Wenn wir nur Stellen streichen können und sonst nichts, dann können wir ja gar keine Kürzungsanträge machen.

Christian Oehler, Präsident: Wir gelangen zur

Abstimmung

Der Antrag wird mit 16 Ja-Stimmen gegen 31 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen abgelehnt.

Produktgruppe 60 Stadtentwicklung/stadteigene Bauten/Umwelt

Antrag SVP

Der Globalkredit der PG 60 Stadtentwicklung/stadteigene Bauten/Umwelt sei um 130'000 Franken zu kürzen.

Da das Wort dazu nicht verlangt wird, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Antrag wird mit 18 Ja-Stimmen gegen 28 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.



Produktegruppe 70 Werkhof

Antrag SVP

Der Globalkredit der PG 70 Werkhof sei um 200'000 Franken zu kürzen. Dies ist durch eine Reduktion der geplanten Stellenerhöhung von 250 % auf 50 % zu erreichen.

Antrag FDP

Auf die Aufstockung von 1.50 Planstellen ist zu verzichten.

Die beiden Anträge werden einander gegenübergestellt.

Matthias Zinniker, Mitglied: Dieser Antrag wird wohl auch mehrheitlich abgelehnt. Ich weiss nicht, wer sich bei der linken Parlamentsmehrheit überhaupt kritisch mit diesen Stellenerhöhungen auseinandergesetzt hat. Trotzdem gehe ich auf die Stellenerhöhung von 250 Prozent in der PG 70 ein. Der Stadtrat begründet die Erhöhung mit der Verstärkung der Teamleitung von 80 Prozent. Diesbezüglich wird vermerkt, dass mit der Erhöhung ermöglicht wird, immer komplexere und aufwendigere Aufgaben abzudecken und die bestehenden Teamleiter zu entlasten. 70 % ist für das Team Stadtreinigung und Entsorgung vorgesehen. Dies sei durch die steigenden Anforderungen an die Stadtreinigung und der Angebote bei der Entsorgung bedingt. Die Anforderungen seien gestiegen, und die Aufgaben seien schwieriger. Die Arbeitsbelastung sei höher. Es handelt sich einfach um eine Standard-Begründung, weil man eigentlich keine hat. Es ist eine Nicht-Begründung und es ist eine schlechte Nicht-Begründung, zwar nur durch ein nicht Argument gestützt. Ich habe mir überlegt, ob es nicht besser geht. Gibt es nicht noch mehr solcher schwammigen Nicht-Argumente, welche man vorbringen kann. Ich habe daraufhin Chat GPT folgendes gefragt: "Ich muss zuhanden der Legislative eine Stellenerhöhung bei der Stadt Aarau um 250 Stellenprozent für das Budget 2024 begründen. Es gibt aber keine echte Begründung. Bitte hilf mir, maximal 6 Sätze". Dann habe ich folgende Antwort erhalten: "Um eine Stellenerhöhung bei der Stadt Aarau um 250 Stellenprozent für das Budget 2024 zu rechtfertigen, können wir auf mehrere wichtige Faktoren hinweisen. 1. Die gestiegene Arbeitsbelastung aufgrund von zusätzlichen Aufgaben und veränderten gesetzlichen Anforderungen erfordert eine verstärkte Arbeitskraft". Dann folgen noch die Punkte 2,3,4, 5 und 6. Das ist also inhaltlich zumindest beim Punkt 1 genau das gleiche, was vom Stadtrat geschrieben wurde. Chat GPT macht es dann in seiner Begründung noch ein wenig besser, mit mehr Argumenten. Die Stadt hat lediglich nur ein Argument herausgefunden. Abschliessend habe ich aber gleich noch zwei gute Nachrichten für den Stadtrat. Ihr werdet einerseits auch mit nur einem Nicht-Argument durchkommen. Wir haben es gesehen, in der PG 18 haben auch null Argumente gereicht. Andererseits möchte ich den Auszug aus Chat GPT, die Nicht-Begründung, dem Stadtrat übergeben. Vielleicht hilft das, um bei der nächsten Menge an neuen Stellen, ein paar Stellenprozent bei der Budgeterstellung einsparen zu können.

Silvia Dell'Aquila, Stadträtin: Bei der Produktegruppe 70 gibt es einfach keine Standardantwort, wenn man berücksichtigt, was der Werkhof aufgrund von getroffenen Entscheidungen und gestiegenen Anforderungen, die aus dem Rat kommen, leisten muss. Man sollte sich damit ein wenig auseinandersetzen. Wenn man beispielsweise von Entsiegelung spricht, ist auch der Werkhof davon betroffen. Ebenso wenn Bäume gepflanzt werden. Wenn wir einen heissen Sommer haben, muss der Werkhof für die Bewässerung sorgen. Dabei sprechen wir nicht von einem botanischen Garten, wie geschrieben wurde. Man muss dafür sorgen, dass nicht alles austrocknet in dieser Stadt.

Alexander Umbricht, Mitglied: Es gibt Gründe. Leider gibt es keine Begründung im Voraus und das nervt tatsächlich ein wenig. Deshalb verstehe ich auch, dass man Chat GPT



um Rat fragt. Ich wiederhole mich an dieser Stelle. Ich bitte den Stadtrat wirklich, mit dem nächsten Budget oder unter dem Jahr mit separaten Botschaften zu informieren. Es ist nicht unser Job, zuerst nachfragen zu müssen. Es ist Aufgabe der Verwaltung und des Stadtrats, uns zu erklären, weshalb diese Stellen gebraucht werden. Die Information ist nicht optimal gelaufen.

Christian Oehler, Präsident: Jetzt folgt die Gegenüberstellung

Der FDP-Antrag verzeichnet 17 Stimmen.

Der SVP-Antrag verzeichnet 15 Stimmen.

Enthaltungen 14.

Abstimmung Antrag FDP

Der Antrag wird mit 19 Ja-Stimmen gegen 28 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen abgelehnt.

Antrag Grüne Aarau und Pro Aarau

Die Produktegruppe 70 Werkhof sei um 50'000 Franken zu erhöhen. Mit diesem Betrag seien mindestens zwei barrierefreie Kompotois (oder gleichwertige Systeme) und zusätzliche Kompotois classic sowie die Kommunikationskampagne (Information & Sensibilisierung und bessere Beschriftung/Beschilderung) zu finanzieren.

Abstimmung

Der Antrag wird mit 25 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen angenommen.

Wir kommen nun zum nächsten Teil. Investitionsbudget und Planung, Seiten 112 bis 130 und Finanzkennzahlen, Seiten 131 bis 137.

Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, ist das Budget 2024 fertig beraten und wir gelangen zur

Schlussabstimmung

Politikplan

Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis vom Politikplan. Über diesen wird nicht abgestimmt.

Budget 2024

Der Einwohnerrat fasst mit 31 Ja-Stimmen gegen 16 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen folgenden

Beschluss

Das Budget 2024 der Einwohnergemeinde Aarau wird unter Berücksichtigung folgender, an der heutigen Sitzung angenommenen Anträge

- *Erhöhung Globalbudget in der Produktegruppe 01 um 5'000 Franken für einen Einwohnerratsausflug;*



- *Erhöhung Globalkredit in der Produktegruppe 41 um 30'000 Franken als Betriebsbeitrag für den Verein Prozessor.*
- *Erhöhung Globalkredit in der Produktegruppe 70 um 50'000 Franken für die Finanzierung von mindestens zwei barrierefreie Kompotois (oder gleichwertige Systeme) und zusätzliche Kompotois classic sowie die Kommunikationskampagne (Information & Sensibilisierung und bessere Beschriftung/Beschilderung);*

mit einem Steuerfuss von 96 % genehmigt.

Der Beschluss zum Budget 2024 unterliegt gemäss § 4 Abs. 1 lit c) der Gemeindeordnung dem obligatorischen Referendum.

Schluss der Sitzung 23.45 Uhr

EINWOHNERRAT AARAU

Der Präsident:

Christian Oehler

Der Protokollführer:

Stefan Berner